INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

TAG X

Mi. 26. Mai 1993

Nr. 241

20. Mai 1993



PG595 (PG511)
Warnung vor
ätzenden Stoffen

Hallo!
Alle Tage 1. Mai - aber bitte nicht das ganze Jahr 1.Mai-Diskussion!
Die Ereignisse dieses Tages scheinen uns mittlerweile erschöpfend dargestellt worden zu sein.
Gefreut haben wir uns über unseren Erfolg bei der Ablehnung der Olympia-Bewerbung und wünschen den Menschen in Sydney und Peking dasselbe.
Eine weitere Quelle der Freude bildeten für uns die reichlichen ZUsendungen von Schokolade, von denen wir uns in unserer Textauswahl leiten ließen.
Tschüß

Ordner:
- Belg. Flugi der CCC (franz.)
- umfangreiche Pressemappe zum widerstand gegen die A33
- 2 weitere 1.Mai-Papiere
- 2. Bericht aus ElSalvador
- Veranst. der Antifa(M) zu pol. Gefangenen und Text ebendazu
-Demo Aufruf gegen Nazi-Treffen in DK
- Donald auf der Suche nach der revo9lutionären Strategie
- Aufruf für Tag X
- Demo gegen Arbeitslosigkeit und Armut in Spanien
- neue Prozesse gegen RAF-Gefangene
- Veganer heiliger Krieg
Veranstaltung zu den Philippinen

Neu,Neu Neu!!!
Jetzt mit mehr Inhalt:

S.1 Titel
S.2 Sehtihrgrade
S.3 Die Spitze des Eisbergs
S.4 Tag X
S.6 Roma-aktion in Neuengamme
S.7
S.7 faschistischer Mord in Querfurt
S.8 Antifa von Gifhorn bis Bad Langensalzach
S.11 Aurich
S.12 unsere Lieblingseite
S.13 NOlympia
S 14 noch mehr zum 1.Mai
S.18 EX-Lauti
S.19 Baobab, Wunsiedel zum6sten
S.20 Euthanasie in den Niederlanden
S.31 Ramba Samba
S.32 AIM-Interview
S.34 Termine
S.36 Geschichte im Überblick





Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

17jährige vergewaltigt und brutal ermordet

chronic DER OPFER DES FRAUENHASSES

-Es ist nicht länger zu übersehen: Die Gewalt gegen Frauen nimmt zu. Alleinnach einer Erhebung für Kölnstieg die Zahl der offen gewalttätigen Angriffe auf Frauen um 70 %. Im März suchte ein Mann seine angeblich ve5rschwundene Ehefrau gleich in drei Reality-Fernsehshows. Zuerst in "Vermißt" (WDR), dann in "Melde Dich" (Sat 1) und schließlich in "Spurlos" (RTL). "Bitte, Bärbel, komm zurück", flehte er unter Tränen. Frau Bärbels Leiche verweste inzwischen im Keller. Rainer B. hatte sie vor eineinhalb Jahren umgebracgt. Wir dokumentieren einen Ausschnitt der Chronik der frauenfeinlichen Morde der letzten 3 Monate aus der Emma, die sicher noch lange nicht vollständig ist:

31.1.93 Leipzig. Frau, 32, mit Schlag gegen den Kehlkopf getötet. Täter: ein Bekannter.
1.2.93 Villingen-Schwenningen. Frau, 28, erschossen und drei Wochen in Umzugskarton gelagert. Täter: Ehemann.
2.2.93 Karlsruhe. Koreanerin, 25, erdrosselt. Täter: Ehemann.
6./7.2.93 Augsburg. Frau, 55, im Schlaf erstochen. Täter: Sohn.
7.2.93 Montabaur. Frau, 27, mit Bajonett erstochen. Täter: Ex-Freund, er hatte sie schon mehrfach bedroht.
7.2.93 Frankenberg. Frau, 25, nach Streit erwürgt. Täter: ihr Freund.
9.2.93 Bad Dürrheim. Frau, 72, nach Streit erstochen. Täter: Ehemann.
10.2.93 Bamberg. Frau, 38, und ihre Mutter, 71, nach Streit erstochen. Täter: Ehemann.
11.2.93 Kassel. Frau, 31, die Kehle durchgeschnitten. Täter: Ehemann
12./13.2.93 Langen. Frau, 37, in ihrer Wohnung erdrosselt (die Tür war nicht aufgebrochen). Täter: zwei Männer.
13.2.93 Fulda. Sekretärin, 22, mit Schlachtermesser erstochen. Täter: Ex-Lebensgefährte.
14.2.93 Lichtenrade. Frau, 26, im Streit erwürgt. Täter: Ehemann.
16.2.93 Frankfurt. Frau, 49, mit Gehstock erschlagen. Täter: Ehemann.
18.2.93 Mannheim. Frau, 44, mit einer Schere erstochen. Täter: ihr Freund.
18.2.93 Helga Gabriel, 55, Köln, erwürgt. Tatverdächtig: Ex-Freund ihrer Tochter.
19.2.93 Düren. Doreen Riederer, 22, Krankenschwester, auf dem Weg zur Arbeit vergewaltigt und erwürgt. Täter: ein Patient.
19.2.93 Nürnberg. Frau, 55, und deren Sohn erstochen. Täter: Ehemann.
19.2.93 Gifhorn. Frau, 33, und ihr Sohn, 11, getötet. Täter: Lebensgefährte.
22.2.93 Berlin. Doris Kirche, 54, Angestellte eines Autohauses, im Büro erschossen. Täter: unbekannt.
22.2.93 Bad Godesberg. Hatice Cimen, 21, Kurdin, erwürgt.
3.3.93 Hannover. Frau, 58, erdrosselt. Täter: Ehemann.
8.3.93 Gauting. Frau, 67, nach Familienstreit Kehle durchschnitten. Täter: ihr Sohn.
8.3.93 Köln. Hülya Koca, 25, Büroangestellte, vor ihrer Wohnungstür erschossen. Tatverdächtig: Ehemann. Er hatte sie nach der Scheidung mehrfach bedroht.
9.3.93 Wassertrüdingen. Frau, 38, aus Eifersucht erstochen. Ehemann.
9.3.93 Kassel. Afghanin, mit Brotmesser erstochen. Tatverdächtig: ihr Bruder.
11.3.93 Bayreuth. Adelheit Singh, 33, erwürgt. Täter: ihr Freund.
11.3.93 Albbruck. Türkin, 17, getötet und zerstückelt. Täter: Vater.
19.3.93 Zirndorf. Rentnerin mit Beil erschlagen. Täter: Ehemann.
20.3.93 Landringhausen. Frau, 51, erdrosselt. Täter: Ehemann. Nach der Tat erhängt er sich.
20./21.3.93 Köln. Traudel Petry, 44, erstochen. Täter: ihr Sohn.
24.3.93 Tirol. Karin Neuner, 31, mit Schlachtschußapparat getötet. Täter: Lebensgefährte.
26.3.93 Mainz. Frau, 31, aus Eifersucht im Schlafzimmer erdrosselt. Täter: Ehemann.
27.3.93 Kaltenkirchen. Frau, 34, nach Streit mit Beil getötet. Täter: Ehemann.
27.3.93 Essen. Frau, 37, nach Streit ertränkt. Täter: Ehemann.
27./28.3.93 Gießen. Frau, 44, erwürgt. Täter: eine Kneipenbekanntschaft.
28.3.93 Wien. Frau, 58, erstochen, enthauptet und zerstückelt. Täter: Sohn.
28.3.93 München. Dagmar Bohn-Knirim, 50, Prostituierte, in der Badewanne ertränkt. Täter: unbekannt.
29.3.93 Hannover. Prostituierte, Russin, 28, erwürgt. Täter: unbekannt.
4.4.93 Utzenfeld. Frau, 53, im Bett mit Küchenmesser erstochen. Täter: ihr Sohn.
4.4.93 Kiel. Marisa C., 34, Barfrau, erwürgt. Tatverdächtig: Lebensgefährte.
5.4.93 Rosenheim. Anneliese L., 72, erstochen. Täter: ihr Sohn.

Mörde

Tötungsversuch

die Tat

Drei Männer zwischen 18 und 23

k Belohnung

Informationen zu den Aktionen am Tag X in Bonn: Mi. 26. Mai

Unsere Planungen:

* **22. Mai**: bundesweiter Aktionstag (Wochenende vor dem Bundestagsbeschluß). Hier kommt es auf die Verankerungen in Basisgruppen, örtliche Veranstaltungen und den Informationsfluß dazu nach Bonn an. Erste Meldungen gibt es. In vielen Städten örtliche Protestversammlungen in Ergänzung zu Bonn am Tag X.
* **Dienstag, 25. Mai**: Vorabendkundgebung **18–19 Uhr** Münsterplatz Redebeiträge (Moderation: Anne Nilges)
  - VerfassungsrechtlerIn:
  - SPD–Minderheit: Christel Hanenwinkel, MdB
  - Schriftsteller o. ä.:
  - Christen pro Asyl: Ludger Vollmer für den BuVo Grüne
  - Asyl ist Menschenrecht: Herbert Leuninger, PRO ASYL

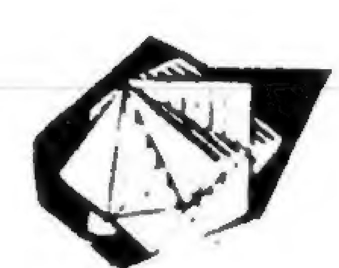
  Begleitaktion: "Mauerbau an der deutschen Ostgrenze". Die TeilnehmerInnen werden gebeten, zigtausende von Unterschriften gegen die Asylrechtsänderung (für den nächsten Tag) an einem großen Fischernetz zu befestigen. Anschließend zieht die Nachtmahnwache zum Regierungsviertel. Nachtmahnwache (Kunstmuseum gegenüber Regierungsviertel)
* **Mittwoch, 26. Mai**, Tag X in Bonn:
  Kommt und sagt NEIN zum Parteienkompromiß gegen das Menschenrecht auf Asyl! Es gibt eine ganze Reihe von Aktionen zum Tag der 2./3. Lesung im Bundestag (Tag X). Nicht alle Aktionen werden vom Trägerkreis Aktion Asyl und dem Büro des Netzwerkes Friedenskooperative koordiniert. Wer geben im Interesse der Transparenz für alle Interessierten hier einen Überblick über uns bisher bekannte Planungen:
  - **6.00 – 7.00 Uhr** Kundgebung des Städteplenums an der Heussallee.
  - **vormittags**: Als offenes Geheimnis gilt, daß von einigen Gruppen durch Verkehrsberuhigungen die anreisenden MdBs auf die Besonderheit der Entscheidung hingewiesen werden sollen.
    Kontakt: Infoladen Wuppertal, Brunnenstr. 41, 5600 Wuppertal 1, Info–Telefon: 0202/311790 FAX wie Telefon
  - **7.00 Uhr** am Ollenhauerhaus: Sammelpunkt zur "Aktion Zivilen Ungehorsams"

    Die TeilnehmerInnen an der friedlichen Belagerung des Bundestages – ca. 1.600 Menschen haben den Aufruf unterschrieben – treffen sich zu einer Auftaktkundgebung um 7.00 Uhr am Erich-Ollenhauer–Haus (SPD–Parteizentrale, U–Bahnstation Ollenhauerstr.) Von dort begeben sie sich in lockerer Form über die Friedrich–Ebert–Allee, die Friedrich–Wilhelm–Str., den Strässchensweg, der über eine Überführung geht (es wird die Franz–Josef–Strauß–Allee überquert, an der der sogenannte Bannkreis beginnt), über die Kurt–Schuhmacher–Str. Richtung "Wasserwerk" (Hinsetzen zur Belagerung). Die Bonner Polizei ist informiert und die Kundgebung vor dem Ollenhauerhaus angemeldet und bestätigt.
    Kontakt: Vack/Narr/Hirsch, c/o Postfach 1250, 6124 Beerfelden, Tel.: 06068/2608
  - **9.00 Uhr**: Gottesdienst am Bundestag: "Der Fremde soll dir wie ein Einheimischer gelten"
    Wortgottesdienst mit Agapefeier möglichst nahe dem Bundestag, genehmigt bisher an der Kurt-Schuhmacher–Str., also in der Bannmeile; Treff um 8.45 Uhr an der Kirche St. Winfried mit gemeinsamen Gang durch die Polizeisperren.
    Gottesdienstgruppe erreichbar über das Büro Friedenskooperative
  - Kundgebung(en) und Dauermahnwache am Regierungsviertel (Kunstmuseum, B9)
  - **8.00 Uhr bis abends:**
    Zum "Equipment" gehören eine als Flugzeug gestaltete Bühne, Info– und Pressebus, ein Diskussionszelt (mit Fernsehübertragung Bundestag), Ausstellungen und Infotische, zu denen Ihr beitragen könnt, u.v.m.: z.B.: treffen sich Anwälte in Robe am Adenauerkopf, Amnesty international neben dem Infobus, eine Infrarot–Grenzsicherungsanlage dient der Abwehr von Abgeordneten aus sicheren Drittbüros und sicheren Länderlisten... Beschränkt sich die "Eröffnung" (um 8.00 vielleicht auch noch um 9.00 Uhr) auf Organisatorisches und Nachrichten von den verschiedenen parallelen Aktionen, so sollen jeweils zur vollen Stunde 2 inhaltliche Beiträge laufen und (dies evtl. zur jeder halben Stunde) ein Theater–, bzw. kabarettistischer Beitrag. Von 9.00 – 11.00 Uhr soll die Mahnwache mit Plakaten/Transparenten und der Symbolisierung der sogenannten Bannmeile (hier endet der demokratische Sektor...) entlang der B9 bis etwa zum Ollenhauer–Haus gehen. Hierbei kann durch Straßentheater einiges verdeutlicht werden. Außerdem: Wird das Plakat wahr? Berliner Mauer auf der B9 und vieles, was Euch noch einfällt.

Vorgesehene Redebeiträge (Vorbehalt: es wird an diesem Tag improvisiert):

+ **10 h** Festung Europa: Claudia Roth, MdEP Grüne; Thomas Pforth, Initiative Schwarze Deutsche
+ **11 h** Rumänien–Vertrag; "*Verfolgung per Steckbrief*" u. v. m.: Fatima Hartmann (Rom e.V.)
  Rüstungsexport u. Folgen, z. B.: Landminen in Kurdistan: Angelika Beer (medico international)
+ **12 h** Frauenschicksal; "*Sexismus als Fluchtursache und Asylgrund*": Gruppe Solwodi
  Deutsche Emigration unterm Nazi–Regime: Peter Gingod, VVN–BdA
+ **13 h** KDV und Desertion, Flucht vor Krieg: Kampagne "Den Krieg überleben" Antifa–Gruppe
+ **14 h** Schwerpunktkundgebung
  * Asyl ist Menschenrecht: Volkmar Deile (amnestie international)
  * die Folgen der Gesetze, Illegalität, Flüchtlingsalltag i. d. BRD: Volker Maria Hügel, Flüchtlingsrat NRW
  * Militarisierung der Außenpolitik, BW–Einsätze: Andreas Buro (Komitee f. Grundrechte)
  * Innere Sicherheit kippt Freiheitsrechte: Ingrid Köppe, MdB Bündnis 90/Grüne
  * Berichte von den Aktionen des Tages, Aktionsmöglichkeiten
  * Handlungsperspektiven in einem Deutschland in schlechter Verfassung: Joachim Hirsch (TK)
+ **16 h** Antisemitismus in Deutschland (nur evtl. nein–sagende MdB's aus den Reihen der SPD)
+ **17 h** nein–sagende MdB's: Gregor Gysi, PDS
  Sand im Getriebe Bundesrat (?): Jürgen Trittin, Minister Niedersachsen, Grüne
+ **18 h** oder nach der Abstimmung: Kommentar Herbert Leuninger, PRO ASYL Aktionsaufruf

Trägerkreis Aktion Asylrecht
c/o Büro Netzwerk
Friedenskooperative
Römerstr. 88
W–5300 Bonn 1
Tel. 0228/692904 Fax: 0228/692906





Vorbereitungsplenum für „Tag X"

■ Vielfältige Protestaktionen gegen Asylrechtsänderung

Kreuzberg. Besondere Flexibilität wurde in letzter Zeit von den GegenerInnen der Änderung des Asylgrundrechts bei der Planung ihrer Aktionen gefordert. Nach mehrmaliger Terminverschiebung scheint nun allerdings der 26. Mai als Tag der Bundestagsentscheidung über den Artikel 16 des Grundgesetzes festzustehen.

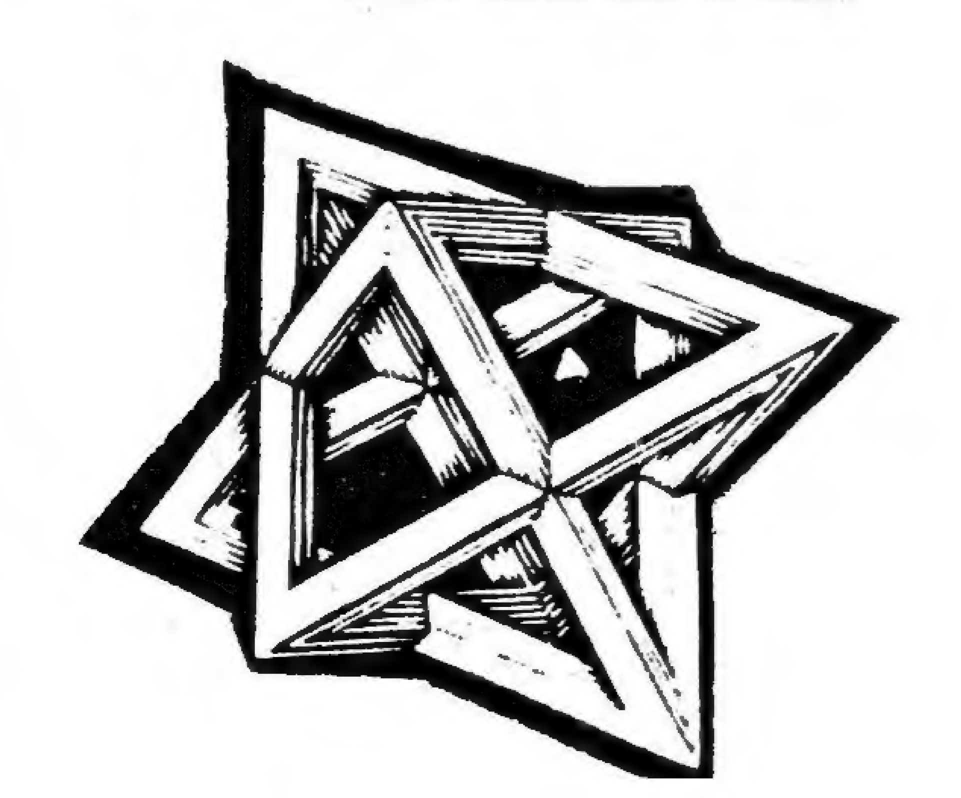
Auf dieses Datum bezogen sich auch die Planungen des zweiten Vorbereitungsplenums für die Teilnahme an den Bonner Protestaktionen, zu dem rund 60 Interessierte am Montag abend in den Mehringhof gekommen waren. Wenn die Grundgesetzänderung, wie geplant, am 1. Juli 1993 in Kraft treten soll, käme als einziger Ausweichtermin nur noch der 9. oder 10. Juni in Frage. Für den Tag der zweiten und dritten Lesung des „Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes" sind in Bonn vielfältige Gegenaktionen geplant. Neben einer Dauermahnwache vor der Bundeskunsthalle und einem Gottesdienst soll es eine „Protestdemonstration in Form einer friedlichen Belagerung des Bundestages" geben.

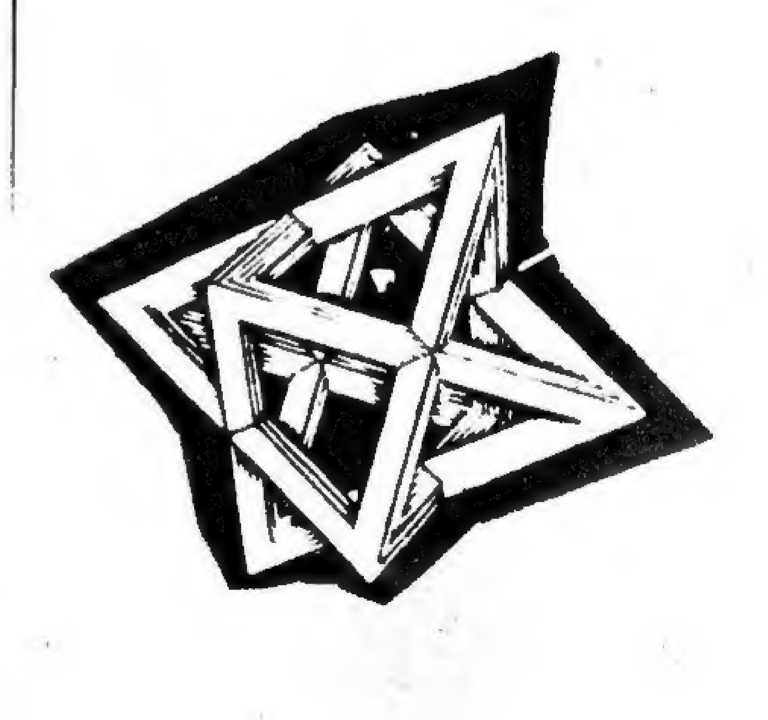
Das Berliner Vorbereitungsplenum ruft zur Blockade der Zufahrtsstraßen zum Bundestag auf, die von einem bundesweit autonomen Städteplenum koordiniert wird. Für die Fahrt nach Bonn wurden vom Vorbereitungsplenum Busse organisiert, die am Vorabend der Bundestagsentscheidung – nach derzeitiger Planung also am 25. Mai – um 18 Uhr vor der TU abfahren.

Für aktuelle Informationen zu den Protestaktionen und zum Termin der Bonner Entscheidung wurde von der Initiative „Berliner Aufruf" ein Info-Telefon (686 63 87) eingerichtet. Ein weiteres Vorbereitungsplenum, bei dem die aktuellen Fragen diskutiert und genauere Planungen bekanntgegeben werden sollen, findet am Montag, 24. Mai um 20 Uhr im Mehringhof statt.

Johannes Zerger

Karten für die Busfahrt nach Bonn sind im „Ex" (Mehringhof, Gneisenaustraße 2) und im „X-B-Liebig" (Liebigstraße 34, Friedrichshain) zum Preis von rund 40 DM erhältlich.





PRESS-INFO

RNC
Roma National Congress
NGO Status at CSCE
Legal Advice Network in
European central office:
Simon von Utrecht Str. 85
D-2000 Hamburg 36
Tel ++49 40 319 42 49
Fax ++49 40 31 04 75

Roma bleiben in Neuengamme

Bundesregierung soll auf Forderungen eingehen

Hamburg, 17. Mai 1992

180 Roma übernachteten gestern auf dem Gelände gegenüber der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme bei Hamburg. Sie wollten gestern Mittag anläßlich des Jahrestages der Deportationen von Roma und Cinti in die Vernichtungslager im Rahmen einer Veranstaltung der Opfer gedenken. Mehrere hundert bewaffnete Polizisten hinderten sie mit Gewalt daran, die für solche Veranstaltungen vorgesehene Gedenkstätte zu erreichen. Durch das Vorgehen der Polizeikräfte sind zehn Roma verletzt worden. Um die zahlreichen Kinder zu schützen, die ihre Eltern zu der Veranstaltung begleiten wollten, zogen sich die Roma in das gegenüberliegende Kornfeld zurück.

Seit gestern befindet sich der Vorsitzende des Roma National congress (RNC), Rudko Kawczynski, im Hungerstreik. Diesen will er solang fortsetzen, bis die Bundesregierung auf ein vom RNC überreichtes Postulatum eingeht. In dem Dokument fordert der RNC die Anerkennung der Roma als ethnische und kulturelle Minderheit, die nachträgliche Unterzeichnung der UNO-Resolution "Schutz der Roma" vom März 1992, der sich die Bundesrepublik Deutschland als einziges europäisches Land bisher nicht anschloß, sowie ein Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge aus dem Krisengebiet im ehemaligen Jugoslawien im Rahmen einer einmaligen humanitären Aktion.

Die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen appellierte gestern an die Medien, die Forderungen der Roma der Öffentlichkeit bekannt zu machen. In einem Gespräch mit dem Bundesinnenministerium bat sie um eine schnelle Stellungnahme der Bundesregierung. Die Möglichkeiten der Kirche, Unterstützung zu leisten, werden Gegenstand eines heutigen Gesprächs mit dem Leiter des Hamburger Diakonischen Werks, Dr. Reimers, sein. Um ihre Forderungen an die Bundesregierung zu unterstreichen, zogen gestern rund 50 Roma in das Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau. Sie übernachteten dort und werden von örtlichen Initiativen versorgt.

KURZER BERICHT ÜBER DIE BLEIBERECHTAKTION DER ROMA IN HAMBURG

500 Leute, 2/3 Roma und der Rest UnterstützerInnen aus Bremen, Hamburg und Berlin, versuchten am Sonntag auf das Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme zu gelangen, um dort zum 53. Jahrestag der ersten Deportationen von Roma eine Gedenkveranstaltung abzuhalten und eine Fluchtburg für Roma zu errichten, um ein dauerhaftes Bleiberecht für alle einzufordern.

Wie vom Roma-National-Congress klargemacht wurde, daß keiner sie daran hindern wird, an dem Ort, wo ihre Angehörigen von Deutschen im Nazionalsozialismus zu Tode gebracht wurden, an ihre Opfer zu gedenken und den Ort zu nutzen, damit sie und andere Roma eine Zuflucht finden können, so wurde von Bullenseite verlautbar, daß keiner der Roma auf das Gelände des ehemaligen KZ gelangen wird und so war vor Ort das Gelände weiträumig abgeriegelt.

Nachdem die Roma zweimal versuchten, durch die Bullenketten zu brechen, zogen sie sich auf den ihnen verordneten Platz 600 Meter gegenüber der Gedenkstätte zurück; auch ein Versuch, über die Felder zur Gedenkstätte zu gelangen, scheiterte am massiven Bullenaufgebot, die auch weiterhin die Gedenkstätte abriegelte. Zum Abend hin wurde dann von den Roma ein Zeltlager errichtet und Lagerfeuer gemacht.

Die Bullen (14 Hundertschaften sollen im Einsatz sein), die auf der anderen Seite der Felder die Gedenkstätte abschirmen, durchsuchten des Nachts die Felder immer wieder mit Suchscheinwerfern und Streifen. Nach der ersten ungewissen Nacht richten sich die Roma heute auf einen längeren Aufenthalt ein.

Die Stimmung im Dorf ist eher angespannt und den Roma gegenüber feindlich. Wir haben den Eindruck, daß die Organisation im Lager ziemlich gut läuft.

Was die Roma brauchen ist Öffentlichkeit, Öffentlichkeit, Öffentlichkeit, ... Macht Euch 'nen Kopf drum.

Wenige UnterstützerInnen /HH,17.5.93

Faschistischer Mord in Querfurt

Nazis-Überfallen auf eine Diskothek in Obhausen am 24.4.'93

Seit den Morden von Mölln und den darauffolgenden Lichterketten ist das Thema der faschistischen Gewalt in den Medien kaum noch präsent. PolitikerInnen und Polizei beschwören einen Rückgang der rassistischen und faschistischen Übergriffe. Stattdessen wird auf Lokalseiten reißerisch oder manchmal auch verschämt über die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendbanden berichtet. Damit wird die Kontinuität rechter Gewalt geleugnet und von den Ursachen abgelenkt.

Vorerst letzter Höhepunkt der mit erschreckender Regelmäßigkeit verübten Überfälle war der Angriff auf eine Diskothek in Obhausen (Landkreis Querfurt).

Aus Zeitungsmeldungen und Gerüchten ergab sich für uns die Frage nach der Motivation. Die Zeitungen vermeldeten "Schutzgelderpressung" und "Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Jugendlichen". Vorstellbar wäre auch die Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz oder eine ganz triviale Kneipenschlägerei. Nach entsprechenden in Halle kursierenden Gerüchten wäre außerdem nicht auszuschließen, daß die Polizei eine Straftat begünstigte, um Beweise gegen lange bekannte Gewalttäter zu erlangen. Auch ohne den (bewußt??) in Kauf genommenen Tod eines Menschen wäre eine Bestätigung dieser Vermutung beängstigend genug. Um uns Klarheit zu verschaffen, recherchierten wir vor Ort.



Kurze Vorgeschichte

Nach der Neueröffnung der Diskothek "Sonnenschein" in Obhausen tauchten dort mehrmals Nazis auf und es kam auch zu kleineren Streitereien. Schon vorher verkehrten sie ab und zu im zugehörigen Lokal und wurden auch als Gäste geduldet, solange sie sich nichts zuschulden kommen ließen. Man kann also das Objekt keinesfalls als "linke Kneipe" bezeichnen, obwohl auch ca. 10-15 sich selbst als links bezeichnende Leute dort regelmäßige Gäste sind.

Der Wirt wurde darauf hingewiesen, daß sich durch das Auftreten der Rechten Auseinandersetzungen ergeben könnten. Unterstrichen wird diese Gefahr durch Erfahrungen aus der Nachbargemeinde Röblingen am See, wo eine Diskothek inzwischen von Einheimischen gemieden wird, da sie zum Treffpunkt der Naziszene der weiteren Umgebung bis einschließlich Halle und Merseburg geworden ist.

Eine woche vor dem Angriiff gab es vor der Disco in Obhausen auch tatsächlich eine tätliche Auseinandersetzung mit rund 10 als Skins zu erkennenden Leuten, in deren Gefolge diese "Rache" geschworen haben sollen.

Donnerstag, 22.4.

Der Wirt erhielt von einer männlichen Person die Ankündigung einer größeren zu erwartenden Aktion am Sonnabend. Daraufhin meldete er der Polizei den geplanten Überfall.

Sonnabend, 24.4.

Am Sonnabend fand die Disco wie gewöhnlich statt. Jedoch waren ca. halbstündlich uniformierte Polizeistreifen zu beobachten, obwohl die Polizei noch am Donnerstag keinen Handlungsbedarf sah. Laut Zeugen stand zusätzlich eine Zivilstreife vor dem Objekt. Außerdem ist bekannt: Eine Zivilstreife nahm vom Sammelpunkt der Nazis in Halle-Neustadt aus die Verfolgung auf (wie aus rechten Kreisen Halles verlautet). Die Eislebener Polizei führte eine "präventive Raumaufklärung" der Zufahrtswege aus Richtung Merseburg und Querfurt durch Zivilstreifen durch. Laut Polizeimeldung "völlig überraschend" kamen die Nazis schließlich aus Richtung Röblingen. Hier drängen sich die Fragen nach dem Verbleib der Hallenser Verfolger sowie nach dem Grund für die Vernachlässigung der Richtung Röblingen auf. Ungefähr 10 Minuten vor dem Überfall wurde letzmalig die (turnusgemäße) Polizeistreife gesehen.

Die eintreffenden Faschisten - insgesamt etwa 50 Mann mit 10 Fahrzeugen - fuhren ins Dorf, hielten, formierten sich und marschierten in Dreierreihen auf die Disco zu.

Als der Wirt die Ankunft der Fahrzeuge bemerkte, ließ er sofort die Notausgänge öffnen und verstandigte die Polizei, welche in Teutschenthal mit 70 Mann in Bereitschaft stand. Die nur zum Teil vermummten Angreifer drangen über Foyer und Tresenraum bis etwa zur Mitte des Saales vor, wobei sie wahllos auf Einrichtung und Personen einschlugen. Dabei wurden Matthias Lüders (im Saal) und ein weiterer Mensch (im Tresenraum), den der Wirt dann beiseite schleifen konnte, von Baseballschlägern getroffen. Ernsthafter Widerstand wurde im Saal nur von drei Menschen geleistet, denen wohl nur der Umstand zu Hilfe kam, daß die Nazis (etwa 5 Minuten nach Beginn der Aktion) den planmäßigen geordneten Rückzug antraten. Laut Zeugen wurde vom Vorraum aus die Szenerie durch einen der Angreifer auf Video festgehalten. Inzwischen ist bekannt, daß der Hallesche Naziführer Thomas Hanke diese Aufnahmen gemacht hat.

Erst 15 Minuten nachdem die Nazis in Richtung Schafstädt abgefahren waren, traf die erste (oder die planmäßige halbstündliche?) Polizeistreife ein, nach 30 Minuten der Krankenwagen und nach 45 Minuten endlich das Gros der Einsatzkräfte der Polizei. Zeugen bekunden, daß dieses Gros sich mit 30 km/h zum Einsatzort bewegt haben soll.

Drei Stunden nachdem alles vorbei und auch die Polizei wieder verschwunden ist, taucht eine einzelne glatzköpfige Person beim Wirt auf, fragt, ob dieser sich weitere dieser Abende wünsche oder nicht, er könne da eine gute Truppe anbieten, gar nicht teuer ("so für'n Bier und 'ne Cola am Abend"), die würden dafür sorgen, daß sich so etwas nicht wiederholt. Als er die Frage des Wirts, ob die auch alle Glatzen hätten, bejaht, lehnt dieser das Angebot ab.

Hallesche Gerüchteküche

Thomas Hanke, Vorsitzender der Deutschen Liga Halle (diese will ein Netzwerk aller - auch der militanten - rechten Parteien und Gruppierungen schaffen), mobolisiert ca. zwei Wochen vordem Angriff in halleschen Nazikreisen.

Nach dem Überfall ist die Polizei erstaunlich schnell im Besitz des Videos, das Hanke gedreht hatte. Da keine Meldung über die Verhaftung Hankes nach dem Überfall vorlag und er auch in der rechten Szene gesucht wurde, Kam das Gerücht auf, er sei ein Bullenspitzel. Verstärkt wurde dieser Eindruck noch durch die Tatsache, daß Hanke sich wegen 17 (!) anhängiger Ermittlungsverfahren wöchentlich bei der Polizei zu melden hat.



Nahm die Randale auf Video auf: Thomas H.

Aus zwei voneinander unabhängigen Quellen wissen wir, daß am Montag das Video und die dazugehörige Namensliste bei der Polizei vorlagen. (Übergeben von Thomas H. - da grinst d.S.)

Für uns stellen sich drei Fragen: "Weshalb wurde die Straße von Röblingen nicht observiert?", "Wie kann nur acht Stunden nach der Tat der Videofilm als 'Fahndungserfolg' präsentiert werden?" und "Wie kommt die Polizei schon bis zum nächsten Tag in den Besitz von acht der zehn Autonummern der beteiligten Fahrzeuge?" - Mensch vergegenwärtige sich den Ablauf des Abends!

Spatestens am Donnerstag war Thomas Hanke wieder auf freiem Fuß.

Epilog

Am........ fand in Querfurt eine Demonstration gegen rechte Gewalt statt, deren unmittelbarer Anlaß der Tod des Matthias Lüders infolge seiner Kopfverletzungen war und zu der die neunten Klassen der Phillip-Müller-Oberschule und Pfarrer..... aufgerufen hatten. Bemerkenswert ist die Beteiligung von rund 4.000 Menschen (in einem 10.000-Einwohner-Ort!), ohne daß außerhalb Querfurts eine Mobilisierung stattgefunden hätte.

Hier zeigt sich, daß bei persönlicher Betroffenheit oder persönlicher Erfahrung (im Wortsinne) auch bis dahin mehr oder weniger unpolitische Menschen bereit sind, gegen die braune Gefahr aktiv zu werden.

Redaktion Antifa

(28.-30.5.93)

Konzeption für das 1. autonome Pfingsttreffen in Eberswalde

In den vergangenen Jahren gab es regelmäßig zu Pfingsten in oder um Eberswalde größere Zusammenkünfte von Faschos. Bisheriger Höhepunkt war 1992 das deutschlandweite Treffen von ca. 300 Faschos am Üdersee in der Nähe von Eberswalde. Die Faschos kamen überwiegend aus Berlin und den nördlichen Regionen von Brandenburg. Aus Schwedt, Garz und Angermünde. Es gab Angriffe auf Kneipen, Tankstellen, Busse und Diskotheken. Außerdem zogen ca. 150 Faschos zum Jugendclub "Bahnhof". Zu diesem Zeitpunkt waren wir ungefähr noch 30 Leute am Bahnhof und mußten uns zurückziehen. Die Faschos wurden zwar von den Bullen aufgehalten, aber auf die wollen und können wir uns nicht verlassen. Wir Eberswalder konnten also keine Informationen über Strukturen, Organisationen und genaue Anzahl der Faschos sammeln, da unsere Namen und Gesichter bei den einheimischen Faschos bekannt sind und wir deshalb nicht auf den Zeltplatz konnten.
Dieses Jahr ist die Situation in Eberswalde anders. Wir erwarten ca. 300 Faschos am Üdersee. Dort befand sich im 3. Reich ein HJ-Wehrlager. Schon durch ihr Scheiß-Traditionsbewußtsein ist es fast sicher, daß sie sich dieses Jahr dort wiedertreffen. Außerdem hat sich der Bahnhof als einziger linker Jugendclub bis nach Bernau und Freienwalde etabliert. Seit dem 1.5.93 haben wir einen Nutzungsvertrag über Teile des Hauses und das Cafe' im Haus. Das müssen wir gegen alle Angriffe verteidigen.

Ablauf:

Wir werden ungefähr 100 Leute aus Eberswalde, Freienwalde und Bernau ect. mobilisieren. Die Veranstaltungen von Freitag bis Montag Vormittag sind vom Ordnungs- und Umweltamt genehmigt. Um denen einen plausiblen Grund für die Genehmigung zu geben, haben wir ein Rahmenprogramm organisiert. Anreisen solltet ihr bis Freitag Abend. Essen und Trinken wird durch das Cafe' bereitgestellt, das rund um die Uhr geöffnet wird. Ein Teil der Leute kann im Haus schlafen. Falls nicht alle reinpassen gibt es die Genehmigung auf der Wiese gegnüber zu zelten. Bringt also vorsichtshalber Schlafsäcke und, soweit vorhanden, Zelte mit. Enden soll das ganze am Montag Vormittag. Der Bahnhof ist übrigens leicht zu finden, ca. 2 km hinter Ortseingang aus Richtung Finow befindet sich links die Kneipe "Keglerheim", rechts die Kneipe "Scharne", dahinter rechts in die Bahnhofstraße einbiegen und am Ende ist der Bahnhof.

Rahmenprogramm:

Freitag:	Diskothek ab 18.00 Uhr danach Cafe'
Sonnabend:	nachmittags Filmvorführung mit Filmen aus dem autonomen Filmarchiv ab 20.00 Uhr Konzert mit zwei Amateurbands
Sonntag:	Sportfest unter dem Motto "Volxsport statt Olympia" abend Lagerfeuer mit Grillen

Wir hoffen auf Eure zahlreiche Unterstützung und gute antifaschistische Zusammenarbeit.

Aufruf!

Verhindert den NPD-Parteitag!

Demonstration und Kundgebung
5. Juni ab 9.oo Uhr
Kongress- und Kulturzentrum, Bad Langensalza

Züge nach Bad Langensalza

Erfurt	8.00 Uhr
Gotha	7.45 Uhr
Eisenach	7.15 Uhr
Jena	6.54 Uhr
Gera	5.56 Uhr
Meiningen	5.09 Uhr
Suhl	6.05 Uhr

Liebe FreundInnen,

am 5.Juni will die rechtsextreme NPD ihren Bundesparteitag in Bad Langensalza durchführen.

Absender: Antifa Erfurt
Infotelefon: 0361/6738396 Fax:0361/6738299

BUNDESPARTEITAG DER NPD
AM 5.JUNI IN BAD LANGENSALZA VERHINDERN

Wie auf dem Regional-Treffen, am letzten Wochenende in Suhl, verabredet, nun den genauen Ort- und Zeitpunkt für das Vorbereitungstreffen der Demo, am 05.06.93 in Bad Langensalza.
Wie wir vom "Aktionsbündnis zur Verhinderung des Bundesparteitages der NPD in Bad Langensalza" erfuhren, sprechen alle Anzeichen dafür, daß der Parteitag im Langensalzaer Kongreßzentrum stattfindet.
Dieses Bündnis, welches sich aus Vertretern der Kirche, Abgeordneten des Neuen Forums, der SPD, PDS, dem BUND, DGB Gotha, HBV Erfurt, der JRE Eisenach u.a. zusammensetzt, hat, durch unterschiedliche Personen, eine Gegendemonstration für 9.00 Uhr, Treffpunkt Platz vor der Alten Post(direkt vor dem Kongreßzentrum), angemeldet.
Wir möchten Euch hiermit zum autonomen Vorbereitungstreffen dieser Demonstration nach Erfurt einladen.

Um konkret zu werden,
das Datum ist Samstag der 22.05.93,
wir treffen uns 14.00 Uhr
am Gewerkschaftshaus, Juri Gagarin Ring 150.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr schon ab 11.00 Uhr auf dem Anger sein könntet. Dort findet ein Antifa-Spaziergang zum Tag X statt, Stände des Erfurter-Bündnisses und Plakatieren unsererseits.
Bitte gebt die Informationen an weitere interessierte autonome Gruppen weiter. Stadtplan von Erfurt siehe Rückseite.

mit antifaschistischen Grüssen

Autonome griffen Skinheads an

Bei einer Auseinandersetzung zwischen Autonomen und Skinheads in der mecklenburgischen Kreisstadt Parchim ist ein jugendlicher Rechtsradikaler in der Nacht zum Sonntag schwer am Auge verletzt worden. Nach Angaben der Polizei hatten etwa 60 Autonome einen Treff der Skinheads angegriffen.





Kommt alle zum SPEKTAKELZUG durch Gifhorn am Samstag, den 05.06.93.
Treffpunkt: Um 13.30 am Brunnen / Steinweg.

Der Spektakelzug findet anläßlich der Ermordung des wohnungslosen Helmut Leja statt. Am 04.06.91 gegen 19 Uhr wurde er von den beiden Neonazis Uwe Köhler und Andre Schillberg verfolgt, zusammen getreten und lebensgefährlich mit mehreren Messerstichen verletzt. Helmut Leja quälte sich noch mehrere Stunden, bevor er starb. Am morgen des 05.06.91 wurde er in der naehe der Diakonischen Heime in Gifhorn-Kästorf tot aufgefunden. Uwe Köhler bekam 6 Jahre Jugendahft, Andre Schillberg lediglich 50 Arbeitsstunden, die er paradoxerweise dort ableistete, wo auch Helmut Leja arbeitete.

Bringt Alles mit, was zum Volxmusizieren geeignet ist.
Keine Grenzen der Phantasie.
Überhaupt keine Grenzen !!!

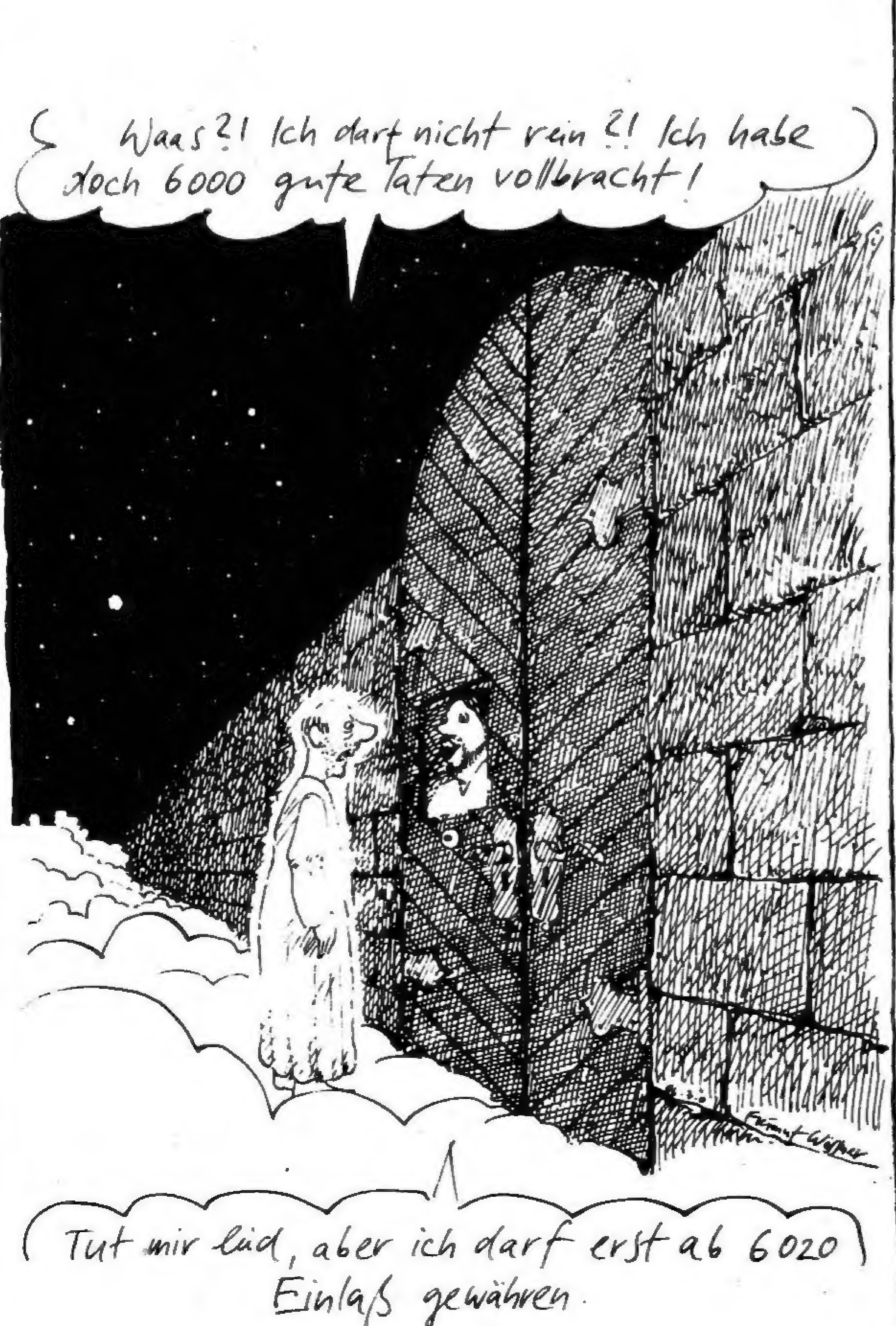
Antifa Gifhorn

Laut den alten und neuen Faschisten sind wir zwar nur Menschen 2. Klasse, die minderwertig, weil nicht ordentlich reichsdeutsch, im besten Fall noch als Arbeitssklaven oder Gebärmaschinen, als Kanonenfutter oder KolonisatorInnen für die wiederangeschlossenen Ostgebiete zu verwenden sind.
Aber wir haben uns gedacht:

Wir können auch anders...



Zwar haben wir beim Überwinden des Zauns keinen neuen olympischen Rekord im Hochsprung aufgestellt, aber gegen Olympia haben wir sowieso was. Und mit Anlauf und vielleicht nicht ganz elegant, ist es uns doch gelungen den 70cm hohen Zaun, der uns vom Auto Rudolf Kendzias trennte, zu überwinden. Mit durchschlagenden Argumenten und den üblichen Hilfsmitteln konnten wir den Wagen schnell für uns entflammen. Wir hoffen damit auch der Verbreitung des Volxsports als Breitensport einen Dienst erwiesen zu haben.



Aber unser Hauptaugenmerk hat sich dabei natürlich darauf gerichtet, diesen Herrn Kendzia aus seiner Ruhe zu schrecken, seine Mobilität einzuschränken und seine Machenschaften einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Besonders widerlich ist uns bei ihm die Kombination aus miefiger Ein-Familien-Käfig-Kleinbürgerlichkeit und stramm faschistischem Denken und Handeln, aufgestoßen. Ein ganz typischer Fall des Brandstifters im biederen Anzug..

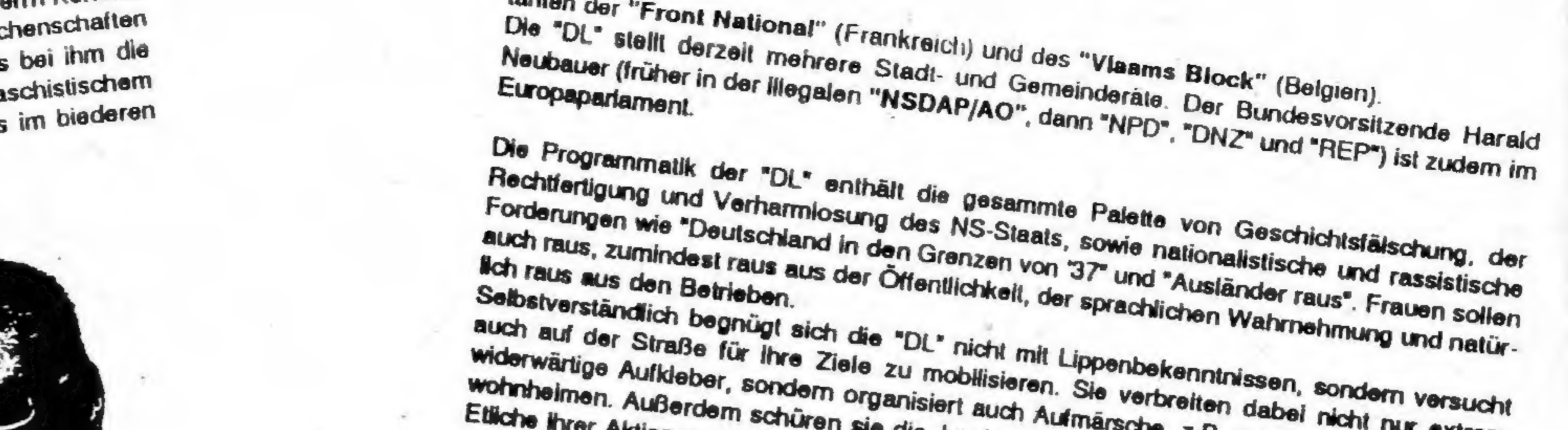
Wer ist nun dieser Kendzia?

1938 wurde er in Berlin geboren
1959 ist er bereits in die "**Deutsche Reichspartei**", deren
Kreisvorsitzender er in Darmstadt zeitweise war, ein-
getreten
1966 wurde er Mitglied in der **NPD** Westberlin
1967 Landesvorsitzender der NPD
Später wurde er dann Mitglied der **Republikaner** und war
zeitweise Landesgeschäftsführer und Schatzmeister.
Seit April 1988 war er Herausgeber der Berliner Nazizei-
tung "**Freie Umschau**". Der Vorsitzende des Herausgeber-
vereins war Wolfram Nahrath, der gleichzeitig stellvertre-
tender Vorsitzender der "**Wiking Jugend**" war. Bei einem
von im geleitete WJ-Lager wurden auch Wehrsportübungen
durchgeführt.Ein weiterer Mitarbeiter der Zeitung war
Detlev Rose, ein Mitglied der mittlerweile verbotenen "**Deutschen Alternative**".
29.1.89 wurde Kendzia mit 10 anderen REPs ins Abgeordnetenhaus gewählt
2.12.90 hat er erneut kandidiert und wurde wiedergewählt
3.10.91 nahm er am Gründungskongreß der "**Deutschen Liga für Volk und Heimat**" teil. Er
wurde zusammen mit Harald Neubauer und Jürgen Schützinger, einem früheren NPD-
Funktionär, zum Bundesvorsitzenden gewählt.
24.5.92 kandidierte er auf der Liste der "**Nationalen**" für die Bezirksverordneten-Versamm-
lung. Die "Nationalen" waren ein Zusammenschluß der faschistischen "**Nationalen Al-
ternative**" (Weitlingstr.), der NPD und der "Deutschen Liga". Teil ihres Wahlkampfes
war eine versuchte Kundgebung mit dem Geschichtsfälscher und Revisionisten Irving,
sowie einer antijüdischen "Mahnwache" vor der jüdischen Gemeinde. Beide Veranstal-
tungen wurden durch massiven und vielfältigen antifaschistischen Widerstand verhin-
dert. Bei der Wahl errangen die Nationalen lediglich 0,2% der Stimmen.

Rudolf Kendzia

Kendzia ist außerdem Mitarbeiter und Gastautor diverser rechtsextremer und faschistischer Zeitungen.
Auch auf dem Immobilienmarkt ist er, lt. Anzeige in der "Jungen Freiheit" tätig geworden. Sein Unternehmen nennt sich angeblich "Kendzia und Partner" mit Sitz im Beifußweg 26a in 1-47.
Das ist auch seine Adresse.
Seine Telefonnr. wechselt öfter: '89 war sie 6613416, '91 2629454.
Er fuhr bis heute einen roten Mazda 323 mit dem Kennzeichen B-EN 7041.

Da Kendzia leitender Funktionär der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" ist, wollen wir noch einen Blick auf diese Vereinigung werfen:
Die "DL" ist aus der "**Deutschen Allianz - Vereinigte Rechte**" hervorgegangen. Sie sollte, nachdem sie sich nicht als Wahlpartei etablieren konnte und weil das Lager der Rechten durch interne Streits sehr geschwächt war, eine Sammelbewegung der Rechten, v.a. aus NPD, DVU und REP, werden. Sie ist außerdem ein wichtiges Bindeglied zu militanten Faschisten, z.B. aus der verbotenen "**Nationalen Front**", der "**Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)**", deren Hauptziel der Wiederaufbau der "**NSDAP**" ist, und dem "**Ku Klux Klan**". Kontakte bestehen auch zu der militanten Kaderorganisation "**Heimattreue Vereinigung Deutschlands**", sowie über diese zur verbotenen "**Nationalen Offensive**".
Der Integrationscharakter der "DL" hat sich z.B. bei den "Rudolf-Heß-Gedenkmärschen" gezeigt. 1992 in Rudolstadt hat die "DL" sogar den Hauptredner gestellt.
Beim Gründungskongreß am 3.10.91 in Villingen-Schwenningen waren außerdem Repräsen-


tanten der "**Front National**" (Frankreich) und des "**Vlaams Block**" (Belgien).
Die "DL" stellt derzeit mehrere Stadt- und Gemeinderäte. Der Bundesvorsitzende Harald Neubauer (früher in der illegalen "**NSDAP/AO**", dann "NPD", "DNZ" und "REP") ist zudem im Europaparlament.

Die Programmatik der "DL" enthält die gesammte Palette von Geschichtsfälschung, der Rechtfertigung und Verharmlosung des NS-Staats, sowie nationalistische und rassistische Forderungen wie "Deutschland in den Grenzen von '37" und "Ausländer raus". Frauen sollen auch raus, zumindest raus aus der Öffentlichkeit, der sprachlichen Wahrnehmung und natürlich raus aus den Betrieben.
Selbstverständlich begnügt sich die "DL" nicht mit Lippenbekenntnissen, sondern versucht auch auf der Straße für ihre Ziele zu mobilisieren. Sie verbreiten dabei nicht nur extrem widerwärtige Aufkleber, sondern organisiert auch Aufmärsche, z.B. vor Asylbewerberinnen-wohnheimen. Außerdem schüren sie die Jagd auf Flüchtlinge durch Kopfgeldprämien.
Etliche ihrer Aktionen wurden, meist allerdings erst nach Intervention von AntifaschistInnen, verboten.
Hier zur Veranschaulichung zwei ihrer rassistischen Hetzaufkleber:



Ein anderer Bereich von Kendzias Aktivitäten ist das 1990 gegründete "**Bildungswerk von Fallersleben e.V.**". Kendzia ist dort angeblich einer der Hauptaktivisten. Das "Bildungswerk" ist Teil der Strategie zur Bildung einer Bewegung (s.o.). In dieser Bewegung scheinen von rechten Schlägern bis hin zu Theoriezirkeln und Zeitungen alle willkommen zu sein. So hat das Bildungswerk in den vergangenen drei Jahren, teilweise wohl auch erfolgreich, versucht bekennende Nationalsozialisten und andere Rechte bis ins konservative Lager hinein, miteinander zu verbinden.

Selbstverständlich konnten wir hier nur einen ganz groben Überblick über das Tätigkeitsfeld des Rudolf Kendzia geben. Interessierte finden in jedem Infoladen ein reichhaltiges Angebot an weiterführenden Broschüren und Büchern.

Wir hoffen, daß klargeworden ist, warum wir uns das Tun Kendzias nicht weiter unkommentiert anschauen wollten, und, daß wir tatsächlich auch anders können.
Uns ist klar, daß Kendzia nur einer von vielen ist, und daß sich vor uns noch ein riesiger Berg an Arbeit und sportlicher Aktivitäten türmt.
Ziel ist dabei natürlich nicht das Zurückdrängen der Faschisten in die Schranken des alltäglichen patriarchalen Imperialismus, genannt bürgerliche Demokratie, sondern der Aufbau einer radikalen linken Bewegung, die für die vollständige Befreiung aller Menschen kämpft. Der Widerstand gegen die Faschisten auf der Straße und gegen die hinter den Schreibtischen ist ein Teil dieses Kampfes.

Keinen Fußbreit den Faschisten!

13.5.93

Das patriarchale, rassistische und kapitalistische System auf allen Ebenen angreifen!

Für den Kommunismus!

Flammende Grüße an die Autonomen Antifagruppen, die bereits am 8.5.93 Kontakt mit Kendzias Auto aufgenommen haben. Nachdem es aber immer noch dort steht, scheint der Wagen diesen Kontaktversuch nicht erwidert zu haben, oder andere Kontakte sind nicht zustande gekommen.
Ansonsten freuen wir uns natürlich darüber, daß Kendzia auch bei anderen Menschen so unbeliebt ist. Eurer Begründung schließen wir uns an.

Brandanschläge auf Autos

■ Besitzer: Zwei rechtsextreme Politiker

Charlottenburg/Neukölln. Zwei Brandanschläge auf die Autos des von den rechtsextremen Republikanern gestellten Weddinger Umweltstadtrats Hermann Voss sowie des früheren Mitglieds der NPD, der „Reps" und der „Deutschen Liga", Rudolf Kendzia, beschäftigen seit gestern den Staatsschutz. Laut Polizei hatten unbekannte Täter unter den in Charlottenburg abgestellten „Chevrolet" des 52jährigen Voss am frühen Freitagmorgen zwei Brandsätze gelegt, die den Wagen im vorderen Bereich erheblich beschädigten. Kendzias „Mazda" sei in Rudow gegen 0.35 Uhr vollständig ausgebrannt, hieß es. Die Ermittlungen in Rudow hätten ergeben, daß zwei unbekannte, vermummte Männer zunächst zu Fuß und später mit einem Motorrad geflüchtet seien.

Gestern vormittag ging bei der taz ein Bekennerschreiben ein, das jedoch nur auf den Anschlag auf Kendzias Auto Bezug nimmt. Das dreiseitige Pamphlet trägt keinen Namen einer Gruppe oder Einzelperson, sondern ist mit Slogans wie „Keinen Fußbreit den Faschisten" und „Für den Kommunismus" unterzeichnet. Auf der Titelseite ist ein Kaninchen mit einer Schlange im Maul unter den Lettern abgebildet: „Wir können auch anders". Man habe „diesen Herrn Kendzia aus seiner Ruhe schrecken" und „seine Machenschaften einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen wollen", heißt es im Text. „Besonders widerlich ist uns bei ihm die Kombination aus miefiger Ein-Familien-Käfig-Kleinbürgerlichkeit und stramm faschistischem Denken und Handeln aufgestoßen. Ein ganz typischer Fall des Brandstifters im biederen Anzug".

Der größte Teil des Textes ist Kendzias politischer Biographie gewidmet. Der Mühe, die Vita ihres Opfers genau zu recherchieren, haben sich die Verfasser allerdings nicht unterzogen: der 55jährige Kendzia war Ende der 60er nicht, wie behauptet, NPD-Landesvorsitzender, sondern nach Angaben des Verfassungsschutzes Stellvertreter. Und Mitglied der „Deutschen Liga für Volk Heimat" (DL) ist der frühere Rep-Abgeordnete seit Dezember 1992 auch nicht mehr. Als Grund vermutet der Verfassungsschutz, er sei beleidigt gewesen, weil er nicht in den Bundesvorstand gewählt worden war. In dem Bekennerschreiben wird er jedoch unverdrossen als „leitender Funktionär" der DL bezeichnet.

Der Anschlag war offensichtlich bereits der zweite Versuch, wie aus einem Nachsatz hervorgeht. Dort werden „flammende Grüße an die Autonomen Antifagruppen" gerichtet, „die bereits am 8.3.93 Kontakt mit Kendzias Auto aufgenommen haben". plu

Unbekannte haben in der Nacht zu Freitag die Wagen von dem Weddinger Republikaner-Stadtrat Hermann Voss sowie dem ehemaligen Parteimitglied Rudolf Kendzia aus Neukölln in Brand gesetzt. Voss wurde bereits zum dritten Mal Opfer von Anschlägen. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Gegen 1.35 Uhr erschütterte ein Knall die Charlottenburger Wirmerzeile. In Flammen stand ein „Chevrolet" – Wagen des Weddinger Umweltstadtrats und Republikaner-Mitglieds Hermann Voss. Unbekannte Täter hatten zwei Brandsätze unter dem Wagen gezündet. Sachschaden: 60 000 Mark.

Neonazi–Angriff auf JuZi in Aurich
Überfall war von langer Hand geplant

Rund 100 Rechtradikale aus dem norddeutschen Raum, unter ihnen der militante Kühnen–Nachfolger Christian Worch aus Hamburg, griffen am späten Samstagabend [8.5.93] das Jugendzentrum "Schlachthof" in Aurich an, wo zur selben Zeit ein "Fest der Kulturen" mit ca. 200 Besuchern – unter ihnen viele ausländische Familien – stattfand.
Während bereits zwei Tage zuvor Gerüchte über eine bevorstehende Aktion Rechtsradikaler die AntiFa beunruhigte, erfuhr die Polizei nach eigenen Angaben erst am Samstag um 20.10 Uhr von der Kripo in Oldenburg, daß etwa 25 Fahrzeuge mit Neonazis in Richtung Aurich unterwegs seien. Einsatzleiter Bremer mobilisierte daraufhin 12 (!!) Beamte, die ab Hesel die Observierung übernahmen, kurz vor Aurich aber erkennen mußten, daß die Aktion generalsstabsmäßig vorbereitet war. Die Fahrzeuge trennten sich, um auf unterschiedlichen Strecken das JuZi anzufahren. Bremer: "An den Zufahrten zum Jugendzentrum standen Einweisungsposten mit Funkgeräten."
Vom Treffpunkt bei einer nahegelegenen Kondensatorenfabrik wurde der Marsch der Neonazis von der Polizei "eskortiert". Bewaffnet mit Baseballschlägern, Totschlägern, Gasrevolvern mit Kartuschenmunition und Stinkbomben rückte der Trupp unter Abspulen der üblichen Sprüche gegen das JuZi vor. Die Polizei war zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben "personell nicht in der Lage" den Trupp aufzuhalten und beschränkte sich darauf, einige Beamte auf dem Gelände des Schlachthofes zu postieren. Von einer nahegelegenen Baustelle versorgten sich die Angreifer (unter den Augen der Polizei) mit Steinen. In der Veranstaltungshalle des Jugendzentrums waren zu diesem Zeitpunkt noch ca. 70 Personen, die von etwa 20 Mitgliedern der Antifa draußen auf dem Schlachthofgelände geschützt wurden. Die Polizeibeamten gingen nach Angaben der Verteidiger beim Einsetzen des Stein– und Flaschenhagels sofort in Deckung, ein Mitglied der Antifa erlitt Kopfverletzungen, ein Polizist knickte bei der Verfolgung eines Rechten mit dem Fuß um, ein Streifenwagen und mehrere vor dem Schlachthof abgestellte PKW wurden beschädigt, im JZ gingen etliche Scheiben zu Bruch. Die aus BePo und Autobahnpolizei zusammengezogenen rd. 100 Beamten, die gegen 22.20 Uhr in Aurich versammelt waren, brauchten nicht mehr einzugreifen – die Meute der Neonazis war zu dieser Zeit bereits auf dem Rückzug. Die Polizei hielt "im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten" die abfahrenden Fahrzeuge an, stellte Personalien fest und nahmen einen Steinewerfer fest. Waffen wurden bei den Durchsuchungen nicht gefunden (!!).
Einsatzleiter Bremer (der bereits im Zusammenhang eines massiven Schlagstockeinsatzes im Verlauf einer nichtangemeldeten Schülerdemo gegen rechtsradikalen Terror in die Kritik geraten war) vermutet, daß nicht die ausländischen Gäste oder das JuZi, sondern die militante Auricher Antifa das Ziel des Überfalls gewesen sei. Dagegen berichteten Augenzeugen, Teilnehmer des rechten Mobs hätten verkündet, "daß die Braunhemden Aurich zurückerobert hätten." Dies sei ein Signal anläßlich des 48. Jahrestages der Kapitulation des 3.Reiches.
Mitglieder der Antifa traten empört vor die Presse. Bei allem Verständnis für die schwierige Lage der wenigen Auricher Polizeibeamten müsse dennoch das Verhalten der Polizei stark kritisiert werden. Es sei nicht nachvollziehbar, wie die Oldenburger Kripo die Zusammenrottung von militanten Neonazis beobachten könne ohne das geringste zu unternehmen.
Weder sei um 20 Uhr die Bereitschaftspolizei alarmiert worden, noch habe es eine ernstzunehmende Begleitung oder gar Kontrolle der Fahrzeugkolonne gegeben. Erst als die Auricher Polizei angesichts der Übermacht Verstärkung angefordert habe, seien Beamten aus anderen Landkreisen zusammengezogen worden.
Die Flüchtlingsberaterin Gaby Ochoa–Assing kann nicht verstehen, warum die Nazis am JZ vorbei eskortiert wurden und trotz der massiven Bewaffnung der Rechten nicht eingegriffen wurde. Sie will gegen die Polizei Anzeige erstatten wegen unterlassener Hilfeleistung.
Kritisiert wurde ferner, daß die Polizei, die in Aurich bislang jede Demonstration mit Dokumentationstrupps "begleitet" hätte, ausgerechnet bei diesem gewalttätigen rechten Aufmarsch auf diese Maßnahme verzichtet habe. Ein Antifa–Mitglied: "Für die Auricher Polizeiführung gibt es seit Monaten nur einen Feind – die Antifa." Zahlreiche Haus– und Fahrzeuguntersuchungen, Festnahmen und Strafanzeigen gegen linke Aktivisten würden eine deutliche Sprache sprechen. Hinweise auf rechte Aktivitäten würden nicht ernstgenommen, in der Öffentlichkeit die Militanz der rechten Szene verharmlost. "Wenn bei einer Schülerdemo ein Ei gegen das Polizeidienstgebäude geworfen wird, kommt es zum harten Schlagstockeinsatz und zahlreichen Festnahmen. Wenn Nazis schwerbewaffnet ein Jugendzentrum überfallen wollen, eskortiert man sie dahin und beschränkt sich aufs Zuschauen." Benachbarte Einwohner berichteten, sie hätten sich nicht mehr aus den Häusern getraut; es seien Schüsse gefallen und die Polizei habe nichts gegen die Steinewerfer unternommen. Ohne das entschiedene Auftreten der Antifa wäre die Erstürmung des Schlachthofes nicht zu verhindern gewesen.

Laut Informationen der Antifa und der örtlichen Presse war der Überfall auf das Auricher Jugendzentrum "Schlachthof" von langer Hand geplant.
Anfang des Jahres habe es ein erstes Treffen von Neonazis in Tannenhausen, einem Auricher Ortsteil, gegeben. Nachdem die damalige Versammlung von der Antifa massiv gestört und schließlich von der Polizei aufgelöst worden war, sei es am ersten Maiwochenende in Großefehn vor den Toren Aurichs zu einem erneuten Treffen von rd. 80 Neonazis gekommen. Dabei sei dann der Überfall präzise vorbereitet worden. Unterschiedliche Anfahrtrouten der ortsunkundigen Neonazis, Einweisungsposten mit Funkgeräten und massive Bewaffnung der rechten Horde liessen daran keinen Zweifel. Zudem sei Tage vorher ein Rechter beobachtet worden, der mit einer Videokamera Aufnahmen vom "Operationsgebiet" gemacht habe. Nunmehr von einer "spontanen Aktion" zu sprechen, sei völliger Blödsinn.
Ein Sprecher der Antifa erneuerte die Vorwürfe gegen die Polizeiführung. "Bei der geballten Gefahr dieses schwerbewaffneten Nazi–Mobs hätte schon die Oldenburger Kripo sofort und energisch Einsatzkräfte mobilisieren müssen. Diese Unterlassung hätte auch Menschenleben kosten können. Woher wollte denn die Kripo wissen, daß nicht ein Wohnheim von Asylbewerbern abgefackelt werden sollte?" Die Antifa glaubt in diesem Verhalten Anhaltspunkte zu sehen, daß es im Vorfeld des Überfalls Kontakte zwischen Neonazis und der Polizei gegeben habe. Die Oldenburger Kripo habe offenbar genau gewusst, daß die rd. 100 miltanten Rechten eine Vergeltungsaktion gegen Antifa und Jugendzentrum in Aurich vorhatten. "Wenn eine Horde Rechter auszieht, ein paar Linke aufzuklatschen, sieht die Polizei augenscheinlich keinen Handlungsbedarf."

Datum: 11./12.05.93

Pressemitteilungen zur Situation in Rostock –

12.5.93, 20.30 Uhr

Nachdem am Dienstag letzter Woche ein Zerstören des Jugendalternativzentrums (außer die Scheiben des nebenangelegenen Frauenzentrums) durch ca. 60 Angreifer durch eine militante Abwehr verhindert werden konnte, gab es für heute, Mittwoch, eine weitere neuerliche Mobilisierung unter rechtsextremistisch eingestellten Jugendlichen in Rostocks Jugendclubs und Schulen.
Auch ist es bekannt, daß es eine Mobilisierung in etlichen Städten Norddeutschlands gegeben hat.
Dies ist nach unserem Wissen die erste großangelegte Moilisierung gegen ein selbstverwaltetes Jugendzentrum im Osten. Das dies gerade das JAZ betrifft, kommt nicht von ungefähr.
Zum einen scheint es, daß Lippenbekenntnisse der Rostocker Öffentlichkeit eine Stärkung des Organisationsvermögens rechtsextremistischer Gruppierungen nicht verhindern konnten. Vielmehr ist es so, daß rechtsextremistische Anheizer das Geschehen an Treffpunkten vieler Jugendlicher beherrschen. Zum anderen ist das JAZ einer der wenigen Orte, wo sich mit rassistischen und faschistoiden Tendenzen aktiv auseinandergesetzt wird und wo zahlreiche Projekte und Initiativen entstanden sind, die diesen Tendenzen widersprechen.
Gerade deswegen ist für uns der Erhalt des JAZ so wichtig! Und nach Erfahrungen der letzten Wochen und Monate können wir uns dabei auf die Polizei nicht verlassen. Es gab die letzten Tage Abmachungen mit der Polizei, wonach wir sie bei ihren Maßnahmen nicht behindern und für den Fall eines Angriffs wir von unserem Hausrecht Gebrauch machen.
Am späten Nachmittag sah es so aus, daß mehrere rechte Gruppen unbehelligt bewaffnet im Stadtzentrum rumlaufen konnten. Eine Person wurde von diesen auf dem Boulevard verletzt und beraubt. Währendessen gab es Versuche durch die Polizei, Besucher des JAZ beim Kommen und Gehen zu kontrollieren.

13.5.93, 14.00 Uhr

Die großangelegte Mobilisierung gegen das JAZ am gestrigen Tag ist von rechten Gruppen aus dem Rostocker Nordwesten kurzfristig abgebrochen worden. Ca. 40 Personen vornehmlich aus Dierkow/Toitenwinkel übten sich im Versteckspiel mit der Polizei. Weiterhin wurden Fahrzeuge mit auswärtigen Kennzeichen (GÜ,HB) und rechten Insassen im Stadtzentrum beobachtet.
Nach unseren Informationen soll abgewartet werden, bis die Polzeipräsenz im Innenstadtbereich nachläßt.
Wir nehmen unsere Informationen sehr ernst, gerade vor dem Hintergrund, daß am letzten Samstag ca. 100 Rechtsradikale aus dem norddeutschem Raum unter Beteiligung von Ch. Worch ein Jugendzentrum in Aurich überfallen haben.(bzw. ein Wochenende davor ein Jugendzentrum in Bad Homburg)

13.5.93, 23.00 Uhr

Alles normal. Mit größeren Übergriffen ist nach wie vor zu rechnen.

Gleichfalls aus „Sicherheitsbedenken" wurde ein für den kommenden Montag vorgesehenes Olympia-Forum mit IOC-Mitglied Thomas Bach vom Institut für Sportwissenschaft an der Freien Universität Berlin abgesagt. In der Vorwoche war wiederum eine Filiale der Berliner Bank von Jugendlichen, deren T-Shirts die Aufschrift „IOC piss off" trugen, beschädigt worden.

Erneut Brandanschläge auf Politiker-Autos in Kreuzberg

Ehemaliges AL-Mitglied und SPD-Abgeordneter betroffen

Auf die Wagen des ehemaligen Abgeordneten der Alternativen Liste (AL) Volker Härtig und des Kreuzberger SPD-Bezirksverordneten Michael Rädler sind in der Nacht zu Sonntag Brandanschläge verübt worden. Die Täter werden in der militanten autonomen Szene vermutet. Erst am Freitag waren die Fahrzeuge des Weddinger Republikaner-Stadtrates Hermann Voss und seines ehemaligen Parteikollegen aus Neukölln Rudolf Kendzia von Unbekannten in die Luft gejagt worden. „Derzeit ist allerdings zwischen diesen Vorfällen noch kein Zusammenhang erkennbar", sagte gestern ein Polizeisprecher.

Es war 1.30 Uhr, als Sonntag früh der blau-metallic-farbene Nissan des SPD-Lokalpolitikers Rädler an der Lübbener Straße in Kreuzberg in Flammen aufging. Etwa zehn Minuten später brannte der rote Peugeot 205 des ehemaligen AL-Abgeordneten und heutigen SPD-Mitglieds Härtel an der Görlitzer Straße. Polizeibeamte fanden wenig später mehrere Kunststoffteile. Unbekannte hatten unter das Fahrzeug einen Brandsatz gelegt.

„Inzwischen wurde mir das vierte Auto abgefackelt", beklagte gestern Härtel. Er will Anzeige gegen Unbekannt erstatten. Die Täter vermutet er im militanten autonomen Bereich. Die hatte er zu seinen aktiven politischen Zeiten häufig kritisiert. Härtel: „Eine Zeitlang bekam ich auch Drohbriefe, ich solle aus Kreuzberg wegziehen. Auch gab es einen Brandanschlag auf das Haus, in dem ich wohne."

Für den SPD-Bezirksverordneten Rädler ist dies ebenfalls nicht der erste Anschlag. Ihm wurde bereits das zweite Auto angezündet. „Er tippt auf dieselben Täter wie Härtel.

Anne-Kattrin Palmer

Keine Räume für Faschisten !!!

Am 1.Mai 1993 konnten Faschisten (FAP) in Lichtenberg, unter massiven Bullenschutz, eine Demo und später eine Saalveranstaltung durchziehen.
Somit gelang es der FAP, nach ihrem mißlungenen Versuch 1992 am Thälmann-Park, dieses Jahr die Straße zu erobern und ihre faschistischen Parolen zu skandieren.

Daß die FAP dieses Mal erfolgreich sein konnte, hat verschiedene Gründe. Zum einen lag es daran, daß viel zu wenig Antifas vor Ort waren, um den Aufmarsch zu verhindern (vielleicht war vielen der Ort und der Zeitpunkt nicht klar). Zum anderen haben die Bullen - in Zivil und in Grün - massiv den Aufmarsch geschützt.
Auch dieses Mal hat sich gezeigt, für welche Politik der Staat und seine Vollzugsorgane stehen:
In Lichtenberg können die Faschisten ungestört unter Bullenschutz marschieren, wohingegen in Kreuzberg und Mitte die revolutionäre 1.Mai-Demo von den Bullen angegriffen wird und dabei viele Leute festgenommen (insgesamt über 160) und krankenhausreif geschlagen werden.

Tagtäglich werden Menschen anderer Hautfarbe, Linke, Behinderte, Obdachlose, Schwule und Lesben von Faschisten angegriffen. Menschen, die sich organisieren um gegen den tagtäglichen Faschismus - der sich in der Gesellschaft weiter ausdehnt - zu wehren, werden von der Justiz diskriminiert und verfolgt.
Ein Beispiel dafür: Ein Steinwurf gegen ein FAP-Auto, kann ein Jahr Knast ohne Bewährung kosten. Faschisten, die Menschen angreifen und ermorden werden oft erst gar nicht verfolgt oder die Bullen kommen, wie'desöfteren, zu spät, oder schauen zu.

Um unseren Protest und Widerstand gegen faschistische Aufmärsche, Veranstaltungen und Straßenterror zum Ausdruck zu bringen, haben wir in der Nacht vom 11. auf den 12.4. die Halle, in der Volkradstraße in Lichtenberg besucht. Weil in dieser Halle die Veranstaltung der FAP stattgefunden hat, haben wir die Scheiben entglast und deutlich riechende Argumente hinterlassen.

Wir fordern hiermit alle VerwalterInnen, BesitzerInnen und PächterInnen von Veranstaltungsorten auf, sich genau anzuschauen an wen sie ihre Räume vergeben. Wer Räume an Faschisten vermietet, unterstützt deren Machenschaften und macht sich mitschuldig. Wer Faschisten unterstützt oder von ihnen profitieren will, muß sich gefallen lassen, genauso wie diese behandelt und bekämpft zu werden.

Für einen starken Antifaschismus!!

Berlin, 12.4.93

Berlin Service

NOlympic City, 8.5.93

Juan Antonio Samaranch
Comité International Olympique
Château de Vidy
1007 Lausanne / Switzerland

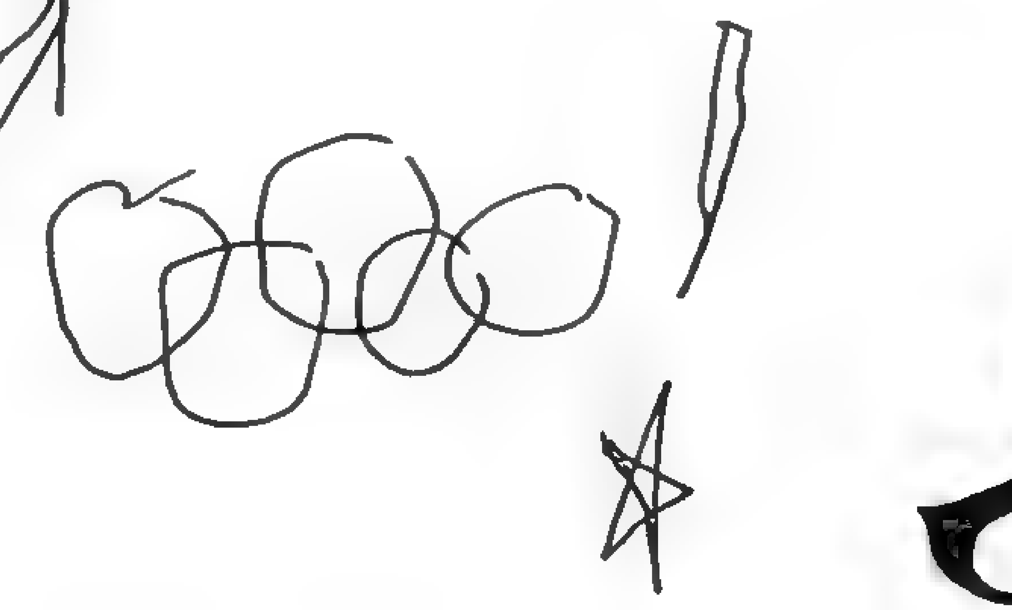
Excellenz,

ein klein wenig arrogant erscheint uns Dein Geltungsbedürfnis ja doch, aber diesen Größenwahn sind wir ja mittlerweile gewöhnt. 15000 Gegner auf der Straße reichen Dir wohl nicht, wie die IOC-Prüfungskommission sie im April hier in Berlin erlebt hat.
Du hältst Dich wohl für was wichtigeres. Nachvollziehbar, mit Blick auf Deine Geschichte. Schon 1977 brauchtest Du ja 100 000 Leute vor Deinem Regierungspalast, um zu begreifen, was von Dir verlangt wurde:
VERSCHWINDE !

Ausnahmsweise teilen wir in diesem Fall Deine Haltung, daß es zur Darstellung einer Karriere wie der Deinen in einem faschistischen Terrorregime und in dem korruptesten und raffgierigsten aller "Clubs" einer äußerst sorgfältigen Planung bedarf. In diesem Sinne:
Vielen Dank also, daß Du Deinen Berlin-Besuch erst-einmal verschoben hast, um uns noch etwas mehr Zeit zur weiteren Perfektionierung unserer Empfangsvorbereitungen zu geben!
Fast geehrt fühlen wir uns, durch Deine vorläufige Absage gleich von allerhöchster Adresse bescheinigt zu bekommen, daß das brennende Interesse vieler Berlinerinnen und Berliner an einem Zusammentreffen mit Dir und Deiner Bande auch in Euren Kreisen offenbar mit dem angemessenen Ernst berücksichtigt wird.

Wir geben uns größte Mühe, die Erwartungen Eures Hauses nicht zu enttäuschen und den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Unser ausgefeiltes Programm wächst von Tag zu Tag, verlaß Dich drauf! Ob in Berlin oder sonstwo- unser flexibles Team wird Dir ein paar unvergeßliche Tage bereiten!

Autonomes Empfangskomittee Samaranch



80 Jahre Sind Genug!

Das Deutsche Olympische Institut am Kleinen Wannsee 6 wird am 24.5.1993, dem 80ten Geburtstages vom unserem Freund Willy Daume eröffnet.
Zwar hat Samaranch seinen Besuch abgesagt, um OpponentInnen der Berliner Olympiabewerbung keinen Anlaß zur Demonstration zu geben. Doch das Kommitee zur endgültigen Schließung des DOI läßt sich davon nicht beeindrucken und feiert trotzdem.
Wir laden alle NOlympionikInnen auf das herzlichste ein, sich **am 24.5. um 18[00] am S-Bahnhof Wannsee** mit uns zu treffen, damit wir dann gemeinsam zum festlichen Schließungsakt gehen können.



Deutsches Olympisches Institut

Aufgaben

Das Deutsche Olympische Institut (DOI) in Berlin möchte Beiträge zur internationalen Olympischen Bewegung und zum Olympischen Sport in ihren praktischen, erzieherischen, kulturellen und wissenschaftlichen Bezugen auf allen Ebenen leisten
Auf diesem Feld dient das DOI der gesamtstaatlichen Repräsentation des seit dem 3. Oktober 1990 vereinten Deutschland und zwar nach innen und außen durch die Sicherung internationaler sportlicher, kultureller und wissenschaftlicher Positionen und Interessen
Das DOI in Berlin nimmt insofern ein spezifisches Bundesinteresse wahr. Es arbeitet jedoch ebenso eng mit den Bundesländern zusammen, v. a. mit Berlin
§ 2 der Satzung vom 17. 11. 1990 des am gleichen Tag gegründeten Vereins Deutsches Olympisches Institut e. V heißt: „Der Zweck des Institutes ist die Förderung des Sports im Sinne der satzungsgemaßen Aufgaben des NOK für Deutschland durch

- wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Olympischen Bewegung und ihrer philosophischen, erzieherischen und kulturellen Aspekte
- Initiativen zur Vertiefung, Weiterentwicklung und Verbreitung des olympischen Gedankengutes
- Stellungnahmen zu Sinn- und Grundsatzfragen der Olympischen Spiele und des Leistungssportes, vor allem zu ethischen Problemen
- Erarbeitung von Beratungs- und Entscheidungshilfen für das NOK für Deutschland und andere Organisationen und Institutionen
- Veranstaltung von Seminaren, Symposien und Diskussionsforen
- Aufbau und ständige Fortführung einer Dokumentation zu allen Bereichen der Olympischen Bewegung
- andere geeignete Maßnahmen, die den genannten Zwecken dienen

Deutsches Olympisches Institut
Am Kleinen Wannsee 6 A
1000 Berlin 39, Postfach 39 02 20
Tel. 0 30/8 05 40 01, Fax 0 30/8 05 40 05



Das DOI steht übrigens in einer guten Tradition: 1936, nachdem die Spiele in Berlin so schön waren, beschloß das IOC die Verlagerung des Olympischen Instituts nach Berlin, wo es sich dann auch '37-'45 befand!!

Autonome loben Polizei (Tagesspiegel 2.5.93)

Die Polizei bricht in einen autonomen Demonstrationszug ein, um sogenannte Störer festzunehmen bzw. abzudrängen. Die Störer konzentrieren sich um einen von ihnen mitgeführten Lautsprecherwagen. Bevor die Polizei den Wagen aus der Demonstration entfernt, erklettern Polizisten in Kampfuniform das Wagendach und nehmen einen jungen Mann fest, der die rote Fahne schwenkt.
Mit Parolen wie "BRD Bullenstaat wir haben Dich zum Kotzen satt" oder "Polizei - SA - SS" richtet sich für gewöhnlich die Wut der Demonstranten bei Anlässen wie diesem gegen die Polizei. Stattdessen: Einige Tausend Demonstrationsteilnehmer, die das Geschehen aus nächster Nähe beobachten, brechen in jubelnden Beifall aus. So geschehen am 1. Mai 1993 gegen 14.30h an der Ecke Oranien/Adalbertstraße in Berlin-Kreuzberg.

Nebenwidersprüche - Vom Umgang mit "Sektierern"

Die von den polizeilichen Maßnahmen betroffenen Störer gehören einer maoistischen Gruppe an, die wahlweise auf den Namen Revolutionary International Movement (Rim) oder "Revolutionäre Kommunisten" (RK) hört.
Was führt zur Zusammenarbeit von Autonomen, die sich auf ihre Staatsfeindlichkeit allerhand einbilden, mit der bewaffneten Staatsmacht?
Ein solches Verhalten kennt man aus der Vergangenheit eher von stalinistischen Gruppierungen, die aufgrund ihrer Einteilung der Welt in Haupt- und Nebenwidersprüche schon gelegentlich geneigt waren, linksradikale Störenfriede der Staatsgewalt auszuliefern. Im Zusammenhang mit dem 1. Mai erinnert dieses Ereignis auch an DGB-Kundgebungen, auf denen der DGB, nachdem die DKP/SEW für Ordner-Jobs gegen "Chaoten" nicht mehr zur Verfügung steht, wohl sofort die Polizei rufen würde.
"Die Mai-Vorbereitungsgruppe wird von dogmatischen Gruppen und "ML"-Sekten dominiert....dazu kommt die Konsumhaltung, Bequemlichkeit und Schlafmützigkeit vieler Autonomer" heißt es in einem offiziellen Aufrufflugblatt, das Ende April erschien. Ein markiger Appell zur Wachsamkeit gegen zersetzende Einflüsse, der auf der Auftaktkundgebung mehrfach wiederholt wurde.
Die Autonomen fühlen sich von der RIM offenbar so bedroht, daß ihre bisherige Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols, für die sie ja mit ihrer Existenz einstanden, hinter der Abwehr des maoistischen Feinds zurückstehen muß.

Feindliche Brüder

Was ist die RIM? Eine kleine Gruppe, überwiegend türkischer junger Leute, die versucht, inhaltlich Anschluß an die ML-Bewegung der 70er-Jahre zu finden. Sie propagiert den Volkskrieg, der sich gegen die als "Ausbeuter-Powers" bezeichneten "Monopole" und "imperialistischen Metropolen" richtet und der unter Leitung des Genossen Gonzalo in Peru exemplarisch ausgefochten wird. Was in Peru das kämpfende Volk tut, soll hier in Form von Gettoaufständen wie in Los Angeles und durch die Zusammenfassung alles Widerständigen (mit besonderem Augenmerk auf frustrierte türkische Jugendliche) unter Leitung der RIM erfolgen. Der bisherige Höhepunkt dieser Strategie schlug sich in der "revolutionären Städtepartnerschaft" Kreuzberg/Ayacucho nieder.
Das Bedrohliche für Autonome kann unmöglich an den schwachsinnigen Inhalten der RIM liegen, schließlich beinhaltet das Schatzkästlein autonomer Glaubensinhalte recht verwandte Thesen, wie den Bezug auf ein weltumspannendes revolutionäres Subjekt, das in den Kämpfen sowohl der Völker als auch der Marginalisierten in den Metropolen um Selbstbestimmung und Identität seinen Niederschlag finden soll.

Der Weg ist das Ziel!

Das Problem der Autonomen mit der RIM liegt jedoch in deren Anspruch auf Verbindlichkeit: Dem Anspruch, eine fertige Revolutionstheorie zu haben, die zwingend die konkret zu leistende politische Arbeit vorschreibt. Während die Autonomen in ihrer Frühzeit noch mit guten Gründen gegen einen orthodoxen Marxismus-Leninismus polemisieren konnten, weil sie damals noch Fragmente eines theoretischen Fundaments vorzueisen hatten (besonders der Bezug auf den Operaismus), so haben sie heute nahezu jegliche inhaltliche Substanz verloren. Als inhaltlich unausgewiesene reduziert sich aber auch die "Kritik" an anderen Linksradikalen auf bloßes Ressentiment. Übrig bleibt die Artikulation des reinen revolutionären Willens, der sich durch keinerlei Begründung mehr auszuweisen braucht.
Jede theoretische Einsicht - und damit jede Überprüfbarkeit einer Position - wird ersetzt durch die bloße **Haltung**. Die Haltung wiederum ist ein bestenfalls kulturalistisch zu definierendes Gruppenzugehörigkeitsgefühl, das sich - bar jeder Vernunft - in immer neuen Abgrenzungen Selbstbestätigung verschaffen muß. Aus sich selbst heraus wissen die Autonomen nur regelmäßig wiederkehrende Gemeinschaftserlebnisse zu stiften, aus denen sie "ein Stück weit Kraft ziehen, für die restlichen 364 Tage im Jahr" (1.Mai-Flugblatt).
Tatsächlich geht es ihnen schon lange nicht mehr um die Aufhebung von Verhältnissen, die die Figur des auf sich selbst verwiesenen Individuums produzieren, das die Stabilisierung seines Selbstwertgefühls als "Identitäts"-Suche betreibt. Im Gegenteil: **"Identität"** gilt ihnen als das gerade Erstrebenswerte, nur soll sie nicht so sein wie die "Identität" des Briefmarkensammlers, zwar genauso leidenschaftlich, phantasievoll und voller Hingabe für die Sache wie bei diesem, aber dennoch: revolutionär. Autonome Identität, die kämpferische Haltung, die militante Geste genügen sich selbst: "Der Weg ist das Ziel", wie es in unfreiwilliger Anlehnung an den Stifter sozialdemokratischer "Identität", Eduard Bernstein im 1.Mai-Flugblatt heißt.

Revolutionäre Utopie als Lebensreform

Wo die RIM in revolutionärer Heilserwartung ihrem geschichtlichen Auftrag nachkommt und im Zweifel allein gegen eine feindliche Welt kämpft, hat der durchschnittliche Autonome das außerhalb auch des autonomen Alltags liegende und diesen radikal in Frage stellende revolutionäre Ziel einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft säkularisiert und damit individualisiert. Revolution ist ihm systemfeindlicher Akt und existentielle Lebensäußerung in einem. Was einmal als Revolutionierung des Alltagslebens gedacht war, endete in bloßer **Lebensreform**, die noch die banalsten alltäglichen Verrichtungen, als Austragung revolutionärer Subjektivität verklärt.
In einer Zeit, in der der kapitalistischen Wirklichkeit kein wie auch immer gearteter Gegenentwurf in Form realsozialistischer Staaten mehr zu schaffen macht, wird die verklärende Propaganda von der besten aller Welten schal. Die Wirklichkeit wird dadurch, daß ihr der Gegner abhanden gekommen ist, nicht schöner. Das Gefühl der Sinnlosigkeit und Brüchigkeit bürgerlicher Existenz wird nicht mehr durch die Gewißheit gemildert, daß es den Brüdern und Schwestern hinter dem eisernen Vorhang immer noch schlechter gehe als "uns". Der individuelle Bedarf nach **Utopie** kann mit der Verkündung des Endes der Geschichte nicht gedeckt werden. Die Lohnschreiber von Spiegel bis Faz artikulieren immer häufiger, wonach dem Bürger der postkommunistischen Zivilgesellschaft der Sinn steht: Nach selbstbestimmter Ausfüllung des Sinndefizits. Die Infragestellung der Grundwahrheiten des Systems bleibt dabei selbstverständlich außen vor. Der Suchende wird verwiesen auf die Gestaltung seines unmittelbaren Lebensumfelds und damit im wesentlichen auf die Reform seiner Persönlichekeit.

Autonome Lebensräume

Die autonome "Utopie" der Revolutionierung des Alltagslebens erfährt vor diesem Hintergrund eine ganz spezifische Eignung zur Bewältigung der vielbeschworenen "Sinnkrise". Der ihr eingeschriebene Glaube, das System objektiven Zwangs, das der Kapitalismus darstellt, könne nicht nur und ausschließlich in gesellschaftlicher Aktion überwunden werden (wobei unter ge-

sellschaftlicher Aktion sowohl quantitativ als auch qualitativ etwas grundanderes zu verstehen ist als die Zusammenrottung Kreuzberger Kiezbewohner), führt die Autonomen zu einem maßlosen Erfolgsdruck: Es muß nämlich der Beweis gelingen, daß vereinzelte Aktionen oder das An-sich-selbst-Arbeiten vieler Einzelner geignet sei, die Verhältnisse grundsätzlich in Frage zu stellen. Weil aber das politische "Klein-klein" und die individuelle Verhaltensänderung mit der zunächst noch anvisierten Revolution der Gesellschaft real nicht zu vermitteln sind, wird diese schließlich zum blassen "Anspruch", ein guter, von rassistischen, faschistischen und vor allem sexistischen Hintergedanken freier Mensch zu sein. Absolute Belanglosigkeiten wie die rigide, an Luther gemahnende Gewissenerforschung in den eigenen Szene-Kreisen, das Gespräch mit dem Kreuzberger Ureinwohner von nebenan über die letzte Mieterhöhung und das Treiben böser Spekulanten bekommen so die falsche Weihe eines rundum erfolgreichen Beitrags zur gesellschaftlichen Transformation. Wo die die Marge dessen, was als Erfolg politischer Aktivität eingestuft wird, derart niedrig gehängt wird (und permanent niedriger gehängt werden muß), entfernt sich das je anvisierte Ziel weiter und weiter von einer praktischen Kritik der wirklichen gesellschaftlichen Zwangsverhältnisse und nähert sich dem im staatlichen Angebotskatalog aufgeführten Bereich der sogenannten Bürgerbeteiligung, die bekanntlich kreativ und pahantasievoll ausfallen soll. Ihr Insisitieren darauf, daß "hier und jetzt" jeder schon mal qua existentieller Entscheidung mit der Revolution bei sich und in seinem Umfeld anfangen könne, vollzieht lediglich mit anderem Wortschatz die Praxis des bürgerlichen Subjekts, sein Sich-zurichten für die Zwecke der Gesellschaft in einen Akt schierer Freiwilligkeit zu transformieren.
Das Gerede von den **selbstbestimmten herrschaftsfreien Räumen**, die man sich erkämpfen könne und von denen aus das jeweilige revolutionäre Kollektiv angeblich seine staatsfeindliche Praxis vervielfältigen könnte, lügt darüber hinweg, daß es nur eine Neuauflage des privaten Glücks im Winkel ist, in dem der Bürger (oder die WG) als scheinbar allmächtiger Potentat all das auszuleben vermeint, was ihm im öffentlichen Raum verwehrt ist. Die Ideologie vom selbstbestimmten privaten Raum ist damit Voraussetzung fürs widerspruchsfreie Ertragen des beschädigten Lebens und damit für das Funktionieren jener Zwangsanstalt Staat, die zu bekämpfen man angetreten war.

Die Polizei - das kleinere Übel

Daß die von jedem Ziel befreite autonome Radikalität mehr sei als der harmlos-schrullige Versuch, aus sich einen besseren Menschen zu machen, bedarf des regelmäßig wiederkehrenden Beweises durch die Staatsmacht. Nur noch die enorme Polizeipräsenz bei autonomen Demonstrationen und ihr Agieren mit Schlagstockeinsatz, Verletzten und Kriminalisierten vermag dem einzelnen Revolutionär seine eigene Gefährlichkeit und Staatsfeindlichkeit zu bestätigen. Die Polizei (und für Freunde verschwörungstheoretischer Welterklärungen der Staatsschutz und das unvermeidliche BKA) erweist sich als unentbehrlicher Stabilisator autonomer Identität. Sie hat den Vorzug, als Gegner offen in Erscheinung zu treten und dabei in ihren Handlungen noch weitgehend kalkulierbar zu sein. Ein bescheidener Blutzoll und eine Handvoll Abgeurteilter erhöhen Nervenkitzel und gerechten Zorn. Diejenigen, die Pech gehabt haben, dürfen versichert sein, daß sie als Märtyrer "in uns weiterleben", wie es eine Parole an den Yorckbrücken dem toten Norbert Kubat verspricht, der so doch noch zum ewigen Leben findet.
Die RIM, die in Sachen Märtyrer-Produktion und Bullen-Fixierung autonomen Zynismus sogar noch überbietet, indem sie beispielsweise den damals in U-Haft sitzenden Ayhan Öztürk mit der verheerenden Parole "Brother Ayhan did the right thing!" am liebsten um seinen Freispruch wegen Notwehr gebracht hätte, erweist sich trotz ihrer praktischen Wesensverwandschaft als gefährlicherer Feind der Autonomen, als die Bullen es je waren. In ihrer Entschlossenheit und Prinzipientreue, selbst noch in ihrem rigorosen Wahrheitsanspruch erscheint sie als - freilich fratzenhaft entstellter - Wiedergänger längst verabschiedeter revolutionärer Ansprüche, die über den beschränkten Alltag hinausweisen, als schlechte Gestalt gewordenes schlechtes Gewissen. Vor die Wahl gestellt, sich entweder die eigene theoretische Leere einzugestehen und konsequenterweise jeden links sich gebenden Politikansatz gleichberechtigt neben sich zu akzeptieren, auch den der RIM, oder die eigene Beliebigkeit zur Tugend zu erheben und den Eindeutigen wegen seiner Deutlichkeit zu verfolgen, entschieden sie sich konsequenterweise für letzteres.

Augenzwinkerndes Einverständnis

Daß die Entscheidung gegen die RIM eine für die Zusammenarbeit mit der Polizei war, ist Zufall, aber ein Zufall, der ähnlich wie der "Sündenfall" der AL im Frühjahr 1987 Konsequenzen haben wird. Damals hatte der Kreuzberger BVV-Abgeordnete Härtig anläßlich der Polizeiübergriffe gegen Autonome, die das AL-Projekt Mauerplatz-Kita auf dem Gelände des Kinderbauernhofs verhindern wollten, öffentlicht verlautbart, daß die Polizei in diesem Falle vielleicht erstmals auf der richtigen Seite gestanden habe. Der Jubel über die Polizeiaktion gegen die RIM bedeutet für die Autonomen 1993 dasselbe wie die Härtig-Worte von 1987 für die AL. Beide Fälle dokumentieren, daß man sich am linksradikalen Rand schlimmere Übel vorstellen kann als die Prügelhorden der Berliner Polizei. Beide Fälle spiegeln augenzwinkerndes Einverständnis mit der Staatsmacht und ihren Zielen wider. Die einen wollten, um ministrabel zu werden, ihre radikalen Verbündeten loswerden, die anderen wollen sich ihre revolutionäre Identität im heilen Kiez nicht von maoistischen Türken durcheinander bringen lassen. Beiden erschien das Zweckbündnis mit der Polizei geeignet zur Durchsetzung ihrer Ziele, denn beiden ging es darum, sich eine geachtete Nische (oder Freiraum) zu erobern, sei es als behutsamer Kiez-Erneuerer sei es als (demnächst?) staatlich konzessionierter Träger jenes kostbaren Gutes Utopie.
In einem halten wir es mit der RIM, auch wenn sie es von uns geklaut haben: **Nie wieder Deutschland!** Und wir meinen das ausdrücklich auch in der besonderen Bedeutung, die der RIM dieser Parole verleiht, wenn Autonome Milizen sie aus der Demo prügeln: **Nie wieder diese gesinnungskitschigen, tümelnden, gemeinschaftsseligen Identitätsritter von der autonomen Front!**

Realpolitische Anmerkung

Ja, wir wissen auch, daß die Rimmis eine unangenehme Bande sind, daß sie blöd genug sind, sich in Demos einreihen zu wollen, in denen sie offensichtlich nicht erwünscht sind und daß sie sich dieses "Recht" im Zweifel mit Gewalt zu erkämpfen bereit sind. Wir haben wohl gesehen, daß sie mit Latten und Knüppeln brutal zugehauen und einige Leute erheblich verletzt haben. Das darf aber nicht dazu herhalten, eine Gruppe von 30 Leuten wahllos von allen Seiten mit allen denkbaren Wurfgeschossen zu bombardieren, weil das zum einen einer exemplarischen Bestrafung, einem Spießrutenlaufen gleichkommt und zum anderen zu wahllosem, verzweifelten Um-sich-schlagen derer führt, die da durch die Schandgasse getrieben werden. Denn war es nicht so, daß die RIM erst dann richtig brutal zugelangt hat als sie bereits dem Steinhagel ausgesetzt war? Daß von dieser Behandlung mit Wurfgeschossen noch viele hundert andere in Angst und Schrecken versetzt und zum Teil auch verletzt wurden, macht die Aktion endgültig zu einer skrupellosen Gewaltorgie.
Die RIM-Hasser müssen sich vor allem fragen lassen, mit welchem "Recht" sie die Rimmis aus Demos raushalten wollen. Doch nicht etwa nach dem Bundesversammlungsgesetz? Oder weil die Rimmis sich nicht an Absprachen über ihren Platz in der Demo halten? Sind solche Formalien so wichtig, daß man es auf Schlägereien ankommen läßt? Ist es nicht so, daß die Rimmis in der Regel durch Abstimmung mit den Füßen ans Ende einer Demo verwiesen werden, weil keiner hinter ihrem entsetzlich brüllenden Lautsprecherwagen hergehen will?
Statt die Probleme mit der RIM, die es seit gut fünf Jahren gibt, von Fall zu Fall pragmatisch zu lösen, wurden sie eskaliert und das nur zum Teil von dem kleinen Haufen Rimmis, hauptächlich aber von der erdrückenden Mehrheit autonomer Szeneleute. Die RIM steht nun endgültig dort, wo man sie haben will, in der Sektiererecke, verachtet und gehaßt von den vielen guten "Undogmatischen", die ihren generellen Antikommunismus auf das wohlfeile Opfer RIM projezieren. Die RIM, davon sind wir überzeugt, ist erst der Anfang, die Hatz geht gegen **alle "Dogmatiker"** und das sind gemeinhin Kommunisten - und zwar auch die ohne Stalin und Hauptwiderspruch.

Gruppe K (Westberlin), Radikale Linke (Westberlin)

V.i.S.d.P.: Anton von Webern, Wienerstraße 13, 1000 Berlin 36

GEDANKEN ZUM 1.MAI '93- ES GEHT AUCH ANDERS, SO WIE DIESES JAHR GEHT ES NICHT!!!

es hilft nicht, wenn sich jetzt mache damit trösten, daß hätte alles noch schlimmer kommen können, in bezug auf die revolutionäre mai-demonstration. auch keine durchhalteparolen, für einen starken revolutionären 1.mai '94, wie sie in der letzten interim schon zu lesen waren, helfen momentan den scherbenhaufen, den die auseinandersetzungen in der mai-vorbereitung angerichtet haben, zu kitten.
der satz des **autonomen maiaufrufs**, daß die fronten durch die eigenen reihen verlaufen, war traurige realität.
menschen aus den eigenen reihen wurden als "ml-sekte" diffamiert, genossInnen, die die vorbereitungen dieses jahr besonders ernst nahmen und sich schon seit ende februar zusammensetzten, wurden ob ihrer mühen besonders verdächtigt, die anderen über den tisch zu ziehen, nach dem motto, welche so dumm sind, sich 3 monate arbeit aufzuhalsen, um die mai-demo vorzubereiten, kann nur ein/e mlerIn sein, der/die die autonomen, die höchstens 3 wochen vorher damit anfangen instrumentalisieren. welche menschen, bitteschön, werden sich noch die mühe machen, aktionen gründlichst vorzubereiten, wenn das die reaktion ist?
in der debatte war anfangs eine zusammenarbeit mit den **kritischen gewerkschaftlerInnen**. mensch kann dagegen begründete einwände erheben. wenn daraus ein brückenschlag zum dgb gemacht wird, ist es eine unterstellung. daß sind nur wenige beispiele für die verheerende wirkung der these von den fronten, die durch die eigenen reihen verlaufen.
dabei hätte mensch nur in die taz vom **16.3.93 gucken** müssen. dort beschreibt der über autonome dinge gewöhnlich gut unterichtete uwe rada genau das spaltungsszenario, daß dieses jahr eingetreten ist.
es werden nicht die gemeinsamen Kitten gesucht, die die gesamte revolutionäre bewegung insgesamt weiterbringen. stattdessen werden die spaltungslinien gesucht, mit dem bekannten ergebnis.
nun auf einmal wird der verpönte **minimalkonsens** von einer/m schreiberIn in der interim gefordert. er ist allerdings sehr schwammig.
wer will dogmatisch festlegen, welche gruppen/personen undogmatisch sind? das müßten die entsprechenden gruppen selber bestimmen.
genauer wäre ein minimalkonsens aller gegen den imperialismus, den rassismus, den zionismus, das patriarchat und den kapitalismus kämpfenden gruppen. und das nicht nur zum 1.mai!
das "3 zu 1-papier" als orientierungsrahmen ist kein schlechter vorschlag. allerdings darf nicht wie bei der lupus-gruppe, der kapitalismus einfach wegfallen.
es ist auch falsch, daß "3 zu 1 papier" so zu handhaben, wie weiland mlerInnen ihren marx oder lenin. immer muß ein passences zitat oder ein bezug hergestellt werden. dann würden marx und lenin... einfach ersetzt durch einen anderen text, so weiterführend er inhaltlich **auch** sein mag.
die anmerkungen einer revolutionären zelle in der 'radikal'nr. 147, die auch in der interim nachgedruckt waren, sind sehr wesentlich.
daß der "3zu 1 text" so begeistert gerade von männern aufgenommen wurde, hat etwas mit einer entlastung von männerherzen zu tun und nicht unbedingt etwas mit einer wirklichen aufarbeitung der problematik.
sonst müßte auch auf die massive kritik von einigen autonomen (wildcat) an diesem papier genauer eingegangen werden. außerdem müßte daran erinnert werden, daß die gedanken so neu auch wieder nicht sind. ekkehardt krippendorf, heute linksliberaler fu-prof. hat in den grundzügen die selben gedanken anläßlich eines streitgesprächs mit dem traditionsmarxisten dieter boris am 3./4. juni 1972 auf dem internationalen kongreß der solidarität mit angela davis in frankfurt vertreten (abgedruckt ist dieses streitgespräch im buch "am beispiel angela davis, der kongreß in frankfurt, reden, referate, diskussionsprotokolle, s. 190ff).
ein 1986 von der feministischen kommunistin anja meulenbelt geschriebenes buch mit dem titel "sexismus, rassismus, klassismus" behandelt die gleiche problematik, wie am titel zu ersehen.
eine wirkliche auseinandersetzung mit dem "3 zu 1 papier," hieße ebenso eine auseinandersetzung mit den von den autorInnen angegebenen quellen. darunter sind u.a. die arbeiten von kommunstInnen wie rossana rossanda, angela davis, neville alexander, stuart hall...
welche diesen text wirklich ernst nehmen, verwenden ihn nicht als dogma oder mittel der ausgrenzung, sondern als ein stück theoretische praxis, die weiterzuentwickeln ist.
beispielsweise ist der antisemitismus nicht einfach unter den rassismus zu subsumieren, ebenso nicht der zionismus.
wenn wir wirklich unter uns so umgingen, wie die autorInnen des "3 zu 1-papiers" mit ihren quellen, nämlich die verbindung von kommunistischen, anarchistischen und feministischen gedankenguts, hätten wir viele probleme bei der maivorbereitung nicht gehabt.
das es auch anders geht, zeigt stuttgart. eine stadt mit einer wesentlich kleineren radikalen szene. ihre maizeitung, die von linken ötv-gruppen, über diverse kommunistische gruppen, über autonome, anarchistInnen bis zu anarchimps reicht, war vorbildlich.
der beitrag von rolf heissler, gefangener aus der raf, zeigte wie die freilassungsforderung in konkrete kämpfe einbezogen werden kann.
in der zeitung wurde in auch für nicht-szene-leute lesbarer form, aus radikaler sicht stellung zu verschiedenen problemen, die nicht nur uns aktuell beschäftigen, genommen (flüchtlingsfragen, rassismus, deutsche militärs in alle welt, freilassungskampagne für alle politischen gefangenen, hausbesetzungen, streiks etc.). lernen wir davon!

ein wort noch zu den stellungnahmen des rev. ostblocks:
als wahl-ostberlinerInnen haben wir uns bisher aus dieser debatte rausgehalten. allerdings wundern wir uns, warum ihr nicht konstruktiv eure vorstellungen in eigenen vorschlägen unterbringt:
z.b.: die ostdemo geht vom kollwitzplatz los, die inhaltliche gestaltung übernehmen die ostgruppen, die westdemo von wo auch immer im westen.
die jeweiligen routen berücksichtigen die aktuellen kämpfe (treuhand, palast des volkes etc. im osten), gemeinsamer treffpunkt mit paritätisch ost-west bestückten programm ist irgendein platz in der nähe der ehemaligen grenze (oberbaumbrücke, gleimtunnel???).
das wäre ein vorschlag für den nächsten 1.mai.
den wird es aber erst geben, wenn wir untereinander anders umgehen als bisher.

einige antiimperialistInnen

Hallo,

noch ein Nachtrag (der x-te) zum 1. Mai 93 (ächz). Wir haben vielleicht noch einen wichtigen Beitrag zur Rim(oder auch nicht - entscheidet selber). In der Szene und der Interim(z. B. Erklärung Vorbereitungsplenum 01.05.) kursieren und werden falsche Gerüchte über die Rim und die Bullerei verbreitet. Es geht um die sogenannte Nicht-Kontrolle des gepanzerten Rim-Wagens im Vorfeld der Demo. Wie wir und andere mit eigenen Augen gesehen haben, wurde der Rim-Wagen Adalbert-Ecke-O-Str. von den dort aufgezogenen BGS'lern angehalten und samt Besatzung total auseinandergenommen. In dem Wagen waren 2 Personen - 1 Türke und 1 Deutscher - sie wurden beide an die Wand gestellt und abgetatscht; währenddessen wurde der Wagen total gefilzt. Nach ca. 15-20 Minuten konnte der Wagen - mittlerweile unterstützt von 10 Rimlern vermummt und parolenbrüllend in die O-Str. Richtung O-Platz fahren. Die 10 Rims kamen aus der Richtung O-Platz.

Grüße
von einigen, die es wissen wollen

Abwicklung des 1.Mai

Auch wir können noch staunen. So schlimm, haben selbst wir aus Ostberlin, uns den diesjährigen "Kampftag" nicht vorstellen können, auch wenn wir es ahnten
Die von vielen Ostlern argwöhnisch beäugte Kreuzberger "Revolutionäre 1. Mai Demo" war milde gesagt, ein Fiasko.

Unfaßbar, daß Leute, von denen wir bislang annahmen, sie stehen für ähnliche Vorstellungen wie wir, unter Führung von Stalin und Mao in den Osten einfielen. Solche Bilder lernten viele von uns am Tag der Maueröffnung kennen, als die Porträts der Massenmörder die Demonstrationen auf dem Kudamm versauten.
Das die an der Maidemo anwesenden Stalinisten keine armen Verrückten sind, zeigt nicht nur die Schlägerei mit der Countergruppe RIM, die nach klassischem Stasimuster die Opposition destabilisieren soll, bezeichnend auch die während der Demo gerufene Losungen "Nieder mit der Gauck-Behörde". Schlimmer, Mitglieder einer an der Spitze der Demo laufende Gruppe, der Dursun Karatas Flügel der türkischen Organisation Dev Sol, ermordeten einige Stunden nach der Maiparade, ein Mitglied der Bedri Yag an -Fraktion -Ercan Sakar.

Diese Demonstration mit diesem Vorbereitungsplenum vergrößert die so oft beklagte Spaltung zwischen Ost und West, eine notwendige Zusammenarbeit liegt jenseits der momentanen Realität.

Eine weitere Katastrophe war der durchgeführte Aufmarsch der Faschisten in Lichtenberg. Erneut haben die Faschisten in Berlin ihre Demonstration durchführen können, sie setzten somit ihre Tradition vom Fackelmarsch der Rep's über den NA-Aufmarsch in Lichtenberg vor mehreren Jahren bis zu den FAP-Demonstrationen Anfang diesen Jahres ab Weißensee, fort. Die diesjährige geplante Nazidemo in Lichtenberg war aber, im Gegensatz dazu, vorher bekannt geworden. Es gab Vorbereitungstreffen zu Gegenaktionen. Viele haben sich hoffentlich zum letzten Mal ausschließlich auf die Antifa, die schon alles im Griff habe, verlassen. In Lichtenberg waren viel weniger antifaschistische BerlinerInnen, als jährlich nach Wunsiedel fahren, um den Hess-Gedenkmarsch zu verhindern. Den geglückten FAP-Aufmarsch mit der unkorrekten Kleiderordnung der potentiellen Gegendemonstranten zu erklären ist absurd. Konspirative Methoden sind für Kleingruppenaktionen gegen Faschisten, wie etwa beim Angriff auf die "Denkfabrik Europa der Völker" im Grunewald , oder für Antifa-Recherchen ausreichend. Sie versagen jedoch als Mittel zur Verhinderung von Nazi-Großaufmärschen. Der danach einsetzende Frust ist bereits vorprogrammiert.
Viele, die voriges Jahr den Naziaufmarsch im Prenzlauer Berg verhinderten, waren in diesem Jahr an der Organisation des Maifestes auf dem Helmholzplatz beteiligt und eingebunden. Ein Abbruch des Festes, wie von einigen gefordert, scheint aber auch jetzt noch nicht gerechtfertigt. Die Entfernung nach Lichtenberg war zu groß, um geschlossen dorthin zu gelangen. Außerdem wäre ein "genehmigter" Sammelpunkt verloren gegangen.
Das Fest war für den Kiez wichtig und ein Erfolg, trotz dem das angestrebte breite Spektrum nur in Rudimenten vorhanden war Bürgerinis und "-bewegungen" blieben aus verschiedenen Gründen fern Aus Westberlin beteiligten sich nur sehr wenige Stände am Fest. Dies lag zum einen am Ort, andererseits lief im Vorfeld eine Verleumdungskampagne einiger Teile des "rev." 1.Mai-Plenums in bester stalinistischer Tradition (auf dem Fest im Prenzelberg wolle man keine turkische und kurdischen Menschen; das Fest wolle lieber mit Gewerbetreibenden feiern als mit Revolutionären etc.). Das Ergebnis war, Boykott der Festplakate und Absage von kurdischen Gruppen.
Die Übermittlung der Informationen zur Lage in Lichtenberg an das Fest funktionierte . Es gab zwei Infostellen, eine mit Kontakttelefon und ein Stand auf dem Fest. Die Koordination von Fahrwachen lief gut, aber die Mobilisierung gegen die Nazis nicht. Die Info-Übermittlung hatte kaum mobilisierenden Charakter, da sie nicht über das Mikrofon geschah. Das war ein Fehler!
Auf der 1. Mai-Demo, an der die meisten zu mobilisierenden Menschen beteiligt waren, kamen fast keine Infos zu dem Aufmarsch in Lichtenberg.
Zu dem kurzem unorganisierten Geplänkel um den Helmholzplatz und in Kreuzberg-kein Kommentar.

Es bleibt die Orientierung auf eigene Inhalte.
Konföderation mit Linken aus dem Westen ja, Vereinnahmung oder Zusammenarbeit mit Stalinisten niemals. Eine Begründung, daß dies doch vorwiegend Menschen aus anderen Ländern mit anderer Kultur und politischer Entwicklung seien, halten wir für "positiven" Rassismus bzw für vorgeschobene Argumente um nicht die eigene Geschichte aufarbeiten zu müssen.

O.S.T.B.L.O.C.K. - G 7

Stellungnahme des EX-Kollektivs zum Umgang mit dem gelben Lautsprecherwagen in Bezug auf den Trauerzug für Ercan

Vorgeschichte:
Wir hörten Sonntag (2. 5.) vom Mord an Ercan. Ein Teil des EX-Kollektivs traf sich, um zu überlegen, wie wir in dieser Situation handeln und uns verhalten könnten. Die Trauer um einen Genossen und die Erschütterung über die Eskalation der Gewalt in einer Linken Organisation dominierten den Tag und auch die folgenden. Unsere kleine Gruppe beschloß, daß wir, soweit das von Ercans befreundeten Genossen gewollt wird, sie beratend unterstützen werden. Wir waren uns einig in unserer Verurteilung von Gewaltanwendung zur Klärung von Widersprüchen innerhalb einer Organisation und haben an diesem Punkt unser Mißtrauen gegenüber dem Bedri-Flügel auch nict verloren.
Dennoch war für uns klar, daß sie zur Zeit die von den Karatas-Anhängern Angegriffenen sind. Wir wollte4n sie in dieser Situation kritisch solidarisch unterstützen, ohne uns politisch auf ihre Seite zu stellen. Wir haben den Genossinnen von Ercan dann versucht, zu vermitteln, daß wir sie als Einzelpersonen und nicht als Kneipenkollektiv unterstützen wollen und daß wir in allem, was wir tun, auf einer klaren politischen Distanz bestehen.

Im Verlauf der nächsten Tage wurde es klar, daß es einen Trauerzug für Ercan geben würde. Bei einer Person aus dem Kollektiv wurde wegen dem Lautsprecherwagen angefragt. Es war zu diesem Zeitpunkt klar, daß der Lautsprecherwagen für die nächsten Tage nicht vergeben war und technisch funktionierte. Das wurde auch so gesagt. Gleichzeitig haben wir erklärt, daß solch eine Entscheidung vom gesamten Kollektiv gefällt werden muß: Die Entscheidung, wann, wo und wie der Lautsprecherwagen fährt, wird prinzipiell auf dem Plenum getroffen. Ein Plenum fand aber vor dem geplantem Trauerzugstermin nicht mehr statt und wir mußten uns kreuz und quer kurzschließen, um zu entscheiden. Die Argumente in dieser zerstückelten Diskussion bewegten sich zwischen moralischer Verpflichtung und politischer Distanz zu Dev. Sol.

Entscheidung:
Wir stellen die Lautsprecheranlage für den Trauerzug zur Verfügung, nicht aber den gelben Bus.
a.) Wenn der Bus fährt, heißt das, daß mindestens eine Person von uns mitfährt und somit eng eingebunden ist in den Demovorgang. Wir befürchteten, daß der Trauerzug nicht alleine ein Gedenken an Ercan und eine ultimative Forderung nach Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung sein würde, sondern auch eine Funktionalisierung für die Politik einer Seite werden könnte. Das ließ uns gegen eine enge Einbindung unsererseits entscheiden.

b) Fakt ist, daß der gelbe Bus meistens für die Politik autonomer Gruppen fährt und in diesem Sinne ein bestimmtes Symbol darstellt. Und gerade in diesem Konflikt, der ein innerorganisatorischer von Dev. Sol ist, wollten wir nicht durch das Zur-Verfügung-stellen des gelben Wagens eindeutig Parteifür eine der beiden Seiten ergreifen. Es kann hier hin und her spekuliert werden, ob wir die Symbolik des Wagens überbewertet haben.
Diese Überlegung heißt nicht, daß der Bus nicht-autonomen Gruppierungen grundsätzlich nicht zur Verfügung stünde. In den letzten Jahren ist der Bus z.B. auf Bündnisdemos (die nicht von den Autonomen geprägt waren) gefahren, wie auf Demos gegen die Regierungs- und Militärpolitik in der Türkei und Kurdistan.

Wir konnten als Teil der Autonomen Bewegung aber in der Kürze der Zeit keine mehr Leute umfassende Position entwickeln, wie wir den Konflikt politisch beweten. Hierzu fehlt ganz einfach eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Gruppen wie Dev.Sol, die es in der Vergangenheit nicht breiter gegeben hat.

Unsere Entscheidung bzw. unsere Kriterien, wurde von den Dev. Sol Leuten, mit denen wir redeten, nicht verstanden, nicht akzeptiert

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die bewaffnete Auseinandersetzung innerhalb von Dev. Sol sofort beendet werden muß. Diese Forderung als Teil des Trauerzuges unterstützen wir bedingungslos. Wir wissen aber auch, daß wir auf den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen keinen großen Einfluß haben. Wir können lediglich unsere Kritik benennen. Wie es weitergeht, werden die beiden Fraktionen und eventuell befreundete Organisationen oder GenossInnen bestimmen.

Revolutionäre Vernunft heißt:
Die Kritik zur Waffe machen
und nict die Waffen als Kritik benutzen!

Das EX-Kollektiv 14.5.93



BAOBAB Infoladen Eine Welt e. V.
Winsstraße 53, O-1055 Berlin

Tel/Fax 42 694 51

Wir lassen uns nicht vertreiben!

BAOBAB

Der Baobab-Infoladen Eine Welt e.V. enstand 1990, als zwei Gruppen aus der unabhängigen Soli-Bewegung der DDR ein leerstehendes Ladenlokal in der Winsstraße besetzten. Ein Mietvertrag wurde erämpft, der weitgehend ruinierte Laden wieder instandgesetzt.

Mit unseren politischen Schwerpunkten:
- Information über die Lage in der sogenannten "3.Welt" und
- Antirassistische Arbeit hier in Berlin
sind wir ein Bestandteil der vielfältigen Initiativen im Prenzauer Berg, die sich gegen die herrschenden Zustände wehren.

Jetzt haben uns die Vermieter zum 30.6.93 gekündigt.

Nach einer Diskussion im Baobab-Infoladen haben wir uns entschieden: Wir bleiben hier, wir lassen uns nicht vertreiben! Noch wissen wir nicht, wie die Vermieter auf unsere Entscheidung reagieren werden.

Uns ist aber klar, daß eine Fortsetzung unseres Mietverhältnisses politisch und juristisch erkämpft werden muß.
Dabei brauchen wir solidarische Unterstützung von anderen Menschen und Gruppen - insbesondere sind wir an einer Zusammenarbeit mit anderen von Raumverlust und Kündigung bedrohten Projekten interessiert (alleine in Mitte laufen 1993 die Mietverträge von 35 Kulturprojekten aus).

Um über gemeinsame Aktionen zu reden und die Lage anderer Projekte kennenzulernen laden wir Dich/Euch zu einer Gesprächsrunde ein:

Montag, den 24.Mai 1993, 19.30 Uhr
Baobab-Infoladen Eine Welt e.V.
Winsstr.53, 0- 1055 Berlin

Gerichtliche Auseinandersetzungen sind teuer. Falls wir eine eventuelle Räumungsklage verlieren sollten, sind in der 1.Instanz 5.000 DM, in der 2.Instanz weitere 7.000 DM zu berappen.
Deshalb bitten wir um Spenden auf das Konto:

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Konto: 610019414
Berliner Sparkasse
BLZ: 100500000
Sonderkonto Gewerbemieter
Stichwort Baobab

Geld, das wir nicht benötigen, weil wir erfolgreich sind/und oder weil ihr so eifrig spendet, werden wir anderen von der Räumung berohten Projekten zur Verfügung stellen.

Die öffentlichkeitsarbeit gegen unsere Kündigung wird zusätzlich Geld kosten. Deshalb sind wir auch für zusätzliche Spenden auf unser Vereinskonto dankbar.

Im Mai 1993 Die Leute aus dem Baobab-Infoladen Eine Welt e.V.

Venceremos!

Kurzer Bericht vom bundesweiten Wunsiedel-Vorbereitungstreffen in Göttingen

Seit dem Todestag (17.8.87) von Rudolf Heß wurde jedes Jahr ein von Faschisten internationaler Gedenkmarsch am Familiengrab in Wunsiedel (Bayern) organisiert.
AntiFas versuchten immer wieder diesen zu verhindern, seit 89 durch bundesweit mobilisierte Gegendemos.

Zum letzten Jahr:
Sowohl die Faschodemo als auch die der AntiFas wurden in Wunsiedel angemeldet und von der Stadtverwaltung verboten. Da der neue Aufmarschort der Faschos nicht bekanntgegeben wurde, sind in mehreren bayerischen Städten AnitFademos angemeldet worden. Dies führte zu einem pauschalen Versammlungsverbot in Oberfranken. Es sollte durch Konvoifahrten versucht werden, möglichst nahe an die Faschos heranzukommen. Als dann den ganzen Tag immer noch nicht klar war, wo sie marschieren werden, entschlossen sich die AntiFas, die genehmigte Demo in Hof durchzuführen. Währenddessen machten sich die Faschos nach Rudolphstadt (Thüringen) auf, um dort ihren unangemeldeten "Gedenkmarsch" abzuhalten. Was ihnen auch gelang. Leider war ein Erreichen aus technischen Problemen (z.B. Überlastung der BusfahrerInnen) nicht mehr möglich.

Um dieses Jahr einen derartigen Frust zu vermeiden, werden drei Vorschläge diskutiert (siehe Interim 239 Seite 26f):
1.) wie gehabt, nur mit verbesserten Technics (z.B.: 2 BusfahrerInnen pro Bus; mehrere um Wunsiedel verteilte Anlaufpunkte -auch in Thüringen-, um wenigstens einem Teil der Konvois die überflüssige Fahrerei zu ersparen.)
2.) dezentrales Konzept: nur Aktionen in den einzelnen Städten (z.B.: Abfahrt der Faschos verhindern; regionale Demos; Randale vor Faschozentren)
3.) Kombipack: beides!

Auf dem Bayernplenum haben sich bis auf Kulmbach alle Städte gegen eine zentrale Aktion ausgesprochen, da der letztjährige Streß in keinem Verhältnis zum politischen Erfolg stand und glauben, für regionale Aktionen wesentlich mehr Leute in Bayern mobilisieren zu können.
Bis auf Ffm sehen die anderen Städte wenig Sinn in dezentralen Aktionen (Abfahrt verhindern: kaum möglich; regionale Demo: warum hier gegen Wunsiedel?; Randale: Gründe dafür gibts doch jeden Tag.). Einschätzung ist, daß ein Schulterschluß von Stiefel / Schlips und Kragen Faschos und sog. Wertkonservativen auf der Straße behindert werden kann, wenn die Wertkonservativen befürchten, von AntiFas in größerem Rahmen angegriffen zu werden.
Gegen den Vorschlag, eine zentrale Demo an einem vorher festgelegten Ort durchzuführen, sprach das Argument, daß dann die Faschos ihren Aufmarsch in aller Ruhe in sicherem Abstand durchziehen können.
Auf dem nächsten Ostkoordinierungstreffen sollen die Möglichkeiten, einer Beteiligung von Thüringen an einer bundesweiten Aktion besprochen werden.

Da wir es einfach für notwendig halten, den immer freier und ungenierter auftretenden Faschos einen deutlichen Dämpfer zu erteilen, rufen wir auf zur

VV: FR. 28.5. 18⁰⁰ IM MEHRINGHOF

Euthanasie – »auf Verlangen« und »freiwillig«?

Wie Mord in einer Gesellschaft legalisiert wird

von Richard Fenigsen

Dieser Beitrag des Arztes Dr. Richard Fenigsen erschien bisher ausschließlich in Fachzeitschriften in Großbritannien und in den Niederlanden. Wir sind der Meinung, daß dieser Beitrag geeignet ist, eine in der Bundesrepublik absichtsvoll verborgene Debatte ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Der Autor erklärt, wie Euthanasie gesellschaftlich neu legitimiert wird und auf welche Weise das Leben von kranken, schwachen, sogenannten behinderten oder pflegebedürftigen Menschen bedroht ist und wie eine ganze Gesellschaft durch die offene Wiedereinführung des mörderischen Begriffs des »lebensunwerten Lebens« vergiftet wird.



I. NS-EuthanasietäterInnen wurden nicht nur in der Mehrzahl strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen; sie wurden im Gegensatz zu anderen NS-VerbrecherInnen auch privilegiert: Ihnen wurde höchstrichterlich bestätigt »aus edlen Motiven« gemordet zu haben.

II. Die Mitleidsargumentation die von der bundesdeutschen Rechtssprechung nach 1945 zur Entkriminalisierung von NS-Euthanasie-TäterInnen entwickelt wurde, hat erheblichen Einfluß auf die moderne bundesdeutsche »Euthanasie«-Rechtsprechung: Die Tötung behinderter Menschen aus »Mitleid« wird nach wie vor strafrechtlich privilegiert.

III. Trotz des Verbotes der Tötung auf Verlangen (§ 216 Strafgesetzbuch) wird die »Euthanasie«-Tötung in (fast) jeglicher Form (indirekt, passiv, aktiv, »freiwillig« und unfreiwillig) in der Bundesrepublik strafrechtlich nicht sanktioniert. Sie ist gesetzlich verboten aber rechtsdogmatisch faktisch erlaubt.

IV. Für behinderte und kranke Menschen gibt es eine Sonder-Rechtsprechung zum Suizid. Damit wird ihre diskriminierende gesellschaftliche Sonderbehandlung (Sonderkindergarten, Sonderschule, Werkstatt für Behinderte, Sonderfahrdienste, etc.) bis in den Tod hinein fortgesetzt.

V. Wenngleich schon heute die Rechtslage in Bezug auf »Euthanasie«-Maßnahmen äußerst prekär ist, so wäre doch die Verabschiedung eines »Euthanasie-Erlaubnis-Gesetzes« ein verschärfender Eingriff. Der heimliche Imperativ der kostengünstigen »Euthanasie« würde vollends enttabuisiert. Das Beispiel der Niederlande zeigt, wie sehr jede Legalisierung von medizinischer »Euthanasie« zu einer Brutalisierung der Verhältnisse führt.

Theresia Degener *(aus einem Thesenpapier zum Vortrag »Euthanasie in der BRD im Spiegel des Strafrechts«)*

Literaturempfehlungen der Redaktion:

(1) Franz Christoph; Tödlicher Zeitgeist, Notwehr gegen Euthanasie, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1990

(2) Theresia Degener in: Oliver Tolmein: Geschätztes Leben. Die neue »Euthanasie«-Debatte, Konkret Literatur, Hamburg 1990

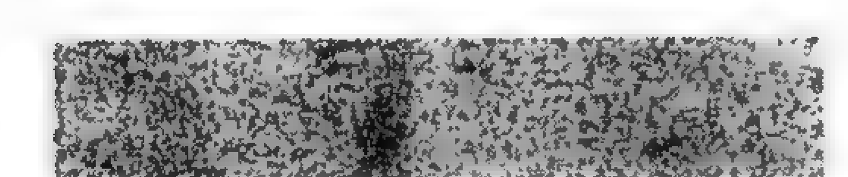
Man schätzt, daß in den Niederlanden etwa 5.000 Patienten jährlich von ihrem Hausarzt durch freiwillige aktive Euthanasie getötet werden; die zitierten höheren Zahlen (6.000 bis 20.000 Fälle) schließen wahrscheinlich auch Krankenhauspatienten ein. [...] 81 % der holländischen praktischen Ärzte haben zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Tätigkeit Menschen durch aktive Euthanasie getötet; 28 % töten pro Jahr zwei Patienten durch aktive Euthanasie und 14 % 3–5 Patienten. Bei niederländischen AIDS-Patienten unterscheiden sich die Todesursachen von denen in anderen Ländern, da 11,2 % der holländischen AIDS-Patienten durch aktive Euthanasie sterben.

Viele Niederländer tragen ein Schriftstück bei sich, das für den Fall »körperlicher

Verletzung oder geistiger Verwirrung, für die es keine Heilung mit Aussicht auf ein annehmbares und menschenwürdiges Leben gibt« ihre Tötung durch aktive Euthanasie verlangt. Vor einiger Zeit wurde dieses Schriftstück durch eine kleine Plastikkarte ersetzt, die in der niederländischen Presse den Spitznamen »Kreditkarte für einen leichten Tod« hat. 1981 sollen ca. 30.000 Menschen eine solche Karte bei sich getragen haben, inzwischen sollen es mehr sein.

Das Gesetz zur Legalisierung der Euthanasie spielt in der holländischen Politik eine wesentliche Rolle. 10 der 11 in den Niederlanden vertretenen politischen Parteien haben die Euthanasie in ihrem Wahlprogramm. Regierungskoalitionen stehen und fallen mit der Zustimmung oder Ablehnung der Euthanasie.

»Die Mehrheit derjenigen, die sich für ‚freiwillige' Euthanasie aussprechen ist auch für unfreiwillige aktive Euthanasie.«



Die Akzeptanz der »freiwilligen« aktiven Euthanasie in der holländischen Bevölkerung wächst. Nach zwei aufeinanderfolgenden Umfragen wurde die aktive Euthanasie 1985 von 70% der Bevölkerung akzeptiert und 1986 von 76%. Die Medien haben dieses Ergebnis als Votum für die menschliche Freiheit (einschließlich der Freiheit des Individuums, über sein Leben oder seinen Tod zu bestimmen) gewertet, aber die Wirklichkeit ist komplexer. Eine genauere Analyse der öffentlichen Meinung enthüllt ganz andere und sehr abweichende Einstellungen, und zwar insbesondere solche, die der Entscheidungsfreiheit des Individuum entgegenstehen und das Recht der Gesellschaft unterstützen,

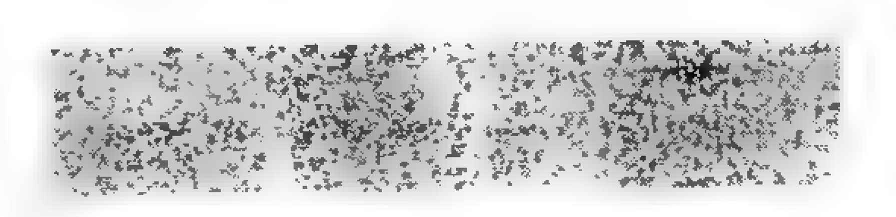


das Leben eines Menschen zu verkürzen. Entsprechend findet die Auffassung, man sollte schwerstbehinderten und alten Menschen und eventuell auch Alleinstehenden lebensrettende Behandlungen versagen, in der Öffentlichkeit beträchtliche Akzeptanz. Darüber hinaus zeigen die Meinungsumfragen, daß die Mehrheit derjenigen, die sich für freiwillige Euthanasie, Entscheidungsfreiheit und das Recht zu sterben aussprechen, auch für unfreiwillige aktive Euthanasie ist, das heißt die Verweigerung von Entscheidungsfreiheit und Recht auf Leben.

In Holland sind die prominentesten Vertreter des ärztlichen Standes gleichzeitig auch führende Persönlichkeiten in der Bewegung zur Legalisierung der Euthanasie. Hollands führender Spezialist auf dem Gebiet der Kinder-Onkologie, Prof. P.A. Voute, gab kürzlich zu, daß er seit Anfang der 80er Jahre einigen seiner Patienten – manchmal ohne Einwilligung ihrer Eltern – Gift in ausreichender Dosierung zukommen ließ, damit sie Selbstmord begehen konnten, wenn sie sich danach fühlten. Eine Umfrage hat ergeben, daß 70% der Öffentlichkeit Prof. Voutes Verhalten gutheißt.

Im Juni 1984 billigte der Vorstand der Königlich-Niederländischen Gesellschaft für Medizin (KNMG) ein »Positionspapier zur Euthanasie«, das die Legalisierung der freiwilligen aktiven Euthanasie unterstützt. In einer weiteren offiziellen Stellungnahme erklärte der gleiche Vorstand, daß er die unfreiwillige aktive Euthanasie unterstütze. Die Königlich-Niederländische Gesellschaft für Pharmakologie (KNMP) hat eine offizielle Liste der für aktive Euthanasie zu verwendenden Medikamente zusammengestellt und gedruckt. Der Gesundheitsrat (Gezondheidsraad, offizielles medizinisches Beratungsgremium der Niederländischen Regierung) hat zahlreiche, detaillierte Richtlinien über Indikationen und Durchführung der aktiven Euthanasie herausgeben. Eine dieser Richtlinien (aus Mai 1987) besagt, daß der Bitte von Minderjährigen und Kindern um Euthanasie entsprochen werden sollte, und zwar nicht nur mit Zustimmung der Eltern, sondern auch gegen ihren Willen.

»Ärzte werden von Gerichten ermuntert, Euthanasie als Todesursache anzugeben.«



Von den jährlich 5.000 bis 20.000 Fällen aktiver Euthanasie, führen durchschnittlich 11 Fälle zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft handelt im Rahmen einer vom Justiz-Ministerium erlassenen Richtlinie, nach der nur dann zu ermitteln ist, wenn der Verdacht besteht, daß der die Euthanasie vollziehende Arzt nicht sorgfältig gehandelt hat. Um falsche Angaben zu verhindern, werden Euthanasie praktizierende Ärzte von den gerichtlichen Behörden ermuntert, Euthanasie als Todesursache anzugeben. In manchen Fällen benachrichtigen die Ärzte die Staatsanwaltschaft im voraus über die geplante Euthanasie. In den wenigen Fällen »freiwilliger« Euthanasie, bei denen es zu einer Anklage kam, sprach das Gericht den Arzt schuldig, verzichtete aber auf eine Strafe, woraufhin die Berufungsinstanz den Schuldspruch mit der Begründung abwies, der Arzt habe aus einer höheren Notwendigkeit gehandelt. Letztere Beurteilung wird heute auf alle derartigen Fälle angewandt.

»Die Champions der niederländischen Euthanasie mußten nach der Erfahrung des NS-Faschismus ein erheblich verfeinertes Programm präsentieren.«

In den Niederlanden wurde eine wichtige Strömung der medizinischen, juristischen und theologischen Theorie durch deutsche Denker wie Haeckel, Jost, Binding und Hoche beeinflußt, die den Begriff des *lebensunwerten Lebens* geprägt haben und die Vernichtung nutzloser Individuen zur Entlastung der Gesellschaft befürworteten. Die Champions der niederländischen Euthanasie, die ein halbes Jahrhundert nach ihren deutschen Vorläufern, nach den Erfahrungen der Nazi-Euthanasie an psychisch Kranken und Körperbehinderten, nach Europas historischer Erfahrung mit dem Genozid die Bühne betraten, mußten ein modifiziertes und erheblich verfeinertes Programm präsentieren. Sie

betonten das Recht zu sterben und stellten den Tod als Erlösung vom Leiden und als im Interesse der Kranken und Unglücklichen heraus – ein Programm, das alle diejenigen ansprechen sollte, die an die Menschenrechte glauben. Das andere Motiv, das Recht, im Interesse der Gesellschaft zu töten, wurde zwar heruntergespielt, aber nie wirklich aufgegeben, um jene nicht abzuschrecken, die glauben, daß die menschliche Rasse durch Ausrottung der Schwachen verbessert werden sollte. Voraussetzung für den Erfolg der Pro-Euthanasiebewegung in Holland war also ihr extrem gutgemachtes Programm.

Verleger und Herausgeber sperrten sich bald, noch irgendetwas zu drucken oder zu veröffentlichen, das sich gegen den Strom richtete. Die Medien wurden von den Euthanasie-Befürwortern praktisch monopolisiert und eine ganze Generation von Niederländern wuchs heran, ohne jemals von einem ernsthaften Widerstand dagegen gehört zu haben.

Die rapide Ausweitung der Pro-Euthanasiebewegung scheint durch verschiedene Faktoren des niederländischen öffentlichen Lebens noch verstärkt worden zu sein. Zunächst sind die Niederländer eine [...] Gesellschaft, für die die unbeschränkte Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung ein hoher Wert ist und die ihre Bürger zur Ablehnung von Dogmen und zur Abschaffung von Tabus ermuntert. Diese Umstände haben die offene Diskussion der Euthanasie und die Infragestellung der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens ermöglicht. Ein besonderes Charakteristikum (bzw. ein Nebeneffekt) der fortgeschrittenen Demokratisierung und Liberalisierung der holländischen Gesellschaft ist die allgemeine Einstellung zur Medizin, die hier viel stärker als anderswo hervortritt. Das Ressentiment gegenüber Ärzten ist groß, weil sie große Macht ausüben, und weil man sie für selbstsüchtig und viel zu selbstherrlich hält. Manche Niederländer würden lieber sterben, als sich der Gnade der Ärzte und ihrer »Maschinen« auszuliefern.

In den Niederlanden, wo Protestantismus und Katholizismus nebeneinander existieren, kriegen kontroverse Probleme schnell religiöse Konnotationen, mit dem Ergebnis, daß das Prinzip der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens in unzulässiger Weise mit dem religiösen Gebot identifiziert und auf dieses beschränkt wurde. Dies hat die Position der Euthanasie-Gegner geschwächt, da für jeden einsichtig ist, daß ein Land Gläubigen und Nichtgläubigen gleichermaßen gehört und kein rein religiöses Konzept zum allgemeinen Maßstab erhoben oder zum Gesetz des Landes gemacht werden sollte. Säkulare – d.h. moralische, rationale und medizinische – Gründe zur Ablehnung der Euthanasie sind in der niederländischen Öffentlichkeit noch unbekannt.

Während in Deutschland bis vor kurzem noch jede ernstzunehmende Euthanasiebewegung aufgrund der Schuldgefühle wegen der Nazi-Vergangenheit unmöglich war, wurden die Holländer, die niemals solche Verbrechen verübt und, ganz im Gegenteil, zu enormen volkswirtschaftlichen Kosten ein vorbildliches Versorgungssystem für Kranke, Behinderte und alte Menschen errichtet haben, von solchen Schuldgefühlen nicht angekränkelt.

Foto oben links: Frau in der Altenuniversität, Frankfurt/Main, ca. 1986.

Foto oben rechts: Frau in Altenheim.

Fotos: Karin Hill



»Die Freiwilligkeit ist häufig vorgetäuscht und immer zweifelhaft«

Der Begriff »freiwillige« Euthanasie weckt Assoziationen von Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit, die benutzt werden, um Öffentlichkeit, Ärzteschaft und Gesetzgeber zu beeinflussen, damit der Weg für die Legalisierung der Euthanasie frei wird. Aber es gibt zwingende Gründe, und hat sie immer gegeben, warum westliche Zivilisationen die »freiwillige« Euthanasie in der Vergangenheit abgelehnt haben und jetzt und für die Zukunft ablehnen sollten.

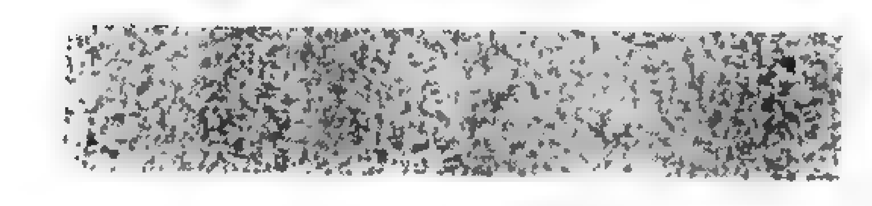
»Freiwillige« Euthanasie sollte abgelehnt werden, weil die Freiwilligkeit häufig vorgetäuscht und immer zweifelhaft ist. In den Niederlanden haben Ärzte versucht, ihren Patienten »freiwillige« Euthanasie anzunötigen, Frauen haben ihren Ehemann und Männer ihre Ehefrauen unter Druck gesetzt, sich »freiwillig« töten zu lassen. Aber nicht diese flagranten Vorfälle zählen, sondern die vielen anderen. Seit 20 Jahren ist die holländische Öffentlichkeit einer allgegenwärtigen Propaganda für den Tod ausgesetzt. Die Bitte um den Tod wird in den höchsten Tönen gepriesen: sie sei »mutig«, »weise« und »fortschrittlich«. Es wurde jede nur denkbare Anstrengung gemacht, die Menschen zu überzeugen, daß es genau dies ist, was sie tun sollten, was die Gesellschaft von ihnen erwartet, was für sie und ihre Familie am besten ist.

Das Ergebnis ist, wie T.M. Schalken 1984 feststellte, daß *»alte Menschen beginnen, sich als Belastung für die Gesellschaft zu empfinden und verpflichtet fühlen, über Euthanasie zu reden oder sogar darum zu bitten«*. Vor kurzem hat der Niederländische Patientenbund das Parlament warnend auf Berichte hingewiesen, die zeigen, wie stark die Bitte von Kranken um Euthanasie durch den Druck von Familie und Arzt beeinflußt wird. Es ist verblüffend, daß Ärzte, welche die Euthanasie befürworten, so viele Patienten »auf eigenen Wunsch« getötet haben (ein Arzt gib 17 Fälle an), während andere Ärzte, eher dem traditionellen Berufethos verhaftet, noch keine solche Bitte von ihren Patienten vernommen haben. Bei Auswertung der Tausende von »freiwilligen« Bitten um Euthanasie; die jedes Jahr in Holland



ausgesprochen werden, sollte dem den Einfluß der Propaganda und des ärztlichen Provokateurs nicht unberücksichtigt lassen.

»Krypthanasie – in den Niederlanden sterben mehr Menschen durch unfreiwillige als durch freiwillige Euthanasie.«



Freiwillige« Euthanasie muß auch deshalb abgelehnt werden, weil sie ganz im Gegensatz zur Überzeugung ihrer Befürworter von den offen unfreiwilligen Formen der Euthanasie nicht zu trennen ist und ein innerer Zusammenhang mit diesen besteht. Man kann das holländische Phänomen der »freiwilligen« Masseneuthanasie nur verstehen, wenn man es im erweiterten Kontext der veränderten Einstellung zum menschlichen Leben und anderen wichtigen Manifestationen dieser neuen Mentalität betrachtet: der »taigetischen« Medizin und der Praxis der Krypthanasie.

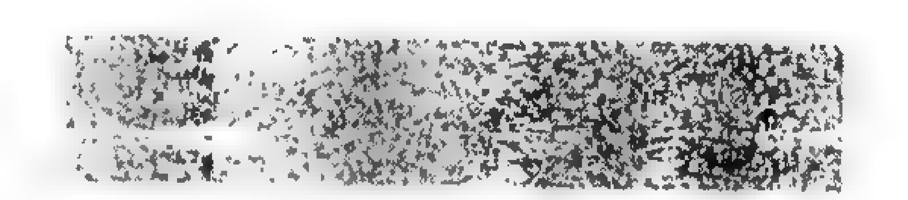
Es gibt eine sehr weit verbreitete Praxis, bestimmte Gruppen von Menschen einfach absichtlich sterben zu lassen, indem man ihnen lebensrettende Behandlungen verweigert. Ich nenne das »taigetische« Medizin wegen der Taigetos Berghütte in der Nähe von Sparta, wo Neugeborene, die man für zu schwach befunden hatte, zum Sterben ausgesetzt wurden. In den Niederlanden lassen die Ärzte jedes Jahr mindestens 300 behinderte Neugeborene sterben; sie verhindern die Operation angeborener Herzfehler bei Down-Syndrom-Kindern, indem sie die Anästhesie verweigern, sie weigern sich, Patienten über 75 mit Herzblock einen Herzschrittmacher zu implantieren oder Alte und Alleinstehende ohne nahe Verwandte bei akutem Lungenödem zu behandeln.

Manche Ärzte rechtfertigen dies mit dem Argument, daß es im besten Interesse des Patienten sei, wenn er so schnell wie möglich stirbt, aber oft ist die Erklärung, daß die Gesellschaft nicht mit der Lebensverlängerung solcher Patienten belastet werden sollte. Die Entscheidungen werden ohne Wissen des Patienten und gegen seinen Willen getroffen. Ärzte, die einigen ihrer Patienten lebensrettende Maßnahmen verweigern, verstoßen gegen folgende Gesetze und Vorschriften: Regeln 1, 6, und 7 des Code of Medical Conduct der Königlich-Niederländischen Gesellschaft für Medizin, Code für Medizinethik des Weltärztebundes, die Deklaration von Tokio aus dem Jahre 1975, die Europäische Übereinkunft zur Verteidigung der Menschen und Grundrechte, das Niederländische Zivilrecht sowie Paragraph 450 des Niederländischen Strafgesetzbuches. Taigetische Praktiken finden jedoch starke Unterstützung in der Öffentlichkeit, bei Theologen und ärztlichen Organisationen von großer Autorität.

Es gibt heute genügend Beweise, daß die »freiwillige« Euthanasie Hand in Hand mit der Krypthanasie geht (aktive Euthanasie ohne Wissen des Kranken). Gunning hat als erster davon berichtet, daß ältere Patienten getötet wurden, anstatt sie in einen Krankenhaus einzuweisen. Mit Veröffentlichung des sorgfältig recherchierten Buches von H.W.A. Hilhorst »Euthanasie im Krankenhaus« (in niederländischer Sprache) wurden 1983 umfangreiche Daten über Krypthanasie zugänglich. Das Buch stützt sich auf eine in 8 Krankenhäusern durchgeführte Untersuchung und wurde von der Königlich-Niederländischen Akademie der Wissenschaft und der Universität Utrecht gefördert. Der Autor analysiert die Praxis der unfreiwilligen Euthanasie und beschreibt Fälle unfreiwilliger Euthanasie an Kindern und Erwachsenen. 1985 folgten Berichte über heimliche Massentötungen im Altersheim De Terp in Den Haag, mein Bericht über Krypthanasie auf einer Station für Innere Medizin in einem Krankenhaus in Rotterdam, Schätzungen von Dessaur, Gunning, Dessaur und Rutenfrans sowie van der Sluis, welche besagen, daß in den Niederlanden mehr Menschen durch unfreiwillige als durch freiwillige Euthanasie ums Leben kommen; 1987 wurde die Serientötung komatöser Patienten durch 4 Krankenschwestern in der Abt. für Neurochirurgie der Universitätsklinik der Freien Universität Amsterdam aufgedeckt.

Wann immer Fälle von Krypthanasie bekannt werden, wird versucht, sie als Mißbrauch abzutun, der nichts mit der regulären Praxis der freiwilligen Euthanasie zu tun hat – als außergewöhnliche, vereinzelt vorkommende kriminelle Handlung. Auf diese Weise kann das Problem aber nicht ad acta gelegt werden. Niemand kann die Behauptung aufrecht halten, daß Krypthanasie nur vereinzelt und sporadisch vorkommt.

»90 Prozent der Studenten der Wirtschaftswissenschaft befürworten Zwangseuthanasie zur Entlastung der Volkswirtschaft«



Noch wird behauptet, die offene medizinische Tötung werden nur von ein paar kriminellen Außenseitern vollzogen, deren Handeln von der Öffentlichkeit verdammt werde. Das Gegenteil ist wahr. Zwei aufeinanderfolgende Umfragen des NIPO-Institutes ergaben, daß 76 % der Niederländer »freiwillige« Euthanasie befürworten, während 77 % unfreiwillige Euthanasie gutheißen. 33 % der Befragten zeigten »sehr großes Verständnis« und weitere 44 % ein »gewisses Verständnis« für diejenigen, die aus Mitleid ihren Vater oder ihre Mutter ohne deren Einwilligung töten. 43 % befürworteten unfreiwillige aktive Euthanasie an bewußtlosen Patienten, »die nur geringe Aussichten auf Besserung« haben, während sich 10 % sicher waren und weitere 17 % es für möglich hielten,

daß sie für einen geisteskranken Angehörigen um unfreiwillige aktive Euthanasie ersuchen würden. 90% der befragten Studenten der Wirtschaftswissenschaft befürworteten Zwangseuthanasie an nicht näher definierten Gruppen zur Entlastung der Volkswirtschaft.

Krypthanasie-Täter erfreuen sich breiter Unterstützung von Öffentlichkeit und Institutionen und völliger Nachsicht der Gerichte. Der unter dem Verdacht der Tötung von 20 Bewohnern des Altersheimes De Terp in Den Haag verhaftete Arzt gab 5 Tötungen zu, wurde für 4 angeklagt und für 3 verurteilt. Zeugen sagten aus, daß einige der Opfer gar nicht krank, sondern nur senil und querulant waren, daß der Arzt mit alten Menschen keine Geduld hatte, sie nur ungern behandelte, oft abwesend war und viele Entscheidungen dem Oberpfleger überließ. Der Oberpfleger führte die Tötungen durch (mittels intravenöse Insulininjektion) und drohte anderen Bewohnern von De Terp mit Euthanasie.

In Den Haag wurde ein Bürgerkommittee zur Unterstützung des angeklagten Arztes gegründet und er erhielt öffentliche Sympathiebekundungen u.a. vom Präsidenten der Niederländischen Gesellschaft für freiwillige Euthanasie, dem Vize-Präsidenten der Königlich-Niederländischen-Gesellschaft für Medizin, von einem ehemaligen Kronanwalt am Obersten Gerichtshof und vielen anderen. In einem öffentlichen Statement erklärte der Vorstand der Königlich-Niederländischen Gesellschaft für Medizin, daß er beunruhigt sei, und zwar nicht über die Tötungen, sondern die Verurteilung des Arztes, die bei Ärzten, die ihren Patienten sterben helfen, Unsicherheit hervorrufen und sie entmutigen könne, dies weiterhin offen zu tun und als Todesursache aktive Euthanasie anzugeben. Schließlich wurde das Urteil von der Berufungsinstanz abgewiesen und der Arzt als unschuldig freigesprochen, während ein Zivilgericht ihm Schadensersatz in Höhe von 300.000 Gulden zusprach.

In ähnlicher Weise wurden auch die 4 Krankenschwestern der Neurochirurgie der Universitätsklinik Amsterdam, die gestanden hatten, heimlich mehrere bewußtlose Patienten getötet zu haben, vom Personalrat der Klinik unterstützt, der ihre sofortige Freilassung und Wiedereinstellung forderte. Der Personalrat warf die Frage nach der Veranwortung der im Krankenhaus beschäftigten Ärzte auf, die durch unbillige Verzögerung der Euthanasie die Schwestern möglicherweise erst zum Handeln gezwungen hätten. Bei Aufhebung des Haftbefehls war das Amsterdamer Gericht der Auffassung, daß die Krankenschwestern ihre Tat aus humanen Erwägungen begangen hätten. Die Eltern der Opfer, die erst nach der Verhaftung der Schwestern erfahren hatten, auf welche Weise ihre Söhne und Töchter gestorben waren, sprachen den Schwestern in einer vom Fernsehen übertragenen gefühlsgeladenen Zeremonie ihren Dank aus. Krypthanasie ist also kein »Mißbrauch« der freiwilligen Euthanasie, sondern eine von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptierte, offen befürwortete und als human gelobte Tat.

Foto linke Seite und Foto rechte Seite: Menschen in einem Altersheim in Frankfurt/Main.

Fotos: Karin Hill



»Die *Gesellschaft für Euthanasie* rief auf, alle behinderten Neugeborenen zu töten, um eine starke Rasse zu züchten.«

Ärzte, die Krypthanasie praktizieren, können auf Nachsicht der höchsten Autoritäten des Landes rechnen: Prof. Ch.J. Enschede, Berater der Niederländischen Regierung über rechtliche Aspekte der Euthanasie, ließ mich wissen, daß *»die Regierung und der Staatsrat beschlossen haben, diese Fälle aus der Reichweite des Strafrechtes zu halten«*. Organisationen, die die Freiwilligkeit der Euthanasie in ihren offiziellen Programmen betonen, nehmen jede Gelegenheit wahr, um auch für die unfreiwillige Euthanasie zu werben. Ein Vorstandsmitglied der Niederländischen Gesellschaft für Euthanasie wirbt für unfreiwillige aktive Euthanasie an geistesgestörten alten Menschen, bewußtlosen Opfern von Verkehrsunfällen und (bewußten) Contergan-geschädigten Kindern, während der Präsident der gleichen Gesellschaft die Täter von *De Terp* öffentlich verteidigte.

Die Vierteljahresschrift der Gesellschaft druckte kommentarlos den Aufruf ab, alle behinderten Neugeborenen zu töten, um eine starke Rasse zu züchten. Der Vorstand der Königlich-Niederländischen Gesellschaft für Medizin hat einen Ausschuß gebildet, der Richtlinien für die unfreiwillige Euthanasie an solchen Neugeborenen ausarbeiten soll. In Holland wird also die freiwillige und unfreiwillige Euthanasie von denselben Personen und Institutionen befürwortet, von derselben Öffentlichkeit unterstützt,

Fortsetzung nächste Seite

Aktive Sterbehilfe zugelassen.

Das niederländische Parlament hat am Dienstag nach mehrjähriger kontroverser Debatte ein Gesetz verabschiedet, in dem die Sterbehilfe im Prinzip zugelassen wird. Euthanasie bleibt zwar illegal, ihr Vollzug wird jedoch, wenn sich die Ärzte an eine Reihe von Bestimmungen halten, strafrechtlich nicht verfolgt.

Die nun gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen wurden vom niederländischen Ärzteverband erarbeitet.

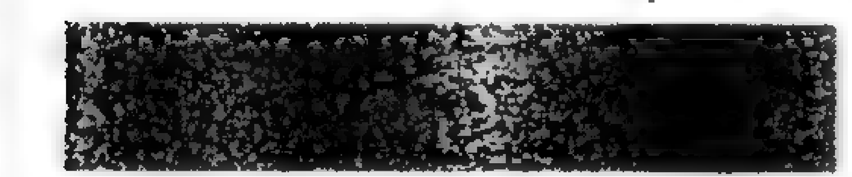
Schon bislang wurde Sterbehilfe in den Niederlanden geduldet, wenn die nun gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen eingehalten wurden. Die katholischen Bischöfe hatten Anfang Februar an das Parlament appelliert, das gesetzliche Verbot der Euthanasie beizubehalten.

Mediziner schätzen, daß es in den Niederlanden allein im Jahr 1990 etwa 2300 Fälle von Sterbehilfe gab. In rund 400 Fällen sei auf Verlangen getötet worden.
aus: Frankfurter Rundschau v. 10.2.1993



nebeneinander praktiziert und im öffentlichen Bewußtsein eng miteinander verknüpft. Beides sind Manifestationen der gleichen Grundeinstellung, d.h. der von weiten Kreisen geteilten Überzeugung, daß man das Leben eines Menschen verkürzen darf, wann immer es einen guten Grund dafür gibt. Alle diejenigen, die behaupten, man könne die »freiwillige« Euthanasie akzeptieren und praktizieren und die unfreiwillige Euthanasie verbieten, verkennen völlig die niederländische Realität.

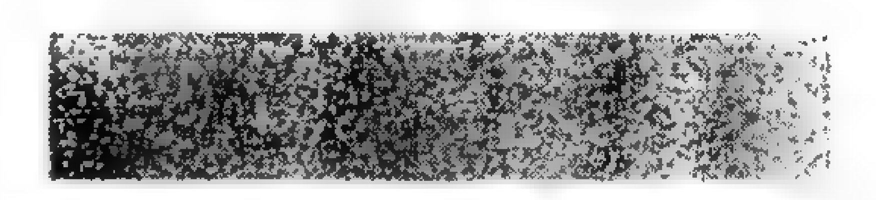
»Die Botschaft der Gesellschaft ist: 'Wir hätten nichts dagegen, Dich los zu sein'. Wir fühlen, daß unser Leben bedroht ist.«



»Freiwillige« Euthanasie sollte auch wegen der verhängnisvollen Folgen für die Gesellschaft abgelehnt werden. Statt der Botschaft einer humanen Gesellschaft an ihre Mitglieder: »Jeder hat ein Recht, da zu sein. Wir wollen, daß ihr bei uns bleibt, jeder einzelne von euch« gibt eine Gesellschaft, die sich die Euthanasie selbst in ihrer »mildesten« und »freiwilligsten« Variante leistet, ihren Mitmenschen zu verstehen: »Wir hätten nichts dagegen, dich los zu sein«. Diese Botschaft erreicht nicht nur die Alten und Kranken, sondern alle schwachen und auf Hilfe angewiesenen Menschen. T. M. Schalken, der Attorney General, hat herausgefunden, daß sich dieser Wandel in der niederländischen Gesellschaft bereits vollzogen hat. Infolgedessen leben bestimmte Gruppen in Angst und Ungewißheit. 1985 stellte der Niederländische Patientenbund fest, »daß die Angst vor Euthanasie in den letzten Monaten beträchtlich zugenommen hat.« Eine Gruppe schwerstbehinderter Erwachsener aus Amersfoort schrieb in einem Brief an die Parlamentarischen Ausschüsse für Gesundheit und Recht: *»Wir fühlen, daß unser Leben bedroht ist. Wir wissen, daß wir der Gemeinschaft große Kosten verursachen. Viele Menschen denken, wir sind nutzlos. Oft bemerken wir, daß man uns einzureden sucht, wir wünschten wir wären tot. Sollten die neuen Gesundheitsgesetze auch Euthanasie umfassen, so halten wir dies für extrem gefährlich und beängstigend.«* In ihrer Angst machen die Menschen keinen Unterschied zwischen »freiwilliger« und unfreiwilliger Euthanasie.

Eine unter Krankenhauspatienten durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß viele Patienten vor ihren eigenen Angehörigen Angst haben, weil sie es sind, die über Euthanasie entscheiden oder sie bedrängen könnten, selber um Euthanasie zu bitten. Aus Angst vor Euthanasie sträuben sich manche alten Menschen gegen ihre Unterbringung in einem Alters- oder Pflegeheim, weigern sich, in ein Krankenhaus zu gehen, sich von einem Arzt untersuchen zu lassen oder Medizin einzunehmen. Eine Untersuchung der Einstellung alter Menschen hat gezeigt, daß 47 % derjenigen, die in ihrer eigenen Wohnung leben und 93 % derjenigen, die in Altersheimen leben, jede Form der aktiven Euthanasie ablehnen, *»weil später, wenn sie nicht mehr selber Herr der Lage sind, ihr Leben von anderen gegen ihren Willen beendet wird.«* Um dem aufgeschwatzten therapeutischen Tod zu entrinnen, werden rührende Versuche gemacht. Die »Zuflucht-Gesellschaft« *(Schuilplaats)* druckte »Willenserklärungen zum Weiterleben«. Diese Karte, »die jeder bei sich tragen kann, verfügt, daß der Unterzeichner keine Euthanasie wünscht.« Die Menschen verlassen sich zum Schutz ihres Lebens also nicht mehr auf das Gesetz.

»Eine Regierung muß nicht von den Menschen anerkannt sein, sondern um leben zu dürfen, muß ein Mensch von der Regierung anerkannt werden.«



Mit weiteren Veränderungen ist zu rechnen, sollte die Pro-Euthanasiebewegung – nachdem sie die Legalisierung der »freiwilligen« Euthanasie erreicht hat – auch noch ihre übrigen angestrebten Ziele erreichen. Der Vorschlag, behinderte Neugeborenen zu euthanasieren bedeutet, daß Ärzte, die unter staatlicher Aufsicht arbeiten, für einige neugeborenen Bürger eine Erlaubnis zu leben ausstellen und andere vernichten. Um leben zu dürfen, muß ein Mensch von der Regierung anerkannt werden – eine Umkehrung des demokratischen Prinzips, wonach eine Regierung, um bestehen zu können, von ihren Bürgern anerkannt werden muß.

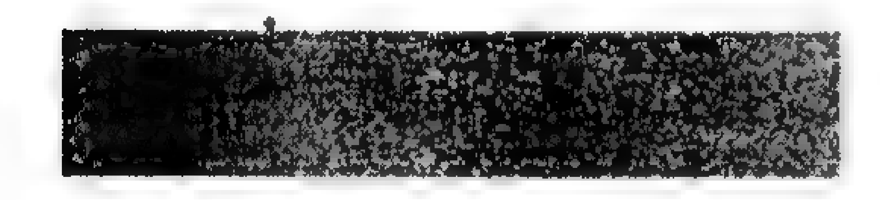
Programmpunkte wie die Zwangseuthanasie altersverwirrter Menschen und die Begrenzung der Lebensspanne von Menschen über einem bestimmten Alter durch Behandlungsentzug sowie ganz allgemein alle Maßnahmen zur Eliminierung großer Zahlen von Bürgern, Wählern, lebenslanger Steuerzahler sind mit unserem derzeitigen Regierungssystem unvereinbar. Das bedeutet nicht, daß diese Programme nicht durchgesetzt werden, es bedeutet aber, daß die Einführung der Euthanasie-Programme eine wesentliche Veränderung der westlichen Regierungssysteme erfordert.

»Freiwillige« Euthanasie sollte darüber hinaus abgelehnt werden, weil sie falsche

Versprechungen macht. Angeblich soll sie dem Kranken die dem Tod vorausgehende Agonie oder die Leiden eines sich lang hinziehenden Krankenlagers ersparen. Das stimmt aber nicht. Als Wiho van Linden die Vorbereitungen einer Frau auf ihre »freiwillige« Euthanasie aufzeichnete, konnten etwa eine Million holländischer Fernsehzuschauer die Angst und Verzweiflung der unglücklichen Frau verfolgen, als der festgesetzte Tag des Vollzugs heranrückte.

Millionen Menschen sterben einen humanen Tod, in Ungewißheit, Angst und Hoffnung, als geschätztes Mitglied ihrer Familie, der menschlichen Gemeinschaft, umgeben von Menschen, die sie nicht fortgehen lassen wollen. Euthanasie dagegen verursacht extremes psychisches Leiden – die Exkommunikation, der Ausschluß des Menschen aus der Gemeinschaft der Lebenden während er noch lebt.

»Fehler eines Euthanasie praktizierenden Arztes sind irreparabel: Die Patientin ist tot.«



Ein weiterer Grund warum »freiwillige« Euthanasie abgelehnt werden muß, ist die fundamentale Diskrepanz zwischen der Unsicherheit des menschlichen (und medizinischen) Urteils, die beide nicht unfehlbar sind, und der tödlichen Gewißheit der Tat. Klinikärzte haben die Euthanasie traditionell abgelehnt, weil sie wissen, daß jeder von uns Fehler macht, daß Diagnosen unsicher und Prognosen bekanntlich unzuverlässig sind. Die Fehldiagnose einer tödlichen Krankheit ist und bleibt eine sehr reale Möglichkeit.

Oft müssen sich Ärzte in ihrem Bemühen, den Zustand ihres Patienten zu verbessern oder sein Leben zu retten, auf Diagnosen verlassen, die nur wahrscheinlich sind. Das ist unvermeidbar und intellektuell zu rechtfertigen. Aber jemanden aufgrund einer Diagnose, die sich evtl. als falsch erweisen mag, durch Euthanasie zu töten ist ein Übel und eine Rücksichtslosigkeit. Wir wissen nicht, wie oft dies in den Niederlanden passiert, denn die Befürworter der Euthanasie und die Ärzte, die sie praktizieren, haben sich immer gegen die Forderung von F. L. Meijler gesperrt, daß die Indikation für die Euthanasie in jedem einzelnen Fall durch Autopsie überprüft werden sollte.

Außerdem passieren in der Medizin, genau wie in jedem anderen Beruf, ganz einfach auch Irrtümer. Der Irrtum eines Arztes ist immer beklagenswert, aber verzeihlich, wenn er ihm in seinem Bemühen unterläuft, sein Bestes für die Verbesserung des Gesundheitszustandes seines Patienten zu tun. Manchmal kann der Schaden wieder behoben werden. Der Fehler eines Euthanasie praktizierenden Arztes (und er macht Fehler, und zwar mehr wie jeder andere Arzt) ist unverzeihlich und irreparabel, denn der Patient ist tot.

Als in einem Rotterdamer Krankenhaus ein Internist sich für eine unfreiwillige aktive Euthanasie entscheid, weil sein Patient halb bewußtlos war, dabei aber übersah, daß dieser Zustand von dem Tranquilizer herrührte, den er ihm selber verordnet hatte, war das nicht nur ein Verbrechen, sondern auch ein ganz unverzeihlicher Kunstfehler. Auf der Intensivstation der Universitätsklinik Leiden starb eine Patientin, die sich nach Thorax-Operation in zufriedenstellendem Zustand



befand, an Atemstillstand, weil die Schwester dem diensthabenden Arzt gesagt hatte, es sein vereinbart worden, die Patientin nicht zu reanimieren. Später stellte sich dann heraus, daß die »Vereinbarung« sich gar nicht auf diese Patientin bezog, sondern auf eine andere.

»Auf eigenes Verlangen des Patienten« – dies muß nicht unbedingt der feste Grund für die »freiwillige« Euthanasie sein, für den er immer ausgegeben wird. Jeder kann in einem Moment der Verzweiflung Wünsche äußern, von denen er am nächsten Tag wieder abrückt. Der einzige Patient, der mich je um Euthanasie gebeten hat, erholte sich von seiner nahezu tödlichen Krankheit (schwerer Herzfehler aufgrund multipler Lungenembolie) und hat in den folgenden 6 Jahren nie wieder seinen Wunsch nach Euthanasie, ausgesprochen in einer Stunde der Verzweiflung, erwähnt. Selbst wenn jemand nachdrücklich und wiederholt, schriftlich oder in Gegenwart von Zeugen seinen Tod verlangt, schließt das nicht im mindesten aus, daß er in Wirklichkeit um Hilfe und Zuwendung bittet.

Fotos: wie auf Seite 6 und 7

»Lieber von einem Lebenden verklagt werden, als jemanden sterben zu lassen.«

»Freiwillige« Euthanasie ist abzulehnen, weil sie absolut unnötig ist. In meiner langjährigen Praxis als Krankenhausarzt habe ich Tausende von Patienten betreut, und mehrere Hundert von ihnen sind zu meinem großen Bedauern gestorben. Sie brauchten Zuwendung, Linderung der Schmerzen, der Atemnot oder Übelkeit. Bis zu ihrem letzten bewußten Atemzug brauchten sie das Gefühl, dazuzugehören, mit uns das uns allen gemeinsame Schicksal, unsere Ängst, Ungewißheiten und Hoffnungen zu teilen. Keiner von ihnen brauchte Euthanasie, und keiner – mit einer einzigen Ausnahme in 36 Jahren – hat darum geben.

Es ist für den Arzt eine sehr schwere Aufgabe, seinen Patienten bis zum Ende zu begleiten, sehr verschieden von dem, was verbale Befürworter der Euthanasie erwarten und verlangen. Das Leiden sollte soweit wie möglich erleichtert werden. Die dafür verwendeten schmerzstillenden Medikamente oder die bei Patienten mit Herzstillstand benutzten krampfhem-

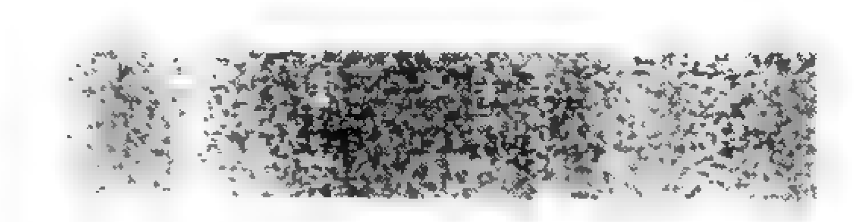


menden Mittel können das Leben des Patienten durch Atmungshemmung verkürzen, dies ist ein Risiko, das wir in Kauf nehmen, das aber niemals von uns beabsichtigt sein sollte. Dem Patient sollte keine Behandlung zugemutet werden, die ihm mehr schadet, als die Krankheit selbst.

Im Zweifel halte ich mich immer an Dr. Loebs oberste therapeutische Regel: Mute dem Patienten nichts zu, was du dir nicht auch selber zumuten würdest. Wenn alles versagt hat, stelle ich die Behandlung ein. Ich stelle auch die Behandlung ein, wenn der Patient es verlangt, aber dieser Punkt erfordert eine genauere Darlegung. Erstens gibt es Situationen, wo die Weigerung des Patienten, sich behandeln zu lassen, auf mangelnder Information beruht, es aber keine Möglichkeit mehr gibt, ihm das zu erklären. Die beiden einzigen Beispiele, die ich aus meiner persönlichen Praxis kenne, betreffen einen Patienten, der aufgrund massiver Blutungen aus einem Zwölffingerdarmgeschwür, dessen Operation er verweigert hatte, bewußtlos wurde, und einem Patienten der nach Defibrillation erneut Kammerflimmern bekam und noch bei Bewußtsein eine zweite Defibrillation verweigerte. In solchen Situationen handele ich gegen den Willen des Patienten und übernehme dafür die Verantwortung; lieber lasse ich mich von einer lebendigen Personen verklagen statt sie beim Wort zu nehmen und unnötig sterben zu lassen.

Völlig anders ist die Situation, wenn es sich nicht um einen Notfall handelt und die Weigerung des Patienten, sich weiter behandeln zu lassen, offenbar eine gut durchdachte Entscheidung ist. Aber selbst dann sollten wir die Weigerung nicht einfach akzeptieren, sondern versuchen, den Patienten zu ermutigen und zu überzeugen. Auch wenn wir nichts erreichen, haben wir ihm wenigsten das Gefühl gegeben, daß sein Arzt ihn noch nicht aufgegeben hat. Die Abschaltung des Beatmungsgerätes wird häufig diskutiert. Jedoch, viele Patienten, die künstlich beatmet werden, erholen sich wieder, und die Maschine kann abgeschaltet werden. Andere sterben an Lungenentzündung, an kardialer Arhythmie oder an Nierenversagen; oft wird ihr Tod dadurch verursacht, daß wir nicht in der Lage waren, die Körperfunktionen, den Säure-Basen-Haushalt, den Flüssigkeitshaushalt und die Elektrolyte entsprechend des natürlichen Regelmechanismus einzustellen. Die verschwindent kleine Zahl von Patienten, die auf Dauer künstliche Beatmung braucht, sollte sie auch bekommen. Eine Gesellschaft, die sich 20.000 Beatmungsgeräte leisten kann, kann es sich auch leisten, Beatmungsgeräte für 100 hoffnungslose Fälle zur Verfügung zu stellen. Die moralische und juristische Vollmacht zu töten kann sich eine Gesellschaft dagegen nicht leisten.

»Kein Problem wird dadurch gelöst, daß man denjenigen, den es betrifft, vernichtet.«



Freiwillige Euthanasie muß auch deshalb abgelehnt werden, weil die ihr zugrundeliegende Philosophie fehlerhaft ist. Euthanasiebefürworter begründen ihre Position mit folgenden Argumenten: *schwerkranke Menschen, die am Ende doch sterben, sind weder in der Lage, sinnloses Leiden zu ertragen noch wünschen sie dieses. In einer überalternden Bevölkerung mit einer ständig wachsenden Zahl von Alters- und Pflegeheimen für chronisch Kranke, deren Insassen – abgeschnitten von ihrer Familie und isoliert vom Rest der Gesellschaft – den Glauben an den Sinn ihres Lebens verlieren, ist dies zu einem wichtigen Problem geworden. Außerdem wird das Leben – das Leiden – der Schwerkranken durch den medizinischen und technischen Fortschritt verlängert und unerträglich. Dieses Problem muß ebenso wie jedes andere wichtige Problem von der Gesellschaft gelöst werden. Das Tabu der Lebensverkürzung steht im Widerstreit mit einer wahrhaft humanen Einstellung. Der Arzt, der das Leben eines unerträglich leidenden Patienten verkürzt, handelt aus höherer Notwendigkeit: er kann nicht anders handeln. Menschen die sterben wollen, haben ein Recht auf Euthanasie. Das absolute Selbstbestimmungsrecht des Individuums muß als fundamentales Recht aktzeptiert werden.*

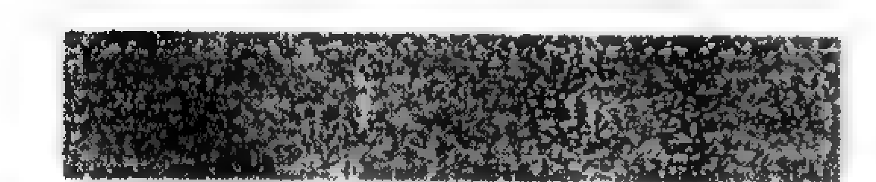
Die rigorose Anwendung des Prinzips der Freiwilligkeit versagt jedoch Kindern, Geisteskranken, Gelähmten, die weder sprechen noch schreiben können, sowie Bewußtlosen die Möglichkeit eines schmerzlosen Todes. Wenn ein Patient sich nicht artikulieren kann, man aber davon ausgehen kann, daß er, könnte er sich ausdrücken, sterben wollte, dann sollte ihm Euthanasie gewährt werden. Im Fall geistesgestörter Personen, »die keine Entscheidung mehr treffen können [. . .] sollte jemand anderes die Vollmacht erhalten« über Euthanasie zu entscheiden. Was die komatösen Patienten betrifft, so werden sie unter großen Anstrengungen und hohen Kosten zur Verzweiflung ihrer Angehörigen am Leben erhalten. Gegenwärtig wagt niemand, zu entscheiden und das Leben solcher Menschen zu verkürzen. Aber einen komatösen Menschen am Leben zu halten, ist auch eine Entscheidung, die der Begründung bedarf.

Jeder, der den Status quo ändern will, muß beweisen, daß er Recht hat; wenn die vorgeschlagene Änderung irreversible Konsequenen hat, müssen die Argumente über jeden Zweifel erhaben und die Beweise unwiderlegbar sein. Die Philosophie der Euthanasie erfüllt diese Forderungen nicht.

Natürlich besteht der wesentlichste Mangel in dem Versuch, »freiwillige« und unfreiwillige Euthanasie zu rechtfertigen. »Freiwillige« Euthanasie soll durch das Recht des Individuums auf Selbstbestimmung gerechtfertigt werden. Dieses Recht ist so absolut und unveräußerbar, daß wir die Hindernisse von Gesetz und Tradition, unsere Denkschemata und Instinkte überwinden und Menschen,

die ihren Tod fordern, töten müssen. Aber unfreiwillige Euthanasie erfordert auch eine Rechtfertigung, und dann zeigt sich, daß das Selbstbestimmungsrecht letztenendes doch nicht so absolut ist: manche Menschen – die Neugeborenen, die Geisteskranken, die Komatösen – haben dieses Recht nicht und fallen der Euthanasie anheim, obgleich manche von ihren (die Geisteskranken) ganz offensichtlich leben wollen, und die anderen nie einen Todeswunsch geäußert haben. Die Grundannahme, daß die menschliche Tragödie, dem Tod zu begegnen und zu sterben, ein Problem ist, das man lösen kann, ist offenkundig falsch. Dieses Problem ist unlösbar, und die angebotene »Lösung« ist ein Schwindel (kein Problem wird dadurch gelöst, daß man denjenigen, den es betrifft, vernichtet).

»Wenn BewohnerInnen von Altersheimen sich vermehrt den Tod wünschen, müßten wir die Heime schließen, nicht die BewohnerInnen töten.«



Auch kann die moderne Euthanasie nicht mit dem Leiden der Menschen begründet werden, deren Leben durch Maschinen künstlich verlängert wird: die meisten Euthanasietötungen in den Niederlanden erfolgen durch die Hand von Hausärzten an Patienten, die ganz ohne besondere medizintechnische Hilfsmittel zu Hause in ihrer Wohnung leben. Die Behauptung, der wachsende Euthanasiebearf sei auf die wachsende Zahl der Alters- und Pflegeheime zurückzuführen, wo die Isolation und Sinnlosigkeit des Lebens die Menschen veranlaßt, sich den Tod zu wünschen, ist falsch. Altersheime sind keine Naturkatastrophen, denen wir uns mit allen Konsequenzen fügen müssen. Diese Insitutionen sind vielmehr das Ergebnis unseres eigenen, bewußten Handelns. Sie wurden geschaffen als Orte, an dene alte Menschen leben können. Hätten unsere Bemühungen nur das Gegenteil erreicht, nur dazu geführt, daß sich die Menschen dort den Tod wünschen, dann wäre die Schließung der Heime die logische Konsequenz, nicht aber die Tötung der Heimbewohner.

Das Konstrukt, einen Menschen zu seinem eigenen Besten zu töten, ist zur Rechtfertigung der unfreiwilligen Euthanasie ganz offenkundig unzulässig. Menschen, die sich mit ihrem Leben ganz wohl fühlen, werden von Ärzten, die es besser wissen, »zu ihrem eigenen Besten« getötet. Was ein Mensch fühlt, wünscht und schätzt ist per definitionem rein subjektiv; niemand außer ihm selber kann das beurteilen, und ganz sicher kann niemand dies besser wissen, als er selbst. Ärzte, die Krypthanasie praktizieren, oder manchen Patienten lebensrettende Maßnahmen versagen, maßen sich das Recht an, für eine andere Person zu beurteilen und zu entscheiden, daß »der Tod in ihrem besten Interesse« ist, doch dies ist ein Recht, daß es weder moralisch noch logisch geben kann.

Darüber hinaus ist die Praxis der Euthanasie oft ganz offensichtlich und unmittelbar gegen die Interessen des Patienten gerichtet. Ärzte, die Patienten wegen ihres Alters die Behandlung bei akutem Lungenödem oder die Implantation eines Herzschrittmachers verweigert oder eine Dialyse abgelehnt



haben, weil der Patient alleinstehend war, haben diese Menschen zu einem besonders schmerzhaften Tod verurteilt: sie röcheln in Todesangst, ersticken am Lungenödem, hämmern mit dem Kopf auf den Boden bei Adams-Stoke'schen Anfällen, oder sie erbrechen sich, bluten, ringen nach Luft bei progressivem Nierenversagen. Diese Ärzte können nicht behaupten, daß auf derart schreckliche Weise zu sterben im besten Interesse des Patienten ist, selbst wenn der Patient alt, behindert und allein auf der Welt steht.

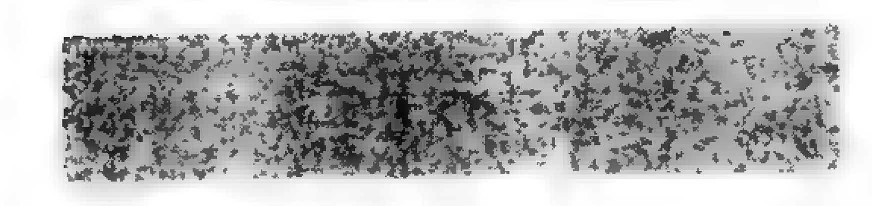
Diejenigen, die das Konstrukt der Tötung eines Menschen in seinem eigenen besten Interesse zur Rechtfertigungt der »freiwilligen« Euthanasie heranziehen, ignorieren die Tatsache, daß die Euthanasie genau die Werte vernichtet, in deren namen sie vollzogen wird: ein toter Mensch ist ein für allemal all seiner Interessen (und Freiheiten) beraubt.

Der Begriff »Lebensqualität«, der in der Philosophie der Euthanasie häufig gebraucht wird, spiegelt eine objektive, unparteiliche Bewertung vor, doch schon der Ausgangspunkt ist falsch. Die Verwendung des Begriffs impliziert von vornherein und im voraus, daß das Leben als solches, das Leben unabhängig von seiner »Qualität«, keinen inhärenten Wert hat.

Andererseits wird der Begriff »Lebensqualität« aber verwendet, um die Behauptung zu begründen, daß manche Leben nicht lebenswert seien – dies ist ein unzulässiger logischer Fehlschluß *(circulus vituosis)*. Termini wie »unerträgliches« oder »sinnloses« Leiden sind Werturteile, die in einer logischen Argumentation nichts verloren haben. Und was noch viel wichtiger ist, ein Denken, das zu »unerträglichem« und »sinnlosen Leiden« Zuflucht nimmt wird benutzt, um die Ausdauer, den Mut und den Lebenswillen schwerbehinderter oder chronisch kranker Menschen zu untergraben. Außerdem werden solche Argumente anstelle einer angemessenen (und in der Tat möglichen) Erleichterung des Leidens von Schwerkranken benutzt, und damit genau der Zustand produziert, den sie anprangern.

Fortsetzung Seite 12

»Das Recht auf freiwillige Euthanasie ist kein Selbstbestimmungsrecht, denn es umfaßt die Kontrolle über den Tod anderer Menschen.«



Der Begriff »Euthanasie aus höherer Notwendigkeit« stammt von Befürwortern aus dem juristischen Lager und wird heute routinemäßig zur Rechtfertigung des ärztlichen Tötens benutzt. Es handelt sich aber um ein falsches Urteil. Die »höhere Notwendigkeit« ist kein unabhängiger und isolierter Begriff, sondern sie ist abhängig von Handlungen, die in einem bestimmen Zusammenhang als zulässig betrachtet werden; in Wirklichkeit bezeichnet er eine Nebeneigenschaft solcher Handlungen. Ein Bankräuber wird feststellen, daß es fruchtlos ist, sich auf »höhrere Notwendigkeit« zu berufen (Notlage seiner Familie, drohender Bankrott seiner Firma), fruchtlos, weil seine Tat unter allen denkbaren Umständen als unzulässig gilt. Ein Arzt, der seinen Patienten tötet, kann sich auf höhere Notwendigkeit berufen, weil man seine Tat a priori für möglicherweise zulässig hält. Die »höhere Notwendigkeit« verdankt sich nur der Tatsache, daß Euthanasie a priori akzeptiert wird.

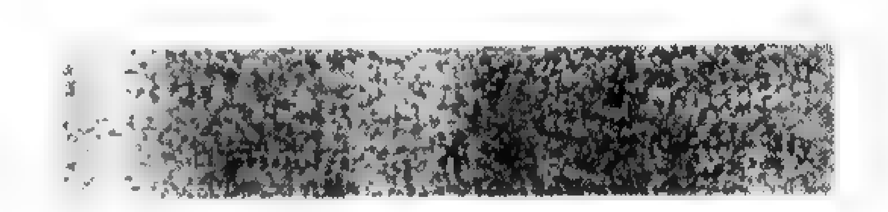
Auf dem gleichen logischen Fehlschluß beruht die Behauptung, daß die Entscheidung, einen Patienten am Leben zu erhalten, der Rechtfertigung bedürfe. Nur wer a priori davon ausgeht, daß es eine Wahlmöglichkeit gibt, daß man sich für oder gegen die Tötung entscheiden kann, kann die Lebenserhaltung als »Entscheidung« definieren. Behauptungen, daß jeder Mensch das Recht habe, über sein Leben oder seinen Tod zu entscheiden (»Recht auf Selbstbestimmung«) oder daß niemand das absolute Recht hat, sind Werturteile und können mit Logik weder verifiziert nach falsifiziert werden.

Für Gesetzgebung und traditionelle gesellschaftliche Praxis war das menschliche Leben ein Wert, der des allerhöchsten Schutzes würdig war (jedenfalls in Friedenszeiten); alle anderen Werte, einschließlich der Freiheit, mußten dem Schutz des Lebens untergeordnet werden. Es ist wichtig, hier festzuhalten, daß Gesetze, die das Leben des Menschen (selbst gegen seinen Willen) schützen, (z.B. durch Zwangseinweisung von selbstmordgefährdeten psychisch Kranken) mit dem tiefen Glauben konsistent sind, den wir alle teilen und der eine natürliche Reaktion ist: beim Anblick einer Person, die völlig bekleidet Anstalten macht, von der Brücke zu springen, eilt jeder zur Hilfe. Es kann nicht argumentiert werden, daß das Selbstbestimmungsrecht auf einem allgemeinen gesellschaftlichen Konsens beruht. Mit einem Selbstmordversuch konfrontiert, handelt die überwiegende Mehrheit der Menschen nach der Überzeugung, daß die Gemeinschaft das Recht und die Pflicht hat, einzugreifen und Leben zu retten. Das Recht des Individuums auf Selbstbestimmung ist also keine Selbstverständlichkeit. Vielmehr ist es ein kontroverses Konzept, das von vielen proklamiert und von allen abgelehnt wird, wenn es hart auf hart kommt.

Abgesehen davon wird der Begriff in der Philosophie der Euthanasie auch falsch gebraucht. Die Euthanasiebefürworter sagen, das Selbstbestimmungsrecht sei Grundlage und Rechtfertigung für die freiwillige Euthanasie. Diejenigen, die das Selbstbestimmungsrecht anerkennen, erkennen eo ispo angeblich auch das Recht auf freiwillige Euthanasie an. Letzteres stimmt aber nicht. Wer das Selbstbestimmungsrecht akzeptiert, akzeptiert nur, daß jeder das Recht hat, selber zu entscheiden, was mit seinem Körper, seinem Leben geschieht. »Freiwillige« Euthanasie aber bedeutet sehr viel mehr als das. An der Durchführung der Euthanasie sind andere Menschen beteiligt: der Arzt, häufig Krankenschwestern und meistens auch diejenigen, die die Einwilligung geben – Angehörige oder der Vormund des Patienten, der Pfarrer und manchmal Vertreter der Rechtspflege. Das Recht auf freiwillige Euthanasie (falls wir ein solches Recht akzeptieren würden), würde daher nicht nur das Recht der Kontrolle über den eigenen Körper umfassen, sondern auch die Kontrolle über andere Menschen, ihre Handlungen, ihr Gewissen. Ein Mensch, der seinen Tod verlangt, hätte also auch das Recht, andere Menschen zu Mördern zu machen und zu Komplizen derer, die ihre Einwilligung gegeben haben. Er hätte das Recht, die Gesellschaft zu zwingen, das Prinzip der Heiligkeit des menschlichen Lebens zu widerrufen, d.h. die Schranken zu zerstören, die das Leben jedes einzelnen Menschen schützen.

Die Philosophie der Euthanasie, zu der viel brilliante Autoren beigetragen haben, ist letztenendes eine Fehlgeburt. Sie geht von falschen Argumenten aus und arbeitet mit augenscheinlich fehlerhaften oder bestenfalls kontroversen Begriffen. Ihr Ziel ist unsinnig: sie will Menschen überzeugen, daß sie bessere Optionen als das Leben haben. Was ihre Methode anbelangt, so ist die Vorstellung, man könne Euthanasie oder überhaupt jede grundlegende menschliche Wahl mittels logischer Argumentation rechtfertigen, einfach ein Fehlschluß. Die Ansicht, daß man jemanden töten bzw. nicht töten darf, ist ein Werturteil, dessen Gültigkeit durch Logik nicht bewiesen werden kann. Werturteile sind in unserem Wertesystem begründet, das über Logik hinausreicht, und sind in unseren Traditionen und, letztenendes, unseren Instinkten verwurzelt. Trotzdem hat sich die Pro-Euthanasiebewegung auf die unmögliche Aufgabe eingelassen und versucht, mit der Logik zu beweisen, daß ihre Wahl die richtige ist. Das führt zwangsläufig zu Argumenten, die auf logischen Irrtümern beruhen, zum circulus vituosis.

»Euthanasie tritt an die Stelle der Medizin«



Freiwillige« Euthanasie sollte auch gefürchtet und abgelehnt werden, weil sie der Medizin irreparablen Schaden zufügt. Es hat sich gezeigt, daß die Praxis der Euthanasie mit dem Handeln der Ärzte in ihrer Eigenschaft als Helfer und Beobachter der Natur in Widerstreit gerät. Die große Zahl von Fehlern und die Häufigkeit, mit der gerade Ärzte, die schnell mit Euthanasie bei der Hand sind, irgendetwas übersehen, scheinen etwas mit dem Reiz zu tun zu haben, der das gesellschaftlich sanktionierte und offiziell anerkannte legale Töten begleitet. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß gerade die starke Motivation der kurativen Medizin Ärzte in den Stand versetzt, eine ungeheure Zahl von Daten und Fakten im Zusammen-

hang mit dem jeweiligen Fall zu erfassen und zu behalten, während die Euthanasie den Arzt von dieser Notwendigkeit befreit.

Ein weiteres allgemein bekanntes Phänomen, das den ärztlichen Bedarf zunehmend behindert, ist die Tatsache, daß wegen der Möglichkeit der Euthanasie von potentiell wirksamen Therapien Abstand genommen wird. Euthanasie verändert nicht nur die Medizin oder erweitert ihren Leistungsrahmen: Euthanasie tritt an die Stelle der Medizin.

Dieser verhängnisvolle Wandel spiegelt sich bereits in Tendenzen der medizinischen Therorie und Forschung wider. Die niederländische Medizin unternimmt jetzt alle Anstrengungen, immer mehr Gründe, Möglichkeiten und Methoden zu finden, um kranke Erwachsene und kranke Kinder zu töten oder sterben zu lassen.

Im Zusammenhang mit Euthanasie ist die Einstellung der Patienten zu ihrem Arzt zunehmend von Mißtrauen, Verdächtigung und Angst gekennzeichnet.

Man hat uns eingeschärft, uns und unsere Ambitionen mit dem Erfolg der Behandlung, mit der Verbesserung des Zustandes unserer Patienten, mit der Erhaltung ihres Lebens zu identifizieren. Für uns hat das klinische Motto primum non nocere seine buchstäbliche und absolute Bedeutung. Heute jedoch wächst eine Generation von Ärzten heran, die lernen, daß der Arzt einen Patienten behandeln oder manchmal auch tötenkann. Der Gedanke, was mit einem der humansten Berufe passiert, ist erschreckend. Jede Gesellschaft hat gelernt, mit einigen Dutzend krimineller Mörder zu leben. Aber keine Gesellschaft weiß, wie man mit einem Heer von mehreren Tausend wohlwollenden oder gleichgültigen Killern lebt.

»Wenn ich Montag wiederkomme, will ich diesen Mann hier nicht mehr sehen.«

»Euthanasie wird als ein Akt der Barmherzigkeit dargestellt, geleitet von Wahrheit und Weisheit. Doch die Realität bestätigt dieses schöne Bild nicht, eher das Gegenteil ist der Fall. Ärzte, die ich beobachtet habe, haben immer wieder versucht, Euthanasie mit Berufung auf falsche Daten, einen nicht vorhandenen Krebs, oder die angebliche, aber nie erfolgte, Bitte der Angehörigen zu rechtfertigen; oder aber sie präsentieren einen Patienten mit zahlreicher und liebevoller Familie als »einen Menschen, der mutterseelenallein auf der Welt steht«. Ein Neurologe empfahl Euthanasie, nachdem er den Patienten nicht gerade gründlich untersucht hatte, denn er hatte die Frau für einen Mann gehalten. Ein Internist ordnete aktive Euthanasie an, weil der Patient nur halb bei Bewußtsein war, und zwar durch Valium, das er ihm selbst verordnet hatte. Der selbe Arzt hielt es in der Regel auch nicht für erforderlich, die Kandidaten für unfreiwillige Euthanasie selber zu untersuchen und verließ sich statt dessen auf das Urteil der Stationsschwester. Ein anderer Internist ließ einen 16 Jahre alten, physisch völlig aktiven, begabten Schüler an einer Herzrhythmusstörung sterben, weil der Junge einen angeborenen Herzfehler hatte, der zu der Zeit noch nicht operabel war. Als ein Internist bei der Stationsbesprechung in einem Rotterdamer Krankenhaus gefragt wurde, warum er, ohne die Diagnose zu kennen, versucht habe, einen Patienten durch (unfreiwillig) aktive Euthanasie zu töten, der nicht einmal ernstlich krank war, antwortete er, es sei unabhängig von der Diagnose die Aufgabe des Arzts, Euthanasie auszuüben, wenn sich die Möglichkeit dazu ergäbe, um dem Patienten Krankheit und Leiden, die dem Leben inhärent sind, zu ersparen.

Down-Syndróm-Kindern, alten Menschen und Alleinstehenden ohne nahe Verwandte sind lebensrettende Behandlungen mit der Begründung versagt worden, daß die Gesellschaft nicht damit belastet werden dürfe, solche Menschen am Leben zu halten, und daß es in ihrem eigenen Interesse gewesen sei, so schnell wie möglich zu sterben.

Soviel zu meinen Beobachtungen; manche der in Holland in medizinischen Fachjournalen und in der Massenpresse veröffentlichten Fälle sind ebenso erschütternd.

Eine Frau, die ihren kranken Mann nicht mehr versorgen wollte, stellte ihn vor die Wahl zwischen Euthanasie oder Unterbringung in einem Pflegeheim für chronisch Kranke; der Mann, der Angst davor hatte, in einer fremden Umgebung und in der Hand von fremden Menschen zu sein, entschied sich für Euthanasie. Ein alter Mann drängte seine gesunde 73jährige Frau zur Euthanasie und versprach ihr, sich drei Tage später selber töten zu lassen – bloß damit er nach Australien reisen konnte. In beiden Fällen wußte der Arzt Bescheid, daß Druck ausgeübt worden war, trotzdem tötete er die Personen.

Ein praktischer Arzt, der eine Patientin bei einem Hausbesuch zum erstenmal gesehen hatte, stellte sie sofort vor die Alternative Krankenhauseinweisung oder Euthanasie. Als die völlig schockierte Frau nicht sofort antworten konnte, gab er ihr eine Stunde Bedenkzeit. Ein Lungenarzt berichtete in einem Interview von einem chronisch kranken Patienten, *»der noch ziemlich jung war und sich ans Leben klammerte«*, wie er den Mann mehrere Jahre behandelt hatte und schließlich die Geduld verlor und ihn in einem Ausbruch von Zorn tötete. Nach Zeugenaussagen im *De Terp* Prozess, pflegte der Oberpfleger die Heimbewohner mit folgenden Worten einzuschüchtert und zum Schweigen zu bringen: *»Wenn ich und der Doktor entscheiden: Euthanasie, dann passiert das auch, und du hältst besser den Mund. Ich will von dir kein Wort mehr hören, sonst . . .«* In dem Krankenhaus, in dem Vater P. Verspieren Seelsorger ist, haben die Ärzte die Gewohnheit (unfreiwillige) Euthanasie durch eine Warnung der Krankenschwester anzuordnen: *»Wenn ich Montag wiederkomme, will ich diesen Mann hier nicht mehr sehen.«*

Es ist die Einstellung gegenüber dem Bösen und der Absurdität der Euthanasie, welche die Kontrahenten in der Euthanasiedebatte am deutlichsten charakterisiert. Für die einen ist das menschliche Leben so einmalig, daß auch nur die Möglichkeit eines Irrtums schon genügt, Euthanasie ein für allemal abzulehnen. Für die anderen ist die Euthanasie von so überwältigender Bedeutung, daß sie fortgesetzt werden muß, ohne Rücksicht auf all den Unsinn, die Falschheit, die Rücksichtslosigkeit und das Böse, das damit verbunden ist. ★

10 Jahre Ramba Samba - Spießertum und Vereinsmeierei machen sich in der Berliner Samba-Szene breit.

Ein Bericht über eine "frühzeitig gealterte" Solidaritäts-Band.

Ramba Samba feiert im Juni im Statthaus Böcklerpark ihr zehnjähriges Bestehen. Ein buntes Programm inclusive Dampferschiffahrt erwartet die aktiven und ehemaligen Musikerinnen und Musiker. Einige, die in den letzten Jahren den Kontakt verloren haben, werden sich wundern, was aus der einstigen politischen Solidaritätssamba-Band geworden ist. Ein Haufen spießiger Feierabendmusiker (der Anteil der Frauen reduzierte sich in den letzten Jahren deutlich), die ihr Tätaratatä und Bumm-Bumm nur noch als berufliche Entspannung oder als esoterische Selbstbefriedigung betreiben.

Um so trauriger, weil der Name Ramba Samba bei vielen in der Szene noch einen politischen Ruf hat. Alibiveranstaltungen in ostberliner Jugendzentren täuschen nicht darüber hinweg, daß Ramba Samba diesen Ruf schon lange nicht mehr verdient.

Auf Demonstrationen gegen den Nato-Doppelbeschluß und die Stationierung der Pershing Raketen in der BRD formierte sich vor 10 Jahren eine Samba-Band. Ramba Samba, bestehend aus Trommlern und Bläsern, wurde in Berlin vor allem durch viele Auftritte auf Demonstrationen und Solidaritätsveranstaltungen bekannt. Die Gruppe reiste auch ins Ausland. In Dänemark, Schottland und Portugal vertrat sie die Berliner Samba-Szene.

Der Charakter der Auftritte der ungefähr dreißig frau- und mannstarken Band hat sich allerdings in den letzten Jahren geändert. Der fette Ramba Samba-Sound ist zum Beispiel am 1.Mai in Kreuzberg 36 (immer noch Probenraumheimat des Bläserensembles) schon seit 3 Jahren nicht mehr zu hören. Nicht erst seit diesem Jahr artikulieren viele MusikerInnen offen ihre Ablehnung gegen die traditionsreiche Aktionsdemo am Oranienplatz. "Identifikationsprobleme mit pubertären Krawallmachern", führt altklug ein Trompeter, hauptberuflich angehender Psychologiedoktor, als Grund für die Nichtteilnahme an. Ein Unternehmensberater posaunt nicht gerne für Veranstaltungen, die sich nicht ausdrücklich zu Gewaltfreiheit und Dialog bekennen.

Andere fürchten sich schlicht vor Kratzern an ihren nagelneuen dreitausend Mark Instrumenten.

Groß war dann auch bei den meisten die Empörung über die Attacken gegen Bundespräsident von Weizsäcker auf der nationalsentimentalen Großdemonstration unter dem Motto "die Würde des Menschen ist unantastbar". Ramba Samba bestreitet zwar weiterhin vereinzelt Auftritte bei Demonstrationen fortschrittlicher Kräfte und bei Soli-Festen, allerdings hat eine Minderheit in der Gruppe zunehmend Schwierigkeiten, den politischen Anspruch früherer Zeiten einzufordern. Eine Mehrheit in der Gruppe ist zunehmend auch bereit, bei Kommerzveranstaltungen aufzutreten, wie z.B. bei Kultur- und Werbeveranstaltungen der Zigarettenfirma Prince Denmark. Allerdings ist dabei anzumerken, daß ein reales Problem gestiegener Kosten für Proberäume besteht und Honorarauftritte immer nötiger werden.



Viele Musiker und Musikerinnen beziehen inzwischen selbst hohe Gehälter. Solidarität ist allerdings in der Gruppe kaum mehr angesagt. Computerprogramme, die das arrangieren von Musikstücken erleichtern, werden mit dem Hinweis auf mögliche strafrechtliche Konsequenzen selbst innerhalb der Gruppe nicht immer weitergegeben. Bei Beschädigungen oder Diebstahl von Instrumenten können die Betroffenen nicht unbedingt mit Unterstützung der anderen rechnen. Solidarisches Verhalten gibt es nicht mehr als Prinzip, sondern nur noch als gönnerhafte Pose.

Besonders beim Bläserensemble, früher bei Regen und Schlamm Stammgast in Gorleben, macht sich ein Gesinnungswandel breit. Der private Werdegang der Musiker und Musikerinnen Richtung bürgerlicher- oder sogar spießbürgerlicher Existenz wirkt sich auf das politische Auftreten der gesamten Band aus. Ein altsaxophonspielender Assistenzarzt fällt bei Auftritten vor allem durch Selbstdarstellung und Anmache auf.

Musikern und Musikerinnen, die den politischen Anspruch der Musik und der Auftritte weiter einfordern, wird deutlich gemacht, daß mit den Jahren bei Ramba Samba ein Wertewandel stattgefunden hat. Dieser Wertewandel Richtung bürgerlicher Vereinsmeierei spiegelt sich auch im Probenalltag wieder. Spontane Improvisationen und Solos, die mehrere musikalische Stilelemente vereinen wollen und sich als musikalische Experimente verstehen, sind zunehmend unerwünscht. Nach außen möchte Ramba Samba ein professionelles Image aufbauen. Für Sambaexperten wirkt dies lächerlich, weil die musikalischen Fähigkeiten der meisten Hobbymusiker doch begrenzt sind. Die früheren eigentlichen Fähigkeiten der Gruppe wie der Mut zu sponatanen aktionsreichen Auftritten und musikalischen Experimenten kommen immer weniger zum Tragen. Musiker und Musikerinnen, die außer bei Ramba Samba in kirchlichen Posaunenchören oder Bistro-Sound Bigbands mitspielen, ist zu viel musikalische Spontanität und politischer Anspruch ein Dorn im Auge.



„Du verlierst Deine Kultur und Geschichte ..."

Auszüge aus einem Interview mit Ward Churchill und Bob Robideau vom American Indian Movement

Frage: Könntet Ihr bitte mit kurzen Lebensläufen beginnen?

Bob: Mein Name ist Bob Robideau. Ich bin seit 18 Jahren Mitglied von AIM (American Indian Movement; Anm. d. Übers.), und momentan bin ich der nationale Koordinator für das Leonard Peltier Verteidigungskomitee. Ich bin Onishnabe aus Turtle Mountain und Water Land.

Ward: Mein Name ist Ward Churchill, Creek Cherokee-Matee, d.h. gemischter Herkunft und gemischter Kultur. Ich bin Co-Direktor der AIM-Regionalgruppe in Colorado und Gastprofessor für Indianische Studien an der Universität von Colorado. Meine Veröffentlichungen befassen sich u.a. mit Themen der Native Americans sowie mit der Situation der politischen Gefangenen in den USA und antiimperialistischen Themen.

Frage: Könntet Ihr bitte die momentane Situation der Native Bevölkerung innerhalb und außerhalb der Reservationen in den USA beschreiben? Gibt es z.Zt. Anzeichen für ein Wiedererstarken des Kampfes der Native Americans um Selbstbestimmung und die Einhaltung der bestehenden Verträge mit der US-Regierung?

Bob: Die momentane Situation der Native Bevölkerung in den USA kann am besten als ein Belagerungszustand durch die multinationalen Konzerne und die US-Regierung beschrieben werden. Das Ziel der multinationalen Konzerne ist der Zugriff auf die Bodenschätze, die sich in den USA unter den Gebieten der Natives befinden. Die Konzerne versuchen mit Unterstützung der US-Regierung und mit Hilfe korrupter Stammesregierungen, sich den Zugriff auf diese Bodenschätze zu sichern. Vor 1934 wurden die Angelegenheiten der Native Nations durch traditionelle Formen der Regierung, die sich aus den Ältesten, den Medizinmännern und den Repräsentanten der Vereinigungen der jeweiligen Native Nations zusammensetzten, geregelt. Durch ein Gesetz des US-Senats wurden diese traditionellen Vertretungen abgeschafft und durch Marionettenregierungen der US-Regierung ersetzt.

Frage: Was sind die momentanen ökonomischen und sozialen Bedingungen für die Natives innerhalb und außerhalb der Reservationen?

Ward: Für AnfängerInnen: Die über 300 Nationen der Natives in den USA wurden auf ca. 3% ihres ursprünglichen Landes zurückgedrängt. Diese 3% stehen zumindest nominell unter der Kontrolle der Native Nations. Da dieser Verdrängungsprozeß in einem Zeitraum stattgefunden hat, in dem Landwirtschaft der dominierende Faktor in der US-Wirtschaft war, folgte daraus, daß die Gebiete, die unter der Kontrolle der Natives verblieben sind, diejenigen waren, die den damaligen US Ökonomen und Politikern am unbrauchbarsten für die Landwirtschaft erschienen. D.h. es handelt sich zumeist um halb-trockene Gebiete. Mit anderen Worten — den Natives wurde das Land gelassen, das sonst niemand haben wollte.

Ironischerweise stellte sich heraus, daß unter diesem Land fast 60% der US-Uranreserven liegen. Das macht sie in den Augen der US-Regierung übrigens automatisch zu nationalen US-Ressourcen. Unter dem Land der Natives befinden sich etwa 1/4 bis 1/3 der direkt abbaubaren Kohle, zwischen 15 und 20% der Erdölreserven in Nordamerika, Naturgas und Kupfer sowie Schwefelperoxid und eine Reihe anderer Ressourcen. Folgen wir nun den Erhebungen der US-Bevölkerungsstatistiker, dann leben ca. 1,6 Millionen Natives in den heutigen USA. Angesichts der Ressourcen, die sich auf dem Land der Natives befinden, müßte davon ausgegangen werden, daß das Native-Nordamerika von der wohlhabendsten Bevölkerungsgruppe in den USA bewohnt sein sollte. Doch laut Regierungsstatistiken stellen Natives überall die ärmste Bevölkerungsgruppe in Bezug auf Jahreseinkommen und lebenslanges Gesamteinkommen dar. Die Kindersterblichkeit unter Natives ist neunmal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung. Zu den Todesursachen in der Native-Bevölkerung zählt eine überdurchschnittlich hohe Rate von Todesfällen durch Unterernährung und Erfrieren sowie die weite Verbreitung von Tuberkulose und anderen endemischen Krankheiten, die in der restlichen US-amerikanischen Bevölkerung kaum verbreitet sind. Die Selbstmordrate von jugendlichen Natives ist siebenmal so hoch wie bei US-amerikanischen Jugendlichen, gekoppelt mit Alkoholismus und geringer schulischer Ausbildung. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsquote in der Native Bevölkerung liegt bei 65%, wobei einige der größeren Reservationen noch weit über diesem Durchschnitt liegen. Z.B. liegt die Arbeitslosigkeit auf der Pine Ridge Reservation in South Dakota seit dem Ende der 60er Jahre konstant bei über 80%. Die einzigen Arbeitsplätze für Natives *auf den* Reservationen sind in eben der Bürokratie zu finden, die für diese Zustände verantwortlich ist, d.h. bei der Bundesbehörde für Indianische Angelegenheiten. (BIA). Also arbeitest du entweder für die Unterdrücker deines Volkes, oder du verläßt die Reservation. Ca. 50% der Native-Bevölkerung wurde durch staatliche Programme aus den Reservationen vertrieben, u.a. durch die Verschleppung von Native Kindern in weit entfernte Internate, durch sog. Ausbildungsprogramme außerhalb der Reservationen etc. Diese Programme zielen darauf ab, die Native Bevölkerung zu brechen und ihre kulturelle Identität zu zerstören.

Bob: Die heutigen Programme müssen im Kontext der Assimilationspolitik der US-Regierung gegenüber der Native Bevölkerung seit dem 19. Jahrhundert gesehen werden. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die ersten Reservationen geschaffen. Diese Politik wurde dann 1887 durch das sog. Dawes-Gesetz vollendet, durch das der traditionell kollektive Landbesitz der Native Nations abgeschafft wurde. 100 Millionen Hektar Reservationsland — d.h. 2/3 der damalien Reservationsgebiete — wurden dadurch geraubt, daß der kollektive Landbesitz verboten wurde und einzelnen „anerkannten" Natives Grundbesitztitel übertragen wurden.



Es ist noch eine ganz andere Frage, wer laut der bundesstaatlichen Definition ein Native ist und wer aus diesem bundesstaatlichen Kontingent herausfällt. Eigentlich sollte diese Definition der Kontrolle der Native Nations unterliegen, sie wurde aber über das letzte Jahrhundert hinweg völlig von der US-Regierung vereinnahmt. Gleichzeitig begann die US-Regierung mit einer Politik der Assimilation von Natives in der US-Gesellschaft. Eine Grundidee dieser Politik war und ist es, die Native-Kinder zu indoktrinieren, sie von ihrer Kultur und ihren Zusammenhängen zu trennen und ihnen eine fremde, europäisch orientierte Kultur aufzuzwingen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Sprache — sie ist der Schlüssel zum Überleben eines Volkes. Ohne die eigene Sprache verlierst du Deine Kultur und Deine Geschichte. Unsere Geschichte ist immer eine mündlich überlieferte gewesen. Durch die Assimilationspolitik ist es der US-Regierung teilweise gelungen, unsere Sprachen und damit teilweise auch unsere Kultur zu unterdrücken. Ein Teil unseres Kampfes heute besteht darin, unsere Leute wieder zu ihrer Sprache und unserer Kultur zurückzuführen. Wir haben dabei vor allem mit Hilfe unserer religiösen Praxis, die weiterhin durch die US-Regierung bedroht wird, einige Erfolge erzielt.

Ward: Es handelt sich hier nicht um theoretische oder oberflächliche Probleme, sondern um die Aneignung bzw. die Enteignung indigenen Wohlstands mit all ihren Konsequenzen für die Menschen. Es geht um die Reduzierung ihres Lebensstandards auf das, was normalerweise als Dritte-Welt-Bedingungen bezeichnet würde. Wir nennen es Vierte-Welt, weil es sich um die Native-Bevölkerung handelt.

Um diesen Komplex abzuschließen: Die Lebenserwartung eines Native Mannes, der auf einer Reservation lebt, beträgt jetzt gerade 44,6 Jahre. Im Vergleich dazu liegt die Lebenserwartung der durchschnittlichen US-Bevölkerung bei 70 Jahren. Die Lebenserwartung für die auf Reservationen lebenden Native-Frauen liegt bei ungefähr 48 Jahren.

Bob: Vor diesem Hintergrund wurde dann 1968 AIM in Minnesota gegründet. AIM wurde von Natives aus verschiedenen Nationen gegründet, die in dieser Zeit hauptsächlich gegen die schlechten Lebensbedingungen der Natives in den Städten kämpften. AIM erkannte dann sehr schnell, daß wir uns mit der nationalen Frage der Native Nations auseinandersetzen mußten. Wir mußten uns mit diesem Thema beschäftigen, da die Frage der Selbstbestimmung in unserem eigenen Land der Schlüssel ist, um alle anderen Probleme zu lösen. Das ist also die Rolle, die AIM übernommen hat. (...)

Frage: Wie ist AIM momentan organisiert und wo liegen die politischen Schwerpunkte der Organisierung?

Ward: Es gibt noch einige aktive AIM-Ortsgruppen, die sich öffentlich als solche definieren, z.B. in Denver, Minneapolis und in der Gegend von San Francisco. In den meisten Gegenden mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Natives existieren lokale Native-Organisationen, die aus dem AIM hervorgegangen sind — unabhängig davon, ob sie formal AIM-Ortsgruppen sind, sind sie den gleichen politischen Zielen verpflichtet.

1979, nachdem John Trundells Familie ermordet worden war, haben wir entschieden, daß wir dem Repressionsapparat nicht länger einfache Zielscheiben bieten wollten. Viele AIM-AktivistInnen standen unnötigerweise ständig im Rampenlicht und waren dadurch gefährdet. Wir wollten die Arbeit des Repressionsapparates so sehr wie möglich erschweren, u.a. dadurch, daß Einzelpersonen und Organisationen, die den politischen Zielen von AIM nahestehen, sich nicht per se als AIM-Mitglieder definieren. Wir denken, daß die momentane Form der Organisierung einen Fortschritt darstellt im Vergleich zur Situation in den 70er Jahren.

Es ist schwierig, genau zu sagen, wieviele aktive Mitglieder und Mitgliedsorganisationen AIM hat, da das Engagement oft von konkreten Situationen abhängt. Wenn es ein Thema gibt, zu dem gearbeitet werden muß, beteiligen sich viele Menschen, die ansonsten unsichtbar bleiben. Wenn die Situation ein derartiges Engagement nicht erfordert, leben sie ihren Alltag, was ja auch ein Bestandteil des Kampfes ist.

Bob: Wichtig ist hierbei, zu verstehen, daß AIMs ursprüngliche Strukturen stark familienorientiert waren. Überall, wo AIM-Ortsgruppen ursprünglich entstanden, bildeten sie sich um Familienstrukturen und mit deren Mentalität. Verschiedene AIM-Gruppen in den 70ern waren fast wie Familieneinheiten. Diese Struktur erschwerte es der US-Regierung teilweise, AIM — im Gegensatz z.B. zu den weißen Anti-ImperialistInnen — zu infiltrieren. Nach der Belagerung von Wounded Knee und dem Angriff auf das Camp in Oglala 1975 kehrten viele von uns in unsere Heimatreservationen zurück. Wir konzentrierten unsere Anstrengungen auf die politische Umsetzung unserer Vorstellungen, d.h. darauf, den Kampf um die Souveränität und Selbstbestimmung in unseren Reservationen fortzusetzen. Als Ergebnis dieser Arbeit sind heute eine Menge Veränderungen innerhalb der unterschiedlichen Native-Völker sichtbar. Sie bestehen auf der Wahrung ihrer Souveränität und fordern von der US-Regierung, daß sie die bestehenden Verträge einhält und sie als souveräne Nationen respektiert. Ein Beispiel dafür ist das Volk der Mohawks, das sowohl in den USA als auch in Kanada lebt. Das Volk der Mohawks hat die Position eingenommen, daß es weder der US-Regierung noch der kanadischen Regierung erlauben wird, weiterhin ihr Land zu stehlen. Sie werden gegen jeden weiteren Landraub kämpfen. Sie haben zu den Waffen gegriffen, um nicht nur ihr Land, sondern auch ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verteidigen.

Meiner Ansicht nach ist die Lektion hier: Andere Zeiten, veränderte Taktiken. AIM-AktivistInnen sind wieder zuhause in ihren Reservationen und setzen die Arbeit dort fort. Die AIM-Regionalgruppe im Südwesten z.B. ist zum Leonard-Peltier-Verteidigungskomitee geworden und kämpft seit 15 Jahren für Leonards Freiheit. Darüber hinaus beteiligen wir uns an den aktuellen Kämpfen wie in Big Mountain oder den Black Hills.

Ward: In den letzten Monaten ist z.B. in Milwaukee eine AIM-Ortsgruppe aus den Fischereirechtskämpfen in Wisconsin entstanden. Wie gesagt, wenn ein Thema in den Vordergrund rückt, gibt es auch viele Aktivitäten. Ansonsten arbeiten die Menschen daran, ihre eigenen Communities zu stärken. Das sind die alltäglichen Aktivitäten und nicht die grandiosen Kämpfe, die von Zeit zu Zeit — aber nicht als konstanter Faktor — notwendig sind.

Bob: Ein weiteres Gebiet, in dem AIM aktiv ist, ist die Erziehung und Ausbildung unserer jüngsten Generation. Wir haben mehrere Survival Schools (Überlebensschulen) in den USA und Kanada, z.B. das Rote Schulhaus in Minneapolis. Darüber hinaus konzentrieren wir uns auf den Kampf um die Freiheit der Religionsausübung. (...)

Aus: 500 Jahre Kolonialismus — 500 Jahre Widerstand, Januar 1991
Bezug über: Komitee Right On c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 1000 Berlin 36

Veranstaltungsreihe mit AIM-AktivistInnen

Vom 17.5. bis zum 1.6.1993 werden vier VertreterInnen des American Indian Movement (AIM) — Ward Churchill, Annette Jaimes, Paulette D'Auteuil und Bob Robideau — für eine Veranstaltungs- und Informationsrundreise in der BRD sein. Inhaltliche Schwerpunkte sind u.a. aktuelle Landkämpfe indianischer Nationen in Nordamerika, die Situation von indianischen Frauen, die Frage der politischen Gefangenen sowie Bündnisarbeit zwischen Indianern und Weißen. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt wird antirassistische und antifaschistische Arbeit sein.

Annette Jaimes ist Mitglied des AIM Colorado und ehemalige Delegierte des International Indian Treaty Council. Sie arbeitet als Dozentin für indianische Studien an der Universität von Boulder, Colorado, und als Autorin.

Paulette D'Auteuil ist eine weiße Anti-Imperialistin und seit den frühen 70er Jahren als Unterstützerin von AIM aktiv. Sie war u.a. Herausgeberin der Zeitung „In the Spirit of Crazy Horse" und arbeitet als Photographin.

Bob Robideau ist seit 20 Jahren Mitglied von AIM. Er war Mitangeklagter im Prozeß gegen Leonard Peltier und arbeitete mehrere Jahre als nationaler Koordinator des Leonard Peltier Defense Committee.

Ward Churchill ist Co-Director von AIM Colorado und hat das Programm für indianische Studien an der Universität von Boulder, Colorado, aufgebaut, wo er auch weiterhin unterrichtet. Er ist Autor mehrerer Bücher u.a. zur Geschichte der indianischen Landkämpfe sowie zum Aufstandsbekämpfungsprogramm des FBI.

24.5. 19.00 Humbold-Uni, Hauptgebäude R 2097
Unter den Linden, S & U Bahn Fried.str.

25.5. 19.00 Frauen/Lesbenveranstaltung,
Schoko-café, Mariannenstr.6 1-36

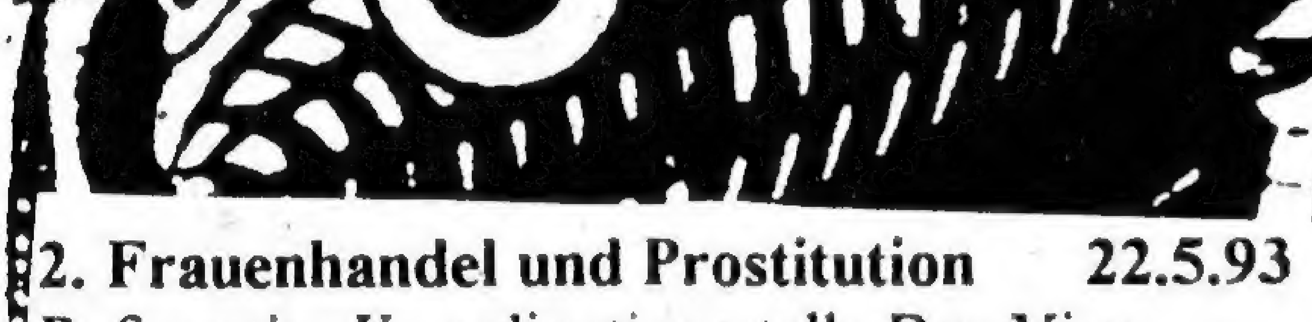
BAZ, Oranienstr. 159

I. Wochenendseminar Frauen und Migration

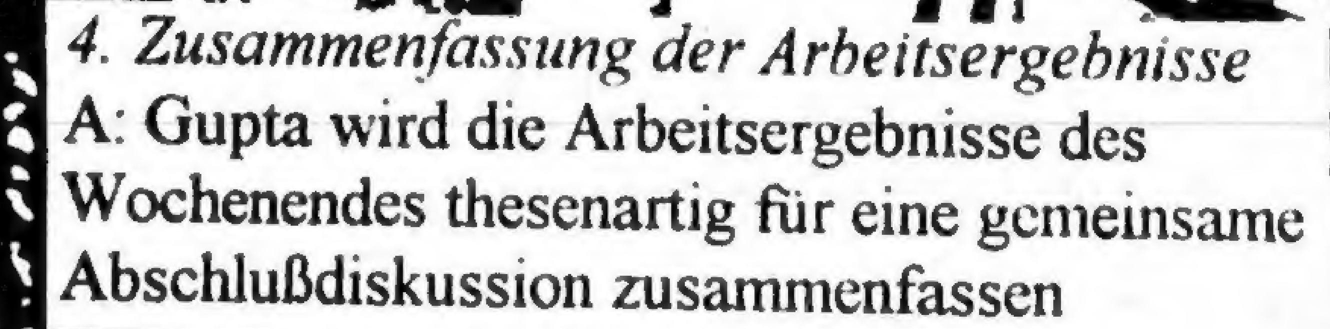
Beginn: 22.5.93 um 14 Uhr im BAZ

1. Weltmarkt Arbeitskraft **22.5.93**
Referentin: Lydia Potts
Lydia Potts wird die historischen Zusammenhänge von Kolonialismus /Neokolonialismus und Migration auf Frauen darstellen. Einerseits erreichen zum überwiegenden Teil männliche Migranten Europa, andererseits wird den zurückgelassenen Frauen die alleinige Verantwortung für das Überleben der Familie überlassen.

3. Neokolonialismus, Migration und Bevölkerungspolitik *23.5.93*
Referentin: Eva Engelhardt
Bevölkerungspolitische Maßnahmen sind ein wesentliches Instrument im Angriff auf die Autonomie der Frauen. Die Referentin wird die historischen und aktuellen Entwicklungen des Zusammenhangs von Bevölkerungspolitik und Migration auf Frauen darstellen.



2. Frauenhandel und Prostitution **22.5.93**
Referentin: Koordinationsstelle Ban Ying
Frauenhandel und Prostitution sind Auswirkungen des patriarchalen Gewaltverhältnisses. Frauen von Ban Ying werden die historischen und aktuellen Entwicklungen dieses Gewaltverhältnisses thematisieren.



4. Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse
A. Gupta wird die Arbeitsergebnisse des Wochenendes thesenartig für eine gemeinsame Abschlußdiskussion zusammenfassen



Stellungnahme der Frauen/Lesben vom Frauen/Lesbentag im Clash.

Wir haben am Donnerstag, 13.5. den Film 'Ladydragon' gezeigt, ohne uns diesen vorher selbst anzusehen, da wir uns auf die Aussage einer einzelnen Frau verlassen hatten, die ihn uns als Frauenkampfsportfilm empfohlen hat.

Trotzdem ist es klar, daß wir für den Inhalt von Filmen, die wir zeigen verantwortlich sind, weshalb wir uns in der Zukunft diese auch vorher ansehen werden. Inhaltlich wollen wir hier, in einem gemischten Blatt nicht weiter auf den Film eingehen. Die von einigen Frauen geäußerte Kritik an dem Film ist zutreffend.

Clash Frauen/Lesben Plenum

taarmine

Mi., 19.5. Veranstaltung zu Ökofaschismus (J.Dittfurth angefragt...), FU, Rostlaube, Hörs. 1b 16:00-18:00

Do., 20.5. Freiheit für die Philippinen
Alte TU Mensa
Soli-Veranst. (15:30) und Fest (18:30)



Do., 20.5. Demo geg. internat. Nazitreffen 12:00 Krusa (DK) Konvoi ab Kiel, 9:00 Wilhelmplatz

Do., 20.5. Heiter bis Wolkig & Party im SO um21:00

Do., 20.5. "Bananenkrieg" Vortrag, Dias, Video über Banaen, wer sie Pflückt und wer dran verdient im A-Laden, Rathenower Str. 22 um 20:00

Fr., 21.5. Frauenfestival im SO36 um 22:00

Sa, 22.5. Konzert im SO mit Abwärz &Razzia um 21:00

Mo., 24.5. BAOBAB Infoladen, Winsstr. 53: Gesprächsrunde für Projekte, die aus ihren Räumen gekündigt werden um 19:30

Mo. 24.5. BAZ, O-Str. 159: Veranst. "Eurozentrismus - die ropäische Politik in Nahost um 20:00

Mo., 24.5. Prozeßbeginn geg. Ingrid Jakobsmeier um 9:00in Stammheim

Mo., 24.5. Widerstand in den USA. Veranst. i.d. Humbolduni Unter den Linden, 19:00

Mo., 24.5. Widerstand im Baskenland. Film & Diskussion im JUP, Florastr. 84, 1100 BLN um 19:00

Di.,25.5. Veranstaltung für Frauen und Lesben: Widerstand in den USA, Schokofabrik, Mariannenstr.6

Mi., 26.5. Der kurdische Nationalismus (Dr.Behrendt, Uni Hannover FU, Rostlaube, J-Gang, Raum J32/10, 18:00

Mi., 26.5. Film im Clash: Rosa Luxemburg(um 21:00)

Fr. 28.5. BAZ, O-Str. 159: Vernast.: Neokolonialismus und Migration am Beisp. Naher Osten (20:00)

Fr. 28.5.WUnsidel-VV im Mehringhof 19.00

Die., 25.5.Kino im SO: Salz der Erde um 21:00

Fr., 28.5. Infos über Demo geg. Arbeitslosigkeit & Armut vom 24.6. bis 3.7. von Valencia nach Madrid; 21:00 Versammlungsraum im Mehringhof; 22:00 Konzert mit De Blus (Rock de Euskadi) und Monstruacion (Punk/HC aus Barcelona

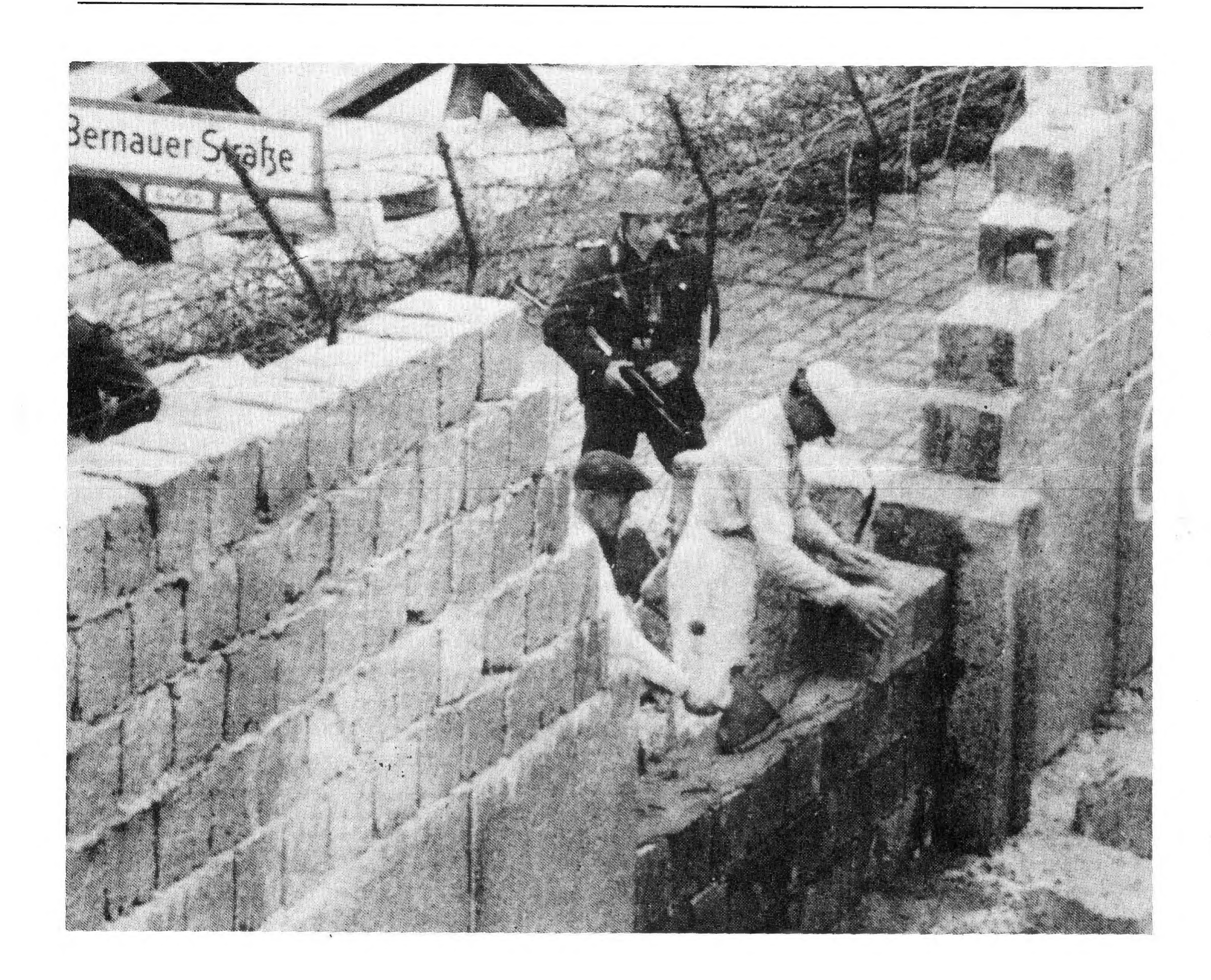


Bild 39: Im Jahre 1993 beschloß die Regierung der BRD, eine Mauer mit modernsten elektronischen Hilfsmitteln an der Grenze zu Polen und zur Tschechischen Republik zu errichten, um Flüchtlinge aus armen Ländern vom hiesigen Reichtum und Wohlstand fernzuhalten.